

Stenographisches Protokoll.

14. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

III. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 20. Oktober 1927.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeige (363).

Verhandlung: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10), betr. die Dritte Zolltarifnovelle (B. 71) — Fortsetzung der Generaldebatte — Födermayr (363), Freundlich (370), Jarboch (378), Schunberger (382), Handelsminister Dr. Schürff (392), Gritschacher (393), Müller (397).

Dringliche Anfrage: Dr. Eisler, Domes, Pick, Richard Seidel u. Gen. an den Justizminister, betr. einen schweren Amtsmißbrauch des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes in Graz (363) — Dr. Eisler (406 u. 411), Justizminister Dr. Dinghofer (409), Dr. Weidenhoffer (409).

Ausschüsse: Wahl Scheibin als Erzbischof des Finanz- und Budgetausschusses an Stelle Pölzer (412).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Steiner, Haueis, Dr. Kneußl, Dr. Kolb, Dr. Schuchnigg, in Notstandsangelegenheiten (98/A);

2. Dr. Straßner, betr. die Gewährung von Notstandsunterstützungen für die im Monat September 1927 durch das Hochwasser Geschädigten in einzelnen Gemeinden Tirols (99/A);

3. Dr. Grailer, betr. die Novellierung des Gesetzes vom 30. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 410 (Gehaltsklassengesetz) (100/A).

Verteilt wurde:

Regierungsvorlage B. 73.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. vorm.

Streeruwitz ist entschuldigt.

Eine dringliche Anfrage Dr. Eisler, Domes, Pick, R. Seidel u. Gen. an den Justizminister, betr. einen schweren Amtsmißbrauch des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes in Graz, lautet:

„Für den 17. Oktober 1927 waren vor dem Gewerbegericht Graz die Tagssitzungen zur mündlichen Streitverhandlung über die Klagen der Versicherungsgesellschaften Wilhelm Kunst, Ferdinand Narath, Johann Rückl, Josef Rotnik, Otto Bäumel und Alfred Kochanowsky gegen die Steirer Versicherungs A. G. in Graz anberaumt. Als Vorsitzender hatte der Leiter des Gewerbegerichtes Graz, Oberlandesgerichtsrat Dr. Isleib, zu fungieren, als Beisitzer waren aus dem Kreise der Arbeitnehmer Profurist Hans Flicher und aus dem Kreise der Arbeitgeber Direktor Alexius Ferster zu Senats-

mitgliedern bestellt. Zwei Tage vor der Tagssitzung wurden die beiden Beisitzer telephonisch verständigt, daß die Verhandlung nicht stattfindet; diese Mitteilung erging über Auftrag des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, sie war jedoch erlogen. Der Vorsitzende hatte vielmehr auf Intervention eines Funktionärs des Hauptverbandes der österreichischen Industrie in Graz an Stelle der bereits berufenen Beisitzer den Sekretär des Industriellenverbandes Graz Dr. Hellmut Höhn und einen Bankbeamten eingeladen. Bei der Verhandlung wurden der Vorsitzende und der Unternehmersekretär vom Vertreter der Kläger abgelehnt. Über die Ablehnung des Vorsitzenden wurde noch nicht entschieden, dagegen hat der abgelehnte Vorsitzende die Ablehnung des Unternehmersekretärs abgewiesen. In diesen Vorgängen liegen so ungeheuerliche Gesetzesverletzungen, daß eine rasche Abhilfe nottut, da sonst der Bestand einer geordneten Rechtspflege im Staate überhaupt gefährdet wäre.

Es wird die Anfrage gestellt:

Ist der Bundesminister für Justiz bereit, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß beim Gewerbegericht Graz die Gesetze beobachtet werden und daß der Vorsitzende des Gewerbegerichtes Graz wegen der angeführten groben Gesetzesverletzungen zur Verantwortung gezogen wird?“

Es wird zur I. D. übergegangen. Der erste Punkt der I. D. ist die Fortsetzung der Generaldebatte über den Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10); Bundesgesetz, betr. die Änderung des Zolltarifgesetzes vom 5. September 1924, B. G. Bl. Nr. 445, in der Fassung der Zolltarifnovellen vom 18. März 1926, B. G. Bl. Nr. 68, und vom 28. Juli 1926, B. G. Bl. Nr. 219 (Dritte Zolltarifnovelle) (B. 71).

Födermayr: Hohes Haus! Der Zollausschuß hat in den letzten Monaten ein überaus wichtiges und bedeutungsvolles Stück volkswirtschaftlicher Arbeit geleistet, das nun im hohen Hause seine Bestätigung finden soll. Im Gegensatz zum Herrn Präsidenten Ebersich, der erklärt hat, daß die Verhandlungen im Zollausschuß unernst, ja demagogisch geführt wurden, wie er sich ausgedrückt hat, daß wir nichts geprüft haben, sondern über alle die verschiedenen Einwendungen hinweggegangen sind, muß ich

feststellen, daß nicht sobald eine wichtige Angelegenheit so ernst und sachlich behandelt wurde wie gerade die vorliegende Novelle. Der Herr Präsident Eldersch weiß als Obmann des Zollausschusses ganz genau, daß er wiederholt über Ersuchen der Mitglieder des Zollausschusses Vertreter der verschiedenen Berufs- und Wirtschaftszweige als Experten einberufen hat, um den Mitgliedern des Zollausschusses einen wirklichen Einblick in die betreffenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen.

Es wurde uns weiter vorgeworfen, daß wir glauben, der Zolltarif sei die einzige Möglichkeit zur Rettung aus der Wirtschaftsnot. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß wir das nie behauptet haben, sondern wir haben immer und immer wieder erklärt, daß der Zollschutz eine der Hauptmaßnahmen ist, die wir treffen müssen, um unserer Produktion die Möglichkeit der weiteren Entwicklung zu geben. Ich verweise darauf, daß wir verschiedene andere Maßnahmen immer und immer wieder vorgeschlagen haben. Daß wir zum Beispiel in Erwartung des Kulturförderungsgesetzes bereits die Maßnahmen, die in diesem Gesetz festgelegt werden sollen, schon seit einigen Jahren, soweit es eben die finanziellen Mittel des Bundes und der Länder zulassen, in die Wege geleitet haben, und zwar, wie ich hier konstatieren darf, mit entsprechend günstigem Erfolg. Die Errichtung von Molkereien, Brennereien, Gründung von Viehzuchtgenossenschaften, Errichtung von Getreidezuchtanlagen usw. Ich verweise auf andere Maßnahmen, wie zum Beispiel die Frachtrückvergütung, die wir im vorigen Jahre zur Behebung der Absatzkrise unserer viehzüchtenden Landwirte eingeführt haben. Ich könnte noch verschiedene andere Maßnahmen erwähnen, die neben dem Zollschutz, neben dem Schutz der Produktion die Behebung der Wirtschaftsnot in der Landwirtschaft herbeiführen sollen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einen Wunsch an die Gemeinde Wien in bezug auf die Beschickung des Wiener Viehmarktes seitens der inländischen Viehzüchter und Viehmäster aussprechen. Wenn ein guter Wille vorhanden ist, wird sich — ich bin davon vollkommen überzeugt — auch die Form finden lassen, wie die Beschickung des Wiener Marktes seitens der inländischen Viehzüchter und Viehmäster erleichtert werden könnte, so daß auch durch diese Maßnahme sowohl der Landwirtschaft als auch dem Konsum ganz bedeutend geholfen werden könnte.

Von den wichtigsten Zolltarispositionen möchte ich nun die Positionen Getreide und Mehl besonders hervorheben. Getreide hatte bisher einen gleitenden Zollschutz. Wir wissen aber alle, daß er bloß auf dem Papier war, weil durch das Vormerkssystem jede Preisschwankung im Auslande für die in-

ländische Getreideproduktion unwirksam blieb, ja bleiben mußte, weil man immer wieder bei einer bestimmten Preissituation die Möglichkeit hatte, sich die einzuführenden Mengen vormerken zu lassen. Wir müssen daher wieder auf einen festen Zollsatz zurückgreifen. Ein fixer Zoll hat seine Vorzüge, denn jeder weiß, wie er daran ist; ein fixer Zoll ist ganz gewiß ein besserer und sicherer Schutz als der gleitende Zollsatz.

Wiederholt wurde vom Getreidemonopol gesprochen, und auch Präsident Eldersch hat gestern die Vorzüge desselben wieder hervorgehoben. Wenn wir ernstlich vom Getreidemonopol sprechen, so müssen wir doch die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den Vergleichsländern Schweiz und Schweden gegenüber Österreich ins Auge fassen, denn die Produktionsverhältnisse in diesen Ländern sind nicht gleich. Wenn wir die Inlandproduktion mit Rücksicht auf die Vollversorgung in Roggen mit 75 Prozent des gesamten Getreidebedarfes annehmen — ich glaube, im heurigen Jahre ist das gewiß nicht übertrieben —, in der Schweiz mit 18 Prozent Eigenproduktion, also 82 Prozent Einfuhr, in Schweden mit etwas mehr als 9 Prozent, sagen wir rund 10 Prozent Eigenversorgung und 90 Prozent Einfuhr, so wird natürlich die beachtete Prämierung der Getreideproduktion wesentlich verschieden sein. Die Herren von der sozialdemokratischen Partei haben wiederholt erklärt, daß sie die Getreideproduktion schützen wollen und einen Getreidezuschlag anerkennen würden. Nehmen wir nun an, wir würden in Schweden die Inlandenernte mit 9 Goldkronen — ich rechne nach unserer Währung — belasten, so würden die übrigen einzuführenden 90 Prozent nur mit einer Goldkrone belastet werden müssen, um die 9 Goldkronen der Inlandernte zukommen lassen zu können. Das heißt also, daß die Monopolverwaltung für die Kosten der Prämien der Inlandernte aufzukommen hätte. In der Schweiz würden 9 Goldkronen einen Zuschlag von 1'80 S auf das einzuführende Getreide bedingen. Ich erkläre im vorhinein, daß die österreichische Landwirtschaft gar nicht an einen Zuschlag von 9 Goldkronen auf das im Inlande geerntete Getreide denkt. Aber wenn ich die gleiche Ziffer annehme, so müßten, um diese Summe aufzubringen, die einzuführenden 25 Prozent in Österreich mit dem dreifachen Betrage, das sind mit 27 Goldkronen, belastet werden. Wir hätten dann insgesamt eine Durchschnittsbelastung von 6'66 Goldkronen für den Meterzentner in Österreich. Nun wissen wir doch alle, daß trotz der Zollpositionen im neuen Zolltarif niemand daran denkt, 6'66 Goldkronen als Vertragssatz für Österreich zu erhalten. Durch das Getreidemonopol würde also eine wesentlich höhere Belastung des Getreides eintreten als durch den in Aussicht genommenen fixen Zollsatz. Dabei

sind die Manipulationskosten der Monopolverwaltung noch gar nicht berücksichtigt.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, daß im freien Handel bei fixen Zöllen die Qualitätsunterschiede im Preise mehr Berücksichtigung finden, als es bei einer Monopolverwaltung der Fall sein könnte. Nicht nur in Österreich hat man Bedenken gegen das Getreidemonopol, auch Deutschland hat die verschiedensten Methoden der Getreidebewirtschaftung studiert und überprüft und ist letzten Endes immer wieder auf den fixen Zollsatz zurückgekommen, obwohl Deutschland in bezug auf Weizenimport nach England rangiert, also an zweiter Stelle steht.

Mit dem Getreide- und Mehlsatz wollen wir ja eine Preisregulierung herbeiführen, die eben auch unseren Mühlen zugute kommen soll. Von der Not unserer Mühlenindustrie wurde auch schon sehr viel gesprochen. Ich glaube, wir sind alle überzeugt, daß wir unseren Mühlen zu Hilfe kommen müssen, weil wir dadurch nicht nur wertvolle Betriebe unserer Volkswirtschaft aufrechterhalten, sondern auch viele Arbeitsgelegenheiten sichern. Die Feinmehlspreise wurden durch die vorherrschende Einfuhr von Weizenfeinmehl zuungunsten der Brotmehl-, Futtermehl- und Kleiepreise etwas begünstigt. Es wird nicht geleugnet, daß, wie wir aus der Preisbewegung der Jahre 1926/27 ersehen, das Feinmehl etwas billiger geworden ist. Aber wir müssen demgegenüber leider feststellen, daß dadurch gerade die wichtigsten Mahlprodukte, die wir ohne Unterschied der Partei verbilligen wollen, im Preise wesentlich gestiegen sind. Die Preisbewegung der Jahre 1926/27 zeigt uns, daß das Feinmehl wohl von 74 auf 68 gesunken ist, das Mehl Nummer 2 von 68 auf 63, daß aber das Brotmehl, das ist das Bierermehl, von 48 auf 56·50, also um 8·50 S pro Meterzentner, im Preise gestiegen ist. Das gleiche ist bei Futtermehl zu konstatieren. Dort haben wir eine Steigerung von 22·75 auf 35·50, also ein Plus von 12·75. Die Kleiepreise sind von 16·75 auf 23·75, also um 7 S pro Meterzentner gestiegen.

Wir sehen also, daß die kleinen Vorteile einer Preiserniedrigung des Feinmehles eine ungleich größere Verteuerung der Brotmehl-, Futtermehl- und der Kleiepreise zur Folge haben. Daneben haben wir bei uns in Österreich noch eine besondere Erwägung. Wir können trotz des großen Futtermittelmangels beobachten, daß die Ausfuhr von Kleie in das Zollausland immer mehr in den Vordergrund tritt. Wir haben in Oberösterreich in der letzten Zeit erlebt — und so ist es auch in den anderen Ländern —, daß von seiten der Mühlenindustrie Anfragen auf Ausfuhr von Kleie gestellt werden. Es wurden zum Beispiel in Oberösterreich 100 Waggon Kleie zum Preise von 23 S pro Meterzentner offeriert. Ich glaube annehmen zu können, daß hier

im hohen Hause niemand der Meinung ist, daß Kleiepreise von 23 S pro Meterzentner von der inländischen Landwirtschaft im Hinblick auf die Preise verschiedener anderer Produkte geleistet werden können. Es ist ein sonderbares Verhältnis, das eben darauf zurückzuführen ist, daß unsere Mühlen infolge ihrer geringeren Beschäftigung und der Konkurrenz der Feinmehlspreise im Ausland ihre Regiekosten nur bei den Abfallprodukten, das sind Futtermehl und Kleie, verrechnen können. Daraus resultieren die ungeheuer hohen Futtermehl- und Kleiepreise.

Der Herr Präsident Elbersch hat ganz recht, wenn er billige Futtermittelpreise verlangt. Wir stimmen da vollkommen überein. Nur müssen wir dann auch wirklich ehrlich und offen jene Maßnahmen ergreifen, die zu einer Verbilligung dieser Produkte führen. Ich hätte es sehr gewünscht, wenn der Herr Präsident Elbersch ebenso loyal erklärt hätte, daß die Preisbewegung bei den Mahlprodukten in den letzten Jahren eben dazu führen muß, daß die Einfuhr von Feinmehl etwas wird zurückgedrängt werden müssen zugunsten unserer eigenen Müllerei und mehr Getreide in Österreich zur Vermahlung zu kommen hat.

Über die Vieh- und Fleischzölle wird ja noch einer meiner Kollegen des näheren sprechen. Ich möchte mich darauf beschränken, in Erinnerung zu bringen, in welcher Situation unsere Gebirgsbauernschaft, die ungleich schwerer zu wirtschaften hat, sich im vorigen Jahre befunden hat. Die Gebirgsbauern hatten im vorigen Jahre gerade um diese Zeit die Ställe voll von Vieh und konnten sich kaum die notwendigen Artikel kaufen, die sie zum Leben brauchen, weil es ihnen an Bargeld gemangelt hat. Wir mußten beobachten, daß unsere Märkte vorherrschend vom Ausland beschickt wurden und unsere Inlandware von den Inlandmärkten fast ferngehalten wurde. Wie ich schon erwähnt habe, ist durch die Frachtvergütungsaktion eine Besserung herbeigeführt worden. Es ist ganz falsch, wenn immer wieder gesagt wird, daß unser viehzuchtreibender Gebirgsbauer das größte Interesse an dem Fleischmarkt, an dem Viehabsatz in den konsumierenden Städten hat. Unser Viehbauer hat das Interesse, daß er sein Zucht- und Nutzvieh — und er hat nur solches zum Absetzen — in das Flachland hinaus verkauft. Heuer sehen wir mit großer Befriedigung, daß dieser Absatz günstigere Formen angenommen hat und infolge der besseren Getreideverwertung und Getreideernte im Flachland gerade der Gebirgsbauer einen willigen und guten Abnehmer für sein Nutz- und Zuchtvieh findet. Dieser Zustand muß auch unbedingt aufrechterhalten werden. Dabei leugnen wir natürlich nicht, daß wir in bezug auf die Mast noch verschiedene Vorkehrungen treffen müssen. Auch hier können wir konstatieren, daß gerade die öster-

reichische Landwirtschaft große Fortschritte zu verzeichnen hat und daß wir auf dem betretenen Wege, die Mast in Österreich noch weiter zu fördern, ganz gewiß Erfolge erzielen werden. Ich kann hier auch feststellen, daß bezüglich der Beschickung der Märkte die Fortschritte in der Intensivierung der Landwirtschaft auch bei der Beschickung unserer Inlandmärkte bereits wesentlich zum Ausdruck kommen.

So können wir feststellen, daß zum Beispiel der Anteil Österreichs an dem Auftrieb von Rindern im ersten Halbjahre 1925 16.000 Stück betragen hat, allerdings im Jahre 1926 auf 14.000 Stück gefallen ist, aus den bekannten bereits mitgeteilten Gründen, im ersten Halbjahre 1927 aber bereits eine Steigerung von 14.000 auf nahezu 23.000 Stück Vieh zu verzeichnen hat. Das gleiche können wir auch bei den Schweinen feststellen. Der Auftrieb im ersten Halbjahr 1927 beträgt mehr als das Doppelte des Auftriebes im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. Sogar bei den Ferkelschweinen können wir diese Beobachtung machen, daß der Anteil an der Beschickung des Viehmarktes von 363 Stück im Jahre 1925 auf 1001 Stück im ersten Halbjahr 1927 gestiegen ist.

Wenn ich noch einmal auf das Getreide zurückkommen darf, so kann ich auch hier feststellen, daß die Einfuhr im ständigen Zurückgehen begriffen ist, das heißt, daß die Inlandernte fortgesetzt steigt. Wir haben im ersten Halbjahr 1926 noch 428.000 Meterzentner eingeführt gegenüber einer Einfuhr im ersten Halbjahr 1927 per rund 340.000 Meterzentner. Also Beweise, daß die österreichische Landwirtschaft in bezug auf die Produktion in fortwährendem Steigen begriffen ist und daß es mit Rücksicht auf die ungeheuren Erfolge, die wir durch den Eifer und Fleiß unserer Landwirtschaft hier aufweisen können, unbedingt notwendig ist, dieser aufstrebenden Landwirtschaft auch den entsprechenden Schutz zu bieten.

Bezüglich der Mästung, die ja auch durch die Errichtung von landwirtschaftlichen Brennereien eine besondere Förderung erfahren wird, bezüglich der Schweinemästung, die durch die Abfallprodukte unserer Molkereien auch besonders erhöht werden kann, können wir mit Zuversicht hoffen, daß die hier angegebenen Ziffern der Beteiligung am Inlandmarkt auch im nächsten Jahr noch eine bedeutende Steigerung erfahren werden, um so mehr als wir heuer eine ausgezeichnete Kartoffelernte für die Schweinemast zur Verfügung haben.

Bezüglich der Mastprämie, von der immer und immer wieder gesprochen wird, kann ich nur darauf verweisen, daß eine Mastprämie vielleicht eine teilweise Prämiiierung von Aufzucht und von Mast beinhaltet, daß aber durch die Mastprämie keineswegs eine Förderung der Viehzucht, der Aufzucht und der Mast mit Erfolg durchgeführt werden

kann. Wenn ich mich recht erinnere, wurde in der letzten Zeit vom Abg. Dr. Otto Bauer ein Betrag von 5 S pro Meterzentner für die Aufzucht in Aussicht genommen und von 3 S für die Mast per 100 Kilogramm. Denken wir einmal darüber nach, wieviel Futtermittel man für 5, beziehungsweise 3 S bekommt und ob man mit diesem Mehr an Futtermitteln als bei der normalen Fütterung 100 Kilogramm Gewichtszuwachs bei Aufzucht oder Mast wird erreichen können. Die Lösung dieser Frage müssen Sie uns Praktikern überlassen. Wir haben die Bevölkerung noch nie enttäuscht, sondern wir haben immer und immer wieder Wort gehalten; ich glaube daher, daß Sie guttun, wenn Sie auch in bezug auf die Hebung der Viehzucht und die Förderung der Mast uns die entsprechenden Maßnahmen überlassen. (Sehr richtig!) Wir wollen es mit Ihnen besprechen, ganz gewiß, aber wir glauben, Sie werden guttun, wenn Sie uns auch in dieser Frage mehr Vertrauen schenken; wir werden Sie ganz gewiß nicht enttäuschen.

Dazu kommt noch, daß bei einer Prämie für die Mast noch eine Fleischauflage notwendig wird. Es wurde auch das vorgeschlagen. Nun, wie hoch soll die Fleischauflage sein? Und durch die Fleischauflage wird eben das Fleisch verteuert und der Konsum hat dann eine ebenso hohe, ja, ich möchte sagen, höhere Zollbelastung zu tragen, als es bei den fixen Zöllen der Fall ist, weil wir, und ich glaube mit Recht, annehmen können, daß sich die Auswirkung der höheren Zollsätze zum Teil auch innerhalb der bestehenden Spannung zwischen den Preisen, die der Produzent draußen bekommt, und den Preisen, die letzten Endes der Konsument bezahlen wird, seine Aufnahme finden wird. Es wird da noch eine Preispannung bestehen, die einen Teil, ich möchte nicht sagen alles, aber zumindest einen Teil, der geplanten Zollsätze wird in sich aufnehmen können.

Bezüglich des Zolles auf Eier möchte ich das gleiche hier anführen wie bezüglich des Zolles auf Schweine. Die Auswirkung wird nicht in dem Ausmaße erfolgen, wie es befürchtet wird, und gerade der Zollsatz auf Eier und auf Schweine wird dem Teil der Landwirte besonders zugute kommen, deren Vertreter Sie immer sein wollen; gerade den Kleinbauern wird der Schutz der Eierproduktion und der Schutz der Schweinezucht und Schweinemästung im besonderen zugute kommen.

Untersuchen wir nun einmal die finanzielle Auswirkung der Zölle auf den Konsum. Wenn wir annehmen, daß der Getreidezoll, der im neuen Zollgesetz mit 4 Goldfronen festgelegt sein wird, voll und ganz zur Auswirkung kommt — und das glauben wir doch alle nicht —, so wäre das bei einer Jahresquote von 200 Kilogramm Getreide oder 140 Kilogramm Mehl pro Kopf und Jahr

eine Belastung von 3 g pro Tag und Kopf. Sie können sich leicht ausrechnen, meine Herren, daß, wenn der Zollschutz vertragsmäßig nur mit 3 Goldkronen angenommen wird, diese Belastung um ein Viertel weniger betragen wird.

Bei Fleisch wird, wenn ich die Auswirkung des Zolles als voll annehme und wenn ich sogar annehme, daß der autonome Zollsatz von 15 Goldkronen beim Vieh voll zur Auswirkung kommt, und wenn ich diese gewisse Spannung von 12 auf 13 umrechne, also diese 3 Goldkronen beim Viehzoll auf das Doppelte, also auf 6 Goldkronen pro Meterzentner für Fleisch, und wenn ich dann weiter annehme, daß der Fleischkonsum 50 Kilogramm pro Kopf und Jahr ausmacht, dann komme ich auf eine Belastung von 1 g pro Kopf und Tag.

Herr Präsident Eidersch hat gestern angeführt, daß der Fleischkonsum gering ist. Ich habe andere Mitteilungen; besonders wurde erwähnt, daß der Fleischkonsum in Wien recht hoch ist und 70 Kilogramm pro Kopf und Jahr ausmacht. Wenn ich aber die Angabe des Herrn Präsidenten Eidersch zugrunde lege, der erklärt hat, daß der Fleischkonsum 20 Kilogramm pro Kopf und Jahr beträgt, und wenn ich ferner annehme — was er behauptet hat —, daß der Vertragssoll von 5 auf $8\frac{1}{2}$ Goldkronen erhöht werden soll — ich weiß ja nicht, wie die Verhandlungen laufen werden —, so kommen Sie bei 100 Kilogramm auf eine Belastung von $3\frac{1}{2}$ Goldkronen, also bei 20 Kilogramm auf 70 Goldheller pro Kopf und Jahr. (Hört! Hört!)

Und da reden Sie noch von der ungeheuren Teuerung, von der Leichtfertigkeit, mit der wir dieses Zollgesetz, unbekümmert um die konsumierende Bevölkerung, beschließen, und da werfen Sie uns noch Demagogie vor. Hohes Haus! Ich glaube, gerade die Regierungsparteien haben niemals über die Zollpositionen, wie sie in der Zolltarifnovelle vorkommen, die Bevölkerung im unklaren gelassen, sondern wir haben offen und ehrlich die Wahrheit gesagt und erklärt: es wird sicherlich eine kleine Verteuerung kommen, aber sie wird sich im Rahmen des möglichen halten. Wenn Sie vergleichen, was Sie früher, etwa im April, gesagt haben über die Verteuerung um 15 g pro Kilogramm Mehl und Laib Brot und von 15 g pro Kilogramm Fleisch, dann möchte ich auf die Korrektur aufmerksam machen, die gestern der Herr Präsident Eidersch selbst vorgenommen hat, indem er nur mehr 8 g als Verteuerung nannte. Wir können hoffen, daß noch eine weitere Korrektur zugunsten der konsumierenden Bevölkerung eintreten wird. Wenn uns Demagogie vorgeworfen wird, dann überlassen wir es dem hohen Hause, zu beurteilen, ob auf unserer Seite oder auf der anderen Seite mit den Zollpositionen unernst und unaufrichtig vorgegangen wurde und noch wird.

Wir können noch darauf hinweisen, daß wir in bezug auf die Auswirkung der vom hohen Hause beschlossenen Zollsätze immer Wort gehalten haben. So zum Beispiel beim Milchzoll. Gerade beim Milchzoll haben wir bewiesen, daß es uns nur um die Erhöhung der Produktion zu tun ist. Wir freuen uns alle darüber, daß jetzt in allen Konsumorten und besonders in den großen Städten Milch in überreicher Menge zur Verfügung steht, bei fortgesetzt besserer Qualität. Das gleiche können wir auch behaupten bei dem Zuckerrübenzoll. Auch in der Richtung wurde Wort gehalten und die Auswirkung dieses Zolles blieb für den Konsum gleich Null; auf der anderen Seite aber können wir feststellen, daß die Produktion an Zuckerrüben wesentlich zugenommen hat. Wir würden nur wünschen, daß bei solchen kleinen Preiserhöhungen für die Landwirtschaft, die infolge der Notlage der Landwirtschaft notwendig sind, immer das gleiche Verhalten an den Tag gelegt würde, wie es bei Preiserhöhungen aus anderen Ursachen der Fall ist. Wir beobachten, daß man andere Preiserhöhungen ruhig hinnimmt, daß die Bevölkerung in keiner Weise beunruhigt ist, wir müssen aber leider mit Bedauern feststellen, daß immer dann, wenn es sich darum handelt, die Lage unserer hauptproduzierenden Schichten, unserer Landwirtschaft, irgendwie zu verbessern, sofort von Beunruhigung der Bevölkerung und von Verteuerung gesprochen wird.

Der Herr Präsident Eidersch hat gestern weiter noch erklärt — und ich gebe ihm vollkommen recht und stimme dem bei —, daß bei den verschiedenen Konferenzen und so auch bei der Weltwirtschaftskonferenz immer wieder von dem zu schaffenden großen Wirtschaftsgebiet, von dem Abbau der zu hohen Zollmauern usw. gesprochen wird und hat ganz richtig wörtlich gesagt: Wenn dann diese Herren nach Hause fahren, wird das Gegenteil angestrebt, daß es immer nur bei schönen Worten bleibt, vollkommen richtig! Nur hat er dann noch hinzugefügt, daß es traurig ist, daß auch wir, daß also Österreich vorangeht, das Gegenteil von dem zu tun, was die Weltwirtschaftskonferenz eben beschlossen hat. Da muß ich schon korrigieren und muß sagen, daß das Gegenteil der Fall ist. Wir haben — ich glaube, es war im Vorjahr — im Finanzausschusse Gelegenheit gehabt, durch das Entgegenkommen eines ausländischen Parlamentariers die Zollsätze und die Zollmauern zu vergleichen; es war drüben im Finanzausschußsitzungsaal ein Diagramm ausgestellt, in dem wir eigentlich Österreich suchen mußten, weil es von den uns umgebenden Zollmauern verdeckt war. Und wenn Sie die Zollpositionen von Deutschland, Frankreich, Ungarn, Polen, Jugoslawien, ja von Rußland betrachten, dann müssen Sie feststellen, daß Sie überall ganz bedeutend höhere Zollsätze haben als bei uns in Österreich. Warum werden wir denn in

Österreich mit Mehl so überschwemmt? Weil eben Deutschland und die Tschechoslowakei viel höhere Mehlszölle und zwar Feinmehlszölle haben — sie betragen in dem einen Staate 10 und im anderen 12 Goldkronen — und Ungarn mit seinem Mehl direkt auf Österreich verwiesen ist, weil es seinen ungeheuren Mehlerüberschuß nicht in Deutschland und in der Tschechoslowakei absetzen kann und daher wegen der niederen Zollsätze unser Österreich überschwemmt. Daraus müssen wir doch selbst erkennen, daß wir nicht die Zollmauern aufbauen, in dem Sinne, wie bei der Weltwirtschaftskonferenz nach einem Abbau gerufen wurde, sondern daß wir erst daran sind, eine halbwegs entsprechende Angleichung an den Zollschutz der anderen Staaten in bezug auf agrarische Produkte zu erwirken. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie durchsetzen, daß, statt daß wir näher zu den anderen Staaten hinaufkommen, die anderen zu uns herabkommen, so daß ein gerechter Ausgleich des Wirtschaftsverkehrs mit Agrarprodukten in dem Sinne möglich wird.

In diesem Zusammenhange wurde auch noch das Mühlenkartell erwähnt. Das Mühlenkartell ist ja bekannt. Es sind Bestrebungen gewesen, wie sie in der letzten Zeit wiederholt vorkommen, das gleichartige Unternehmungen, Industrien im Auslande und bei uns untereinander Fühlung nehmen und den Absatz, beziehungsweise Bezug untereinander auszugleichen trachten, um die Förderung der gemeinsamen Interessen der Staaten in bessere Wege zu leiten. So war es auch beim Mühlenkartell. Unsere Mühlenvertreter sind mit denen des Auslandes, besonders denen von Ungarn zusammengekommen und haben eben nach irgendeinem Modus, irgendeiner Form gesucht, um im gegenseitigen Übereinkommen, ohne eine schwere Belastung für die Bevölkerung zu verursachen, eine Erleichterung zu finden. Nun, sie haben sie nicht gefunden, die Verhandlungen sind gescheitert, und daher ist das ganze Mühlenübereinkommen gegenstandslos geworden. Sie wie wir, das ganze hohe Haus, hätte gewiß nie einem von den Mühlen untereinander getroffenen Übereinkommen zugestimmt, das einerseits unseren Mühlen keinen Schutz geboten, andererseits den Konsum ungerechtfertigt hoch belastet hätte. Da hätten wir immer noch Gelegenheit gehabt, dagegen Stellung zu nehmen.

Es wurde vom Herrn Präsidenten Ebersch gestern auch besonders betont, daß er fürchte, daß die Bauern — das hat er wortwörtlich erklärt — nach Erledigung der Zollarisfnovelle hier im Parlament an die Regierung herantreten und verlangen werden, daß die autonomen Zollsätze auch in den Handelsverträgen festgelegt werden. Nun, ich sage Ihnen offen und ehrlich: Diese Befürchtung besteht zu Recht. Meine Herren! Wir haben diese Zollpositionen hier in der Zollarisfnovelle nicht geschaffen, um auf dem

Papier höhere Ziffern zu haben, sondern wir verlangen schon, daß sich diese erhöhten Zollpositionen auch als Schutz für die landwirtschaftliche Produktion auswirken, und dies kann nur sein, wenn in den Handelsverträgen höhere Zollpositionen für die österreichische Landwirtschaft zum Durchbruche kommen werden. Die Positionen des Zollgesetzes vom Jahre 1924 haben sich als äußerst unwirksam gegenüber unseren Handelspartnern erwiesen. Dazu ist allerdings noch gekommen — das müssen wir ganz besonders im Auge behalten —, daß wir die Handelsverträge in den Jahren 1922, 1923, 1924, also in einer Zeit abgeschlossen haben, wo wir noch die Einfuhr von Mehl, Getreide, Vieh und verschiedenen Lebensmitteln aus dem Auslande unbedingt notwendig hatten. Das wußte natürlich das Ausland und hat daher auf unsere Unterhändler einen entsprechenden Druck ausüben können. Wir glauben aber, daß jetzt diese erhöhten Zollpositionen bei den Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen eine günstige Wirkung auslösen werden. Ja, wir erwarten nicht nur höhere Vertragszölle, meine Hochverehrten, sondern wir erwarten auch und hoffen zuversichtlich, daß das Zollland Einsicht hat, daß es die Not unserer Landwirtschaft würdigt und die Erhöhungen selber zugesteht.

Wir wünschen, daß die Zollvertragsverhandlungen mit dem Auslande in friedlicher Weise durchgeführt werden, daß in friedlichen Verhandlungen mit dem Zollland der berechnete Schutz für unsere Landwirtschaft in den Handelsverträgen festgelegt wird. Sollte das nicht der Fall sein, meine Hochverehrten, sollte auf friedlichem Wege eine berechnete und entsprechende Erhöhung der Vertragszölle nicht möglich sein, so erklären wir Ihnen hier ganz offen und loyal: Dann würden wir selbst vor einer Kündigung der Handelsverträge nicht zurückschrecken. (Hört! Hört!)

Ich möchte auch noch auf die Auswirkung der Preisbewegung der landwirtschaftlichen Produkte verweisen. Ich muß hier feststellen, daß der Konsum am Sinken der Preise, sei es nun Getreide oder seien es Vieh oder Viehprodukte, sehr wenig oder fast nie einen Anteil hat, daß aber der Konsum bei steigenden Preisen immer sofort mit den Zuschlägen rechnen muß. Es wäre höchst ungerecht, wenn man daraus der Landwirtschaft Vorwürfe machen würde. Da fehlt es eben noch an der Zwischenorganisation, und man wird gewiß auch hier Wege finden, die der Bevölkerung zum Vorteil gereichen.

Die Vorteile nun, die sich die Landwirtschaft von dieser Zollarisfnovelle erhofft, liegen in erster Linie in der Behebung der Not der österreichischen Bauernschaft. Der Herr Präsident Ebersch hat gestern mit Recht — wir danken immer dafür, wenn die wirkliche Situation hier im offenen Hause auch von der Gegenseite loyal festgestellt wird — konstatiert, daß

sich die Landwirtschaft in einer Notlage befindet und daß die Verschuldung des Bauernstandes sehr ernste Formen angenommen hat. Der Behebung dieser Not der Landwirtschaft gilt diese Zolltarifnovelle in erster Linie. Wir wollen die Existenz des Bauernstandes, aber auch die Möglichkeit einer weiteren Produktionserhöhung durch diese Zolltarifnovelle uns sichern.

Nun die Vorteile für den Konsum. Wenn ich von Vorteilen für den Konsum spreche, so werden Sie vielleicht die Achseln zucken. (*Ruf: Da sind wir gespannt, bis dort sind wir gestorben!*) Gewiß, meine Herren, wären Sie vielleicht schon, wenn auch nicht leiblich, so wirtschaftlich gestorben, wenn die Produktion der Landwirtschaft nicht so ungeheure Fortschritte gemacht hätte. (*Sehr richtig!*) Die Arbeitslosigkeit hätte dann noch ungleich größere Formen angenommen. (*Zwischenruf Sever.*) Gewiß, die Gesamtheit der Bauernschaft hat ein großes Verdienst daran, daß wir in bezug auf die Produktion so ungeheure Fortschritte zu verzeichnen haben. Ich will Ihnen Ihr Verdienst an dieser Hebung absolut nicht streitig machen, wir lassen uns aber den Anteil der Bauernschaft daran, unser Mitverdienst, auch nicht durch Zwischenrufe streitig machen.

Wenn ich von den Vorteilen für den Konsum spreche, dann bitte ich Sie, sich wieder einmal zurückerinnern — das ist manchmal gut — an die Zeit der Jahre 1919 bis 1922. Damals erging der Ruf nach Hebung der Produktion von allen Seiten. Die Ernährungsorgen, die damals die Regierung, das Parlament, die einzelnen Städte gehabt haben, waren nicht gering. Ich glaube nun, daß es die Landwirtschaft in Österreich so weit gebracht hat, daß wir sagen können, diese Sorgen sind heute vertrieben und wir können jetzt — das muß einmal hier im offenen Hause gesagt werden — ohne Überhebung feststellen, daß wir die Ernährung der Bevölkerung im Inlande durch die Inlanderzeugung gesichert haben. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Das ist eine so wichtige Aktivpost und ein so bedeutender Vorteil für den Konsum, daß er eine viel größere Würdigung verdienen würde, als es tatsächlich der Fall ist. (*Lebhafte Zustimmung.*) Wir glauben daher, daß es für diesen ungeheuren Vorteil, der in der gesicherten Ernährung besteht — wenn Sie sich auch nicht weiß Gott welche Delikatessen verschaffen können, aber wir sind so weit, daß wir uns im Notfalle nunmehr selbst versorgen können —, daß es für diesen ungeheuren Vorteil ein bescheidener Lohn ist, wenn die Landwirtschaft dafür nur verlangt, daß die Arbeit des Landwirtes besser, zumindest so entschädigt werde, daß er seinen Betrieb aufrechterhalten kann. Wir können auch ohne Überhebung feststellen, daß unter der zielbewußten Führung unseres Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, unter der Mitarbeit und Führung der landwirt-

schaftlichen Hauptkörperschaften, der Landwirtschaftskammern, der Landeskulturräte und der Präsidentenkonferenz sowie der Mitarbeit jedes einzelnen Landwirtes nunmehr diese für Österreich so bedeutsame Situation geschaffen wurde. (*Zustimmung.*) Deshalb glauben wir ist es ungerecht, in die Öffentlichkeit hinauszufagen, daß die Landwirtschaft rücksichtslos ist, daß sie weiß Gott welche Zollpositionen wünscht, die ungerecht sind und wie immer ihre Auswirkung in einer ungeheuren Belastung der Bevölkerung finden, wenn wir auf der anderen Seite durch die Fähigkeit und Ausdauer der Landwirtschaft der österreichischen Bevölkerung diese ungeheure Beruhigung gebracht haben.

Aber wenn wir auf der einen Seite die gesicherte Ernährung feststellen können, so müssen wir leider zu unserem großen Bedauern auf der andern Seite konstatieren, daß die Verschuldung des Bauernstandes in hohem Maße zugenommen hat. Ich frage Sie, meine verehrten Frauen und Herren, soll das der Lohn für die Arbeit, die die Landwirtschaft geleistet hat, sein? (*Lebhafter Beifall.*) Ich bin überzeugt, daß niemand hier im Hause diese Frage bejahen würde, sondern daß alle mit mir der Meinung sind, daß die Landwirtschaft für diese Leistung eine bessere Fundierung ihrer Existenz sich reichlich verdient hat.

Der Herr Präsident Eidersch hat gestern noch erklärt, wir müssen die Verantwortung tragen. Gewiß, wir tragen sie. Unsere Regierung hat die Verantwortung immer getragen und mit der Regierung auch die Regierungsparteien. Wir tragen mit der Regierung die Verantwortung auch für diese Zolltarifnovelle. Wenn in den weiteren Ausführungen dann gesagt wurde: In einer Zeit, wo es so viele Arbeitslose gibt, haben Sie den Mut, ein solches Zollgesetz zu beschließen, dann sage ich Ihnen: im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit in Österreich müssen wir eben diese wirtschaftliche Notwendigkeit hier im Parlament erfüllen, um eben der ungeheuer großen Menge von Arbeitslosen Arbeit und eine bessere Existenz zu sichern. Ich frage Sie: Was hat der Arbeitslose davon, wenn ihm etwas billigere Lebensmittel zur Verfügung stehen, er aber keine Arbeit hat und sich nicht einmal diese billigeren Lebensmittel verschaffen kann? Ich bin überzeugt, daß die Arbeitslosen draußen ganz gewiß ganz beruhigt sind und nur darauf warten, daß durch eine Belebung unserer gesamten Volkswirtschaft eine größere Verdienstmöglichkeit resultiert, so daß sie dann selbst wieder Verdienst- und Arbeitsmöglichkeit und dadurch eine bessere Existenzmöglichkeit finden können. Wir werden also ruhig die Verantwortung tragen, ganz gewiß, und wir sind überzeugt, daß wir diese Verantwortung auch tragen können.

Ich möchte zum Schlusse noch den Wunsch äußern, daß wir so ungeheuer wichtige Fragen, wie es die Zolltarifnovelle ist, dem politischen Horizont in der

Zukunft am besten entziehen. Dann werden wir nicht drei Vierteljahre und darüber hinaus brauchen, bis eine so zwingende volkswirtschaftliche Notwendigkeit hier im Parlament Erfüllung findet, wie es die Zolltarifnovelle ist. Dann bin ich überzeugt, daß wir auch rascher zu wirklichem wirtschaftlichen Aufstieg kommen werden. Ich möchte also an das hohe Haus appellieren, dem uns vorliegenden Gesetzentwurf über die Zolltarifnovelle die Zustimmung in der Überzeugung zu geben, daß eine gesicherte Existenz des Bauernstandes gleichbedeutend ist mit einer gesicherten Ernährung unseres Volkes. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Frau Freundlich: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat gestern bei der Einbegleitung des neuen Budgets auf die gute Entwicklung hingewiesen, die die österreichische Landwirtschaft genommen hat. Durch diese Ausführungen hat er eines festgestellt: daß unsere Landwirtschaft sich gut entwickelt hat, unsere Produktion gestiegen ist, ohne daß sie diese Zölle hatte, die das hohe Haus heute beschließen soll. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in Österreich diese hohen Zölle nicht unbedingt haben muß, denn wenn sie ohne diese Zölle nicht lebensfähig gewesen wäre, hätte sie sich eben bisher nicht gut und ausreichend entwickeln können.

Ich möchte aber noch einen anderen Beweis dafür anführen, daß die Zölle allein eine gute Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion nicht garantieren. Wir haben eine sehr interessante Aufstellung über die durchschnittliche Zollhöhe der einzelnen Staaten, und da finden wir, daß drei Staaten, die landwirtschaftlich gut entwickelt sind, und vor allem ein Staat, dessen landwirtschaftliche Entwicklung überall anerkannt wird, nämlich Dänemark, bedeutend niedrigere Zölle hat als Österreich. Dänemark hat eine durchschnittliche Zollbelastung von 13,2 Prozent, Österreich hatte bis jetzt ohne die neuen Zölle, die eingeführt werden, eine durchschnittliche Zollbelastung von 19,2 Prozent; ebenso ist die Zollbelastung in Belgien und der Schweiz niedriger als bei uns. Sie werden nun alle zugeben, daß gerade die Entwicklung der dänischen Landwirtschaft eine ganz hervorragende ist und, wenn die dänische Landwirtschaft ihre Entwicklung ohne einen höheren Zollschutz finden konnte als denjenigen, den wir bis heute in Österreich hatten, dies ein weiterer Beweis dafür ist, daß dieser hohe Zollschutz allein entscheidend auf die Entwicklung der Landwirtschaft nicht einwirken kann, denn sonst hätte sich die dänische Landwirtschaft niemals so gut entwickeln können.

Ich möchte aber noch auf eine andere Entwicklung hinweisen, die für uns außerordentlich lehrreich ist. Wenn Sie die volkswirtschaftlichen Zeitungen Deutsch-

lands verfolgen, sowohl diejenigen, die von industrieller Seite herausgegeben werden, als auch diejenigen, die mehr landwirtschaftlich orientiert sind, so werden Sie immer wieder auf die Feststellung stoßen, der Zollschutz, der in Deutschland seit Jahren bedeutend höher ist als in Österreich, hat die Landwirtschaft nicht vor der zunehmenden Verschulbung geschützt. Die Landwirtschaft hat lange nicht jene Befriedigung gefunden, die sie von diesen hohen Zöllen zu finden glaubte.

Es sind nun in der letzten Zeit in Deutschland eine ganze Reihe von außerordentlich interessanten und wichtigen Untersuchungen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preise durchgeführt worden, und so wurde unter anderem eine interessante Darstellung über die Entwicklung der Schweinepreise in den letzten 60 Jahren in Deutschland gemacht. Dabei hat man nun festgestellt, daß eine der wesentlichsten Ursachen für die ungünstige Wirkung der Preispolitik auf die Landwirtschaft in der außerordentlich wechselnden Höhe der Preise liegt. Man hat festgestellt, daß es Preisdifferenzen in den letzten 60 Jahren in den Preisen für Schweine in Deutschland gegeben hat, die 60 Prozent betragen, also eine Preisspannung, die etwas ganz Außergewöhnliches ist. Die Preisschwankungen haben natürlich zur Folge, daß der Landwirt gerade in jenen Momenten, wo zum Beispiel durch eine ausgezeichnete Kartoffelernte oder eine sehr gute Roggenernte, also durch die Verbilligung des Futters, die Schweineproduktion sich ergiebiger gestalten kann, die höhere Produktion zu einer Senkung des Preises führt. Man hat in Deutschland sich sehr ernstlich und in sehr ausführlichen Diskussionen mit der Frage befaßt: Wie kann man zu einer Stabilisierung der Preise kommen, wie ist es möglich, daß man die Landwirte vor diesen ganz außerordentlichen und für ihre Wirtschaft katastrophalen Preisschwankungen schützt? Und da ist es ganz interessant, daß die Vertreter der deutschen Landwirtschaft und die Wissenschaftler, die doch in Deutschland einem Namen haben, immer mehr zu der Überzeugung kommen, man müsse den Markt bewirtschaften, man dürfe nicht mehr den Markt frei sich entwickeln lassen, man müsse vielmehr durch Maßnahmen in die Marktpolitik eingreifen, um den Landwirten eine gewisse Stabilität der Preise zu garantieren. Man hat da eine ganze Fülle von Maßregeln vorgeschlagen. Man hat zum Beispiel erklärt, man müsse große Kredite des Staates bereitstellen, damit der Staat bei einer sehr ergiebigen Kartoffelernte oder einer sehr ergiebigen Roggenernte imstande ist, einen Teil dieser Überproduktion aufzukaufen, um diesen Roggen dann sofort in Futterkleie umzuwandeln, damit man diese Kleie für die Zeit der schlechten Futterernte zur Verfügung habe; man hat vorgeschlagen, daß der Staat Trocknungsanlagen errichte, und man hat

weilers vorgeschlagen, daß man die Beschickung der Märkte staatlicherseits kontrolliere und organisiere.

Sie sehen, eine ganz entschiedene Wendung: Hinweg von dem freien Markt, hin zu einer planmäßigen Organisation der Versorgung und dadurch zu einer Regelung der Produktion gerade auf landwirtschaftlichem Gebiete. Sie sehen, das sind Gedanken, die sich ziemlich von dem alten landwirtschaftlichen Standpunkt entfernen, der da meint, wenn man die Grenzen zusperret, wenn man die Einfuhr des ausländischen Produktes hindert, dann hat man die Garantie einer gedeihlichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion.

Aber, daß heute draußen in der Welt sich immer mehr der Gedanke durchsetzt, der Landwirtschaft könne nur geholfen werden, wenn sie ihre Produkte einem organisierten Markt zur Verfügung stellt, das hat ja auch ein Teil der Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz gezeigt. In der agrarischen Kommission, die auf dieser Konferenz eingesetzt war und in der in überwiegendem Maße Vertreter der Landwirtschaft zusammengefaßt waren, wurde nicht den Auseinandersetzungen über die Zollpolitik das Hauptaugenmerk zugewendet, sondern der Frage: Wie schaffe ich der Landwirtschaft einen organisierten Markt für ihre Produkte?

Und sehen Sie, da fehlt es nun bei uns noch an jedem Willen, etwas zu leisten. Wir hören in Wien mit großem Erstaunen, daß die Kartoffeln im Tullner Feld mit 6 g pro Kilogramm bezahlt werden, wir hören, daß in Oberösterreich die Kartoffeln nur 5 g kosten; wir hören, daß ein Ei im Burgenland jetzt 7 g kostet. Und wenn Sie einer Wiener Hausfrau erzählen, daß solche Preise bezahlt werden und Sie damit vergleichen, welche Preise dieser Wiener Konsument auf seinem Markte zahlen muß, dann sehen Sie, daß das Zwischengewinne sind von 14 und mehr Prozent, die gewiß die Existenz dieser Zwischenhändler noch gar nicht so außerordentlich reich dotieren, die aber eine ungeheure Belastung für den Produzenten und Konsumenten sind. *(Sehr richtig!)*

Nun hat seinerzeit die Regierung durch den Mund des Herrn Bundeskanzlers feierlich erklärt, daß er die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz übernimmt und bei der Expertise, die wir im Zollausschuß hatten, hat am Schluß der Herr Bundeskanzler gesagt: Wir werden diese Beschlüsse durchzuführen versuchen. Es ist seitdem fast ein halbes Jahr vergangen, wir haben bis jetzt nicht gehört, daß das Bundesministerium für Landwirtschaft oder irgendein anderes Ministerium die Initiative ergriffen hätte, um wenigstens die in Genf vorgeschlagene Kommission zu bestellen, in der Vertreter der Konsumenten und der Produzenten zusammenzusetzen sollen, um gemeinsam zu beraten: Wie kann man also in Österreich einen organisierten

Markt schaffen, der die Lebensmittel für die Konsumenten verbilligt und auf der anderen Seite den Landwirten ein höheres Erträgnis ihrer Produkte sichert?

Ich glaube, daß da gar nichts anderes wirkt als eine gewisse politische Angst. Man erzählt den Landwirten in den Dörfern, daß die Sozialdemokraten die neue Pest sind, vor der man sich fürchten muß. Wenn man nun mit denselben Sozialdemokraten in einer Kommission zusammensetzen würde, um den Markt zu organisieren, so würde der Bauer draußen vielleicht doch nicht mehr glauben, daß wir die Teufel sind, vor denen er sich vor allem hüten muß. Da haben sie ein Mittel, das von allen Staaten der Welt als das Mittel anerkannt wird, das der Landwirtschaft Erfolge sichern kann, das die Produktion der Landwirtschaft zu sichern vermag und das wir gewiß auch in Österreich anwenden könnten, wenn der ernste Wille auf der anderen Seite vorhanden wäre. Aber seitdem die Landwirte in Österreich mit dem Herrn Sieghart zusammen Kreditpolitik und mit dem Hauptverband der Industrie ihre Zollpolitik treiben, haben sie eben für die demokratischen Vorschläge einer internationalen Konferenz kein Ohr mehr und sind überzeugt, daß das einzige Mittel darin liegt, daß sie sich dem Kapitalismus mit Haut und Haar verkaufen.

Nun haben wir in einer ganzen Reihe von Staaten auf diesem Gebiete des direkten Verkehrs zwischen Konsumenten und Produzenten ganz außerordentliche Erfolge erzielt, und ich möchte Ihnen nun einige dieser Erfolge mitteilen. Es ist eine Denkschrift erschienen, die der Weltwirtschaftskonferenz überreicht wurde. Nur wünschen sowohl die landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands wie der Zentralverband der deutschen Konsumvereine nicht, daß die Ziffern veröffentlicht werden; man kann also von dieser Denkschrift nur im Auszug sprechen. Da wird aufgezählt, wie sich dieser direkte Verkehr in einigen Teilen Deutschlands entwickelt hat, und da können Sie zum Beispiel hören, daß in Brandenburg — Sie wissen, daß die Mark ein sehr sandiger Boden ist, in dem die Kartoffel in vielen Gegenden sehr gut gedeiht —, daß in dieser Mark Brandenburg im vergangenen Herbst Kartoffelverträge zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen, den verschiedenen Verkaufsgenossenschaften, die die Landwirte haben, und den Brandenburger Konsumvereinen abgeschlossen wurden und die Mitglieder dieser Vereine — wenn Sie zum Beispiel an die Konsumgenossenschaft Berlin denken, die einer der größten Konsumvereine der Welt ist — haben den ganzen Winter hindurch nicht eine Kartoffel gegessen, die nicht direkt vom Landwirt an den Konsumverein geliefert gewesen ist. Da haben Sie ein praktisches Beispiel dafür, wie man sich über

die gewiß sehr schwierige Frage in der Preispolitik einigen kann; denn die Frage des Preises wird natürlich zwischen den Produzenten und Konsumenten auch bei einer demokratischen Zusammenarbeit immer eine Rolle spielen. Aber man sieht, daß es möglich ist, diese Preispolitik wirklich in einem Sinne durchzuführen, daß beiden Teilen Gerechtigkeit widerfährt.

Noch weit größer und weit erfolgreicher ist ja heute schon der Verkehr zwischen den Genossenschaften auf internationalem Wege organisiert. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Australien beliefern seit ungefähr zweieinhalb Jahren den englischen Markt mit ihrer Butter. Diese Butter geht direkt von den landwirtschaftlichen Genossenschaften Australiens an die englische Großeinkaufsgesellschaft, die 5 Millionen Mitglieder, also mindestens 18 bis 20 Millionen Menschen versorgt. Die australischen Farmer sind dadurch instande gewesen, was ganz besonders interessant ist, sich von einem großen Teil ihrer Verschuldung zu befreien. Die Landwirte in Australien haben jedes Jahr einen Vertrag mit der englischen Großeinkaufsgesellschaft. Sie bekommen im Mai, bevor noch das Getreide geerntet ist, ihren bestimmten Kredit, der im Jahre 1926 2½ Millionen Pfund betragen hat. Dieser Kredit gestattet es den Landwirten, daß sie ihr Getreide nicht an Halm und nicht an die Spekulation verkaufen müssen. Sie müssen sich aber verpflichten, kein Getreide an den freien Verkehr abzugeben.

Von der Ernte von 16 Millionen Bushels Weizen, die in Australien im Jahre 1926 geerntet wurden, sind 12 Millionen Bushels Weizen direkt an die Großeinkaufsgesellschaft in England geliefert worden, und dies konnte das ganze Jahr 1926 hindurch der Sack Mehl um 8 englische Schilling billiger verkaufen als jede Konkurrenz. Da haben Sie im großen ein Beispiel, wie man einen organisierten Markt schaffen kann. Dabei handelt es sich um einen Markt, der heute natürlich weit stärker unter kapitalistischen Einflüssen, unter dem Einfluß großer kapitalistischer Handelsgesellschaften, der kapitalistischen Mühlenindustrie steht, wie jeder andere Markt, denn der englische Markt wird ja heute überwiegend dadurch versorgt, daß der Handel sich in kapitalistischen Formen entwickelt und durchsetzt.

Das wollte ich zu der Frage sagen: Wie können wir der Landwirtschaft helfen, ohne daß wir die Konsumenten belasten müssen? Denn darüber dürfen wir uns ja nicht täuschen, es ist notwendig, daß auch der Konsument in Österreich eine Entlastung erfährt, und eine Wirtschaftspolitik, die nur einer Klasse der Bevölkerung hilft und die andere belastet, wird sich zum Schluß auch an der Landwirtschaft rächen.

Betrachten Sie zum Beispiel die Verhältnisse bei den einzelnen Getreidearten! Wir haben im letzten

Jahre nicht ganz 40 Prozent unseres Weizenbedarfes im Inland erzeugt, wir mußten immerhin noch mehr als die Hälfte an Weizen vom Ausland einführen. Wenn dieser Weizen nun einen erhöhten Zoll bekommt, so haben Sie gar nichts erreicht, als daß der Herr Finanzminister Riebenböck eine höhere Einnahme erzielt. Auch der Weizen Zoll, von dem man uns erzählt, daß er zum Schutze der Landwirtschaft geschaffen werden muß, wird ein Finanzzoll, der es dem Herrn Dr. Riebenböck ermöglicht, Schulden zu machen und diese Schulden zu verzinsen. Sie sehen, daß die Landwirtschaft sehr teures Geld erhält, wenn sie auf dem Wege des ausländischen Kredits Geld für Investitionen bekommt. Die Landwirte würden wesentlich billiger Geld bekommen, wenn unsere ganze Finanzwirtschaft nicht mit den außerordentlichen Kreditzinsen belastet wäre, die wir dem Auslande heute schon zahlen müssen, und zu den 80 Millionen Goldfronen, die wir für die erste Seipelanleihe bezahlen müssen, werden sich ja nun weitere Belastungen gesellen. Die müssen Sie mitbezahlen durch einen Finanzzoll, wie dieser Weizen Zoll es ist.

Früher, im alten Österreich, wenn ein Finanzminister kein Geld hatte, dann erschien als rettender Engel der Schnaps. Da hat man gesagt, wenn wir kein Geld in den Kassen haben, versteuern wir den Branntwein. Der Branntwein mußte immer die Defizite im Staatshaushalt decken. Man hat dann eine Zeitlang auch das Tabakmonopol zur Melkfuh der Staatsfinanzen gemacht, die Raucher haben immer schlechteres Material zu rauchen bekommen und der Staat hat sehr gut verdient. Heute geht man einen Schritt weiter, und zwar einen viel gefährlicheren Schritt. Heute schafft man nicht Finanzeinnahmen aus Schnaps und Tabak — das sind Genußmittel, und wer sie nicht bezahlen will, der soll eben nicht rauchen und keinen Alkohol trinken —, heute schafft man diese Erhöhungen der Einnahmen aus einer Besteuerung von Brot und Mehl, aus einer Zollbelastung, die eine reine Finanzzollbelastung ist, und die zu verantworten der Herr Finanzminister ganz außerstande ist, wenn er in demselben Atem erklärt: Ich bin aber außerstande, den Beamten nur einen Groschen mehr an Gehaltserhöhung zu geben. (Sehr richtig!) Finanzzölle, die die Einnahmen des Herrn Finanzministers erhöhen — ja, wenn der Herr Finanzminister gestern gekommen wäre und gesagt hätte, ich werde durch die Erhöhung des Weizenzolles so und so viel mehr gewinnen, ich werde also diese höheren Gewinne dazu benutzen, um die Staatsangestellten besser zu bezahlen, dann hätte das noch einen Sinn gehabt, dann hätte man noch sagen können, hinter dieser Finanzpolitik schlummert ein Funken von volkswirtschaftlichem Verständnis. Der Herr Finanzminister hat es nicht gesagt, denn er will ja Geld borgen gehen. Und da Sie schon

in den Zeitungen lesen können, daß die Londoner City diesmal etwas teurer sein wird als das letzte Mal, weil sie das Gefühl hat, daß man nach Mitteleuropa billiges Geld noch nicht verborgen kann, so können Sie sich erklären, warum der Herr Finanzminister zwar die Finanzzölle, die Sie ihm durch den Weizen Zoll und andere Lebensmittelzölle verschaffen, einsteckt, aber nicht bereit ist, den Staatsbeamten und Staatsarbeitern, all den Menschen, die jahraus, jahrein für das Land arbeiten, auch nur einen Groschen an Einkommenserhöhung zu geben. Ich bin sehr neugierig, wie die Vertreter der Beamtenschaft, namentlich die großdeutsche Partei, eine solche Politik, die von der Beamtenschaft durch die Verminderung ihrer Lebenshaltung bezahlt werden muß, rechtfertigen werden.

Es hat nun der Herr Abg. Födermayer gesagt: Fürchtet euch nicht, die Konsumenten werden ja gar nicht so teuer leben; erinnert euch doch, wir haben schon Lebensmittelzölle gemacht, und auch damals habt ihr gemeint, diese Lebensmittelzölle werden eure Lebenshaltung verteuern; es ist ja gar nicht wahr, es ist ja in Österreich nicht so teuer geworden. Ich möchte den Herrn Födermayer zuerst erinnern, daß wir nur ganz wenige Lebensmittel haben, die nicht schon den 25.000 fachen Betrag von dem kosten, was sie im Frieden gekostet haben, während selbst bei den schlechtest bezahlten Beamten- und Arbeiterkategorien, die wir vor dem Kriege hatten, erst eine Steigerung des Einkommens auf das 15.000 fache festzustellen ist. Das heißt, daß wir schon eine Spannung von dem 10.000 fachen haben zwischen der Steigerung der Einkommen und der Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Aber wenn die letzten Zölle sich nicht ganz ausgewirkt haben, so haben der österreichischen Regierung einige Dinge mitgeholfen, auf die sie keinen Einfluß hatte, an denen sie absolut unschuldig ist. Wir haben in den letzten Jahren in der ganzen Welt Rekord-ernten gehabt. Wir haben so gute Ernten gehabt, daß man in Amerika vorgeschlagen hat, die Regierung solle diesen Getreideüberschuß aufkaufen und einlagern, damit die amerikanischen Farmer nicht zugrunde gehen. Wenn Sie die amerikanischen Zeitungen lesen, werden Sie finden, daß im Jahre 1925 200.000 Landwirte in Amerika zugrunde gegangen sind, weil die Getreidepreise eine so kolossale Senkung erfahren haben. Ja, eine Weltrekordernte überwindet natürlich auch Zollerhöhungen, denn wenn der Getreidepreis auf dem Weltmarkt sinkt, dann wirkt sich auch der österreichische Zoll nicht so aus, daß wir die Teuerung wirklich spüren. Aber wer gibt Ihnen die Garantie, daß wir immer solche Weltrekordernten haben werden? Man hört jetzt schon, die australische Ernte ist diesmal eine Untermittelernte, man ist sehr skeptisch, ob die Getreidepreise nicht sehr stark anziehen werden. Die inter-

ationale Spekulation ist jedenfalls sehr zurückhaltend. Sie sehen, es kann einmal auch eine andere Entwicklung eintreten, und dann werden sich die Zölle restlos und voll auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auswirken.

Nun hat Herr Födermayer gesagt, wir hätten umgelernt. Im April hätte die Verteuerung nach unseren Angaben beim Kilogramm Brot noch 15 g betragen, während Präsident Ederich gestern von 8 g beim Kilogramm Mehl gesprochen hat. Das sei also schon ein Unterschied. Aber Herr Abg. Födermayer hat vergessen, bei seiner Berechnung den Mehlsoll in Betracht zu ziehen. Er hat gesagt, 200 Kilogramm Getreide werden 3 g Verteuerung pro Kopf und Tag bringen. Wenn Sie das ausrechnen, so machen 3 g pro Tag 10 S 95 g pro Jahr. Wenn Sie den Getreidezoll allein berechnen, dann bekommen Sie natürlich eine mindere Belastung, als wenn Sie zum Getreidezoll den Mehlsoll dazurechnen. Da ja der Konsument kein Getreide, sondern Mehl und Brot isst, so müssen Sie auch den Mehlsoll dazurechnen und dann werden Sie mit 3 g nicht auskommen, dann werden es eben viel mehr Groschen sein.

Aber selbst eine Belastung von 10 S 95 g im Jahr bedeutet ja heute für viele Arbeiter und kleine Angestellte in Österreich fast einen Wochenlohn.

Ich habe schon im Zollausschuß erzählt, wir haben Arbeiterkategorien, wie zum Beispiel die Hilfsarbeiter in der Textilindustrie, die einen Durchschnittslohn von 14 S 58 g wöchentlich haben. Ja, wenn Sie dem Mann das Brot auch nur um 3 g im Tage verteuern, ist das schon ein Wochenlohn, und Sie können doch nicht sagen, daß das bedeutungslos ist. Ja gewiß, die Bauern werden das nicht spüren und die besser situierte Bevölkerung, in deren Interesse Sie Ihre Politik machen müssen, wird es auch nicht spüren. Und der Herr Dr. Weidenhoffer kann hundertmal versprechen, daß die Industrie Lohnerhöhungen geben wird — wir nehmen keine Hypotheken auf Versprechen des Herrn Dr. Weidenhoffer. (*Lebhafte Zustimmung.*) Wir wissen sehr gut und erfahren es jeden Tag — unsere Kollegen aus den Gewerkschaften können es Ihnen erzählen —, daß man heute um 1 Prozent Lohnerhöhung schwere Kämpfe führen muß, daß wir Kategorien haben, wo die Arbeiter selbst sagen, ja unsere Fabrik geht so schlecht, da können wir eigentlich gar keine Lohnerhöhung verlangen, weil man vor dem Zusperrn steht. Es ist in der vergangenen Woche wieder eine Fabrik in der Umgebung Wiens gesperrt worden, da hat man den Arbeitern und Angestellten nicht einmal die restlichen Löhne auszahlen können. Und wir haben Fabriksbetriebe in Wien, wo die Arbeiter am Dienstag ein Viertel ihres Lohnes bekommen, am Donnerstag bekommen sie wieder ein paar Schilling und am Samstag wieder ein paar Schilling, wenn der

Unternehmer sich das Geld bei den Banken zusammengefochten hat, gibt er ihnen etwas Lohn.

Und da reden Sie von einer bedeutungslosen Teuerung? Ich bewundere nur den Mut der Herren Landwirte, daß sie über 3 g so sprechen, als wenn 3 g kein Geld wären. Da scheint es Ihnen immer noch viel besser zu gehen als den Arbeitern, da Sie mit 3 g im Tage so herumwerfen können, als wenn das eine Nebensächlichkeits wäre. Sie sehen aber, daß das gar nicht so unbedeutend ist. Und nun müssen Sie sich doch einmal vorstellen: Wir haben die Verteuerung beim Brot. Wenn es 8 g wären — Präsident Ederich hat mir vom Mehl gesprochen und den Getreidezoll nicht eingerechnet — so wären das schon 28'60 S. Nehmen Sie aber dazu die Verteuerung des Brotes. Durchschnittlich braucht eine vierköpfige Familie nach den Haushaltungsstatistiken der Arbeiterkammer 100 Kilogramm im Jahre. Die Familie ist 350 Kilogramm Schwarzbrot. Wenn das nur 3 g im Tage sind, welchen Betrag bekommen Sie dann? Wir haben auf Grund unserer Berechnungen zusammengestellt, daß die Verteuerung dieser Lebensmittel fast 200 S im Jahr ausmachen wird. Ja, glauben Sie wirklich, daß die österreichischen Unternehmer diese Lohnerhöhungen bewilligen können?

Und nun stellen Sie sich einmal vor, welches gutes Beispiel der Herr Finanzminister gibt. Der Herr Finanzminister ist ein großer Arbeitgeber, er hat Einfluß auf zahlreiche Arbeiterkategorien, wenn Sie die ganzen Staatsbetriebe mit in Betracht ziehen. Und der Herr Finanzminister steht als erster auf und sagt: Keinen Groschen! Früher einmal haben wir immer gesagt: Keinen Mann und keinen Groschen dem Militarismus! Jetzt sagen Sie: Keinen Groschen — Lohnerhöhungen! Das ist das Stichwort, das die Regierung selbst den Unternehmern gibt. Die Regierung selbst sagt: Trotz der Zollbelastung sind keine Lohnerhöhungen notwendig, denn ich, der Staat, ich gebe keine Lohnerhöhungen; nehmt euch ein Beispiel an mir. Hier im Hause kann man natürlich sehr leicht sagen, das ist Demagogie. Aber schauen Sie sich doch einmal die Lebensverhältnisse dieser Arbeiterfamilien an, schauen Sie sich doch einmal an, wieviel Menschen heute nicht einmal mehr genug Brot essen können! Wir haben festgestellt, daß eine vierköpfige Familie, die nur 2000 S für Lebensmittel im Jahre ausgeben kann, nur für 160 S Brot kauft; eine gleichfalls vierköpfige Familie, die 3000 S im Jahre für Lebensmittel ausgeben kann, gibt 316 S für Brot aus. Ja, glauben Sie, daß die ärmere Familie nicht auch gern 316 S für Brot ausgeben würde?

Aber sie hat es eben nicht, und weil sie es nicht ausgeben kann, weil sie es nicht hat, deshalb müssen wir auch auf diese Bevölkerungskreise Rücksicht nehmen.

Sie können nicht sagen, daß Sie bei dem Beschluß über diesen Zolltarif irgendeine Rücksicht auf die Konsumenten genommen haben. Der Herr Bericht-

erstatter hat gestern gesagt: Wir haben einige Zölle herabgesetzt. Es ist ganz interessant, daß die einzige Zollermäßigung, die der Herr Berichterstatter beantragt hat, die Herabsetzung auf Darmsaiten ist. Da die Konsumenten nicht von Darmsaiten leben, sondern von Lebensmitteln, so kann er wirklich nicht sagen, er habe diese Zollherabsetzung beantragt, um die Konsumenten zu schützen, sondern er hat da einsehen müssen, daß eine derartige Zollbelastung, wie wir sie bisher hatten, etwas ganz Unmögliches ist.

Aber nun müssen Sie sich einmal die Liste anschauen. Da haben wir die Verteuerung bei Mehl und Brot, die Verteuerung bei Fleisch, die Verteuerung bei Karpfen. Es ist ja wirklich ganz interessant: als wir vorschlugen, man solle nur die Forellen mit einem höheren Zoll belasten, weil wir finden, daß jemand, wenn er Forellen isst, er auch mehr Zoll bezahlen muß, da haben Sie diesen Antrag im Zollausschuß abgelehnt; die Karpfen sollen auch höher verzollt werden. Der Weihnachtskarpfen soll von dem Tisch der österreichischen Bevölkerung verschwinden und die österreichische Bevölkerung soll sich, in Erinnerung an die Kriegszeit, wahrscheinlich, am Weihnachtsabend von Dörrgemüse ernähren, denn die Karpfen werden ihr höher gehängt, die kann sich niemand mehr zum Weihnachtsfest leisten.

Nun haben wir aber nicht nur die Erhöhung der Lebensmittelpreise durch die landwirtschaftlichen Zölle, sondern wir haben ja auch die Erhöhung bei Margarine, die Sie durch eine Preisbindungsklausel schmählicher machen wollen. Dabei ist den Herrn Margarineindustriellen ein kleines Malheur passiert. Sie hatten eine Klausel ausgeheckt — die Herrn sind ja sehr intelligent, sie sind auch gewohnt, solche Dinge durchzusetzen —, die eine wunderbare Eigenschaft hatte: sie hätte nämlich der Margarineindustrie einfach jedes Risiko abgenommen. Lohnerhöhungen — die Margarineindustrie darf den Preis erhöhen; Frachterhöhungen — die Margarineindustrie darf den Preis erhöhen. Was immer geschieht und was bei einer anderen Industrie von der Industrie selbst getragen werden muß, das hätte die Margarineindustrie mit Hilfe der von ihr vorgeschlagenen Preisbindungsklausel restlos auf die Konsumenten überwälzen können. Es ist unser Verdienst, daß wir die Herrn im Zollausschuß aufmerksam gemacht haben, in welche Falle sie da laufen wollen. Die Herrn Landbändler, die alle ihre Drehungen und Wendungen in der Zollpolitik so gerne mit der Preisbindungsklausel zudecken, hätten natürlich beim Zement ganz genau dieselben Erfahrungen gemacht. Nachdem wir erklärt haben, diese Preisbindungsklausel ist einfach eine Spiegelfechterei, eine ganz wirkungslose Maßnahme, ist es unserer Kritik gelungen, die Preisbindungsklausel etwas weniger gefährlich zu machen. Aber täuschen Sie sich nicht! In der Expertise, die wir in dem Zollausschuß des Zollausschusses durchgeführt haben, hat

der Herr Direktor Geiringer zugegeben, daß ja heute schon Preisbesprechungen zwischen den Margarinefabrikanten stattfinden. Da Sie ja alle wissen werden, daß ein Teil der österreichischen Margarineindustrie nur eine Filiale von ausländischen Margarinefabriken ist, so ist diese Preisbindungsklausel gar nichts anderes als ein Mittel, damit sich unsere Margarineindustrie eine bessere Quote in dem kommenden internationalen Margarinekartell erkämpfen kann. Die Mehrheitsparteien gehen dabei gutgläubig mit.

Wenn wir vom Getreidemonopol sprechen, dann sagen Sie, das ist unmöglich, der souveräne Staat ist unfähig ein solches Getreidemonopol zu führen, das Monopol kostet zu viel Geld. Aber wenn Sie einem privaten Kartell in den Sattel helfen, da haben Sie gar keine Bedenken, da halten Sie alle die Steigbügel der großen Unternehmer und freuen sich noch, daß Sie wenigstens die Steigbügel halten dürfen. Wir haben ein Interesse daran, daß wir endlich einmal zur Kenntnis kommen, der Staat hat noch andere Aufgaben, als Steuern einzuhoben und Polizeimann und Steuerexekutor zu spielen, er hat auch soziale Aufgaben zu erfüllen. Und der Staat hätte die soziale Aufgabe, sich auch um die Versorgung des Marktes zu kümmern. In Deutschland hat man noch ein Wirtschaftsministerium, das sich nicht nur um die Landwirtschaft, sondern auch um die wirtschaftliche Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung kümmert. Aber wenn wir von solchen Dingen sprechen, dann sagen Sie: Das kostet zu viel Geld. Wenn aber dann die Kartelle 30, 40 und 70 Prozent Profite verdienen, wie wir es in anderen Ländern festgestellt haben, dann finden Sie nicht, daß das eine Belastung ist, die die Bevölkerung nicht aushalten würde. Sie helfen aber mit dieser Preisbindungsklausel sowohl bei Zement wie bei Margarine einfach unserer Industrie, ein internationales Kartell auf die Füße zu stellen, das Ihnen als Landwirten genau so gefährlich werden wird wie uns als Konsumenten. Aber der Herr Dr. Seipel hat es befohlen, der Hauptverband der Industrie hat es gewünscht, da hört selbst der Widerstand der 9 Landbündler auf, die als die neuen 9 Schwaben — in der Geschichte gibt es nur 7 — nun die Vorkämpfer aller kapitalistischen Interessen in Österreich sind.

Aber bei den Herrn Landbündlern ist es manchmal auch anders. Es gab auch einmal eine Zeit, wo die Herrn Landbündler über den Zementzoll andere Ideen hatten, als sie heute haben, und der Öffentlichkeit soll nicht verlorengehen, welche Wendung — ich weiß nicht, ob man da sagen soll, durch Gottes Fügung, vielleicht war es nur die Fügung durch Herrn Seipel — durch eine geschickte Fügung hat sich jetzt die Ansicht der Landbündler über den Zementzoll gewandelt. Der Herr Pirus hat einen Sieg über die neuen Landbündler errufen.

Der Herr Abg. Bichl hat in der 55. Sitzung des Nationalrates am 4. September 1924 folgendes gesagt (*liest*): „Was die Frage des Zementzolls anbelangt, haben wir das Gefühl, daß einigen Fabriken zuliebe, die wir im Lande haben, die Interessen der Allgemeinheit denn doch etwas zu wenig berücksichtigt wurden. Bei der heutigen Bauform wird in den Städten und Märkten schon größtenteils mit Zementsteinen gebaut; beim Wasserbau u. dgl. ist Zement zur Erzeugung von Beton unbedingt notwendig, und spielt dabei eine wichtige Rolle. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß eine Vertenerung des Zements um 7000 Papierkronen pro 100 Kilogramm sicherlich manchen, der einen größeren Bau mit Zement ausführen will, unangenehm berühren muß, und daß größere Bauten in Zement kaum mehr ausgeführt werden dürften“. Einen Zoll von 7000 Papierkronen haben also die Landbündler für gefährlich erklärt. Aber nun gehen sie mit dem Herrn Pirus in die Laube und machen einen Zoll von 1 Goldkrone 80 Hellern. Sie sehen also: So schnell wird man bekehrt, wenn man einmal auf der Regierungsbank sitzt und wenn man die Interessen des Vizekanzlers als Minister zu vertreten hat, der natürlich Vizekanzler in dieser Regierung bleiben will; und wenn man das erreichen will, so muß man mit dem Herrn Pirus schnell eine Bindungsklausel erfinden, man versteht zwar nicht recht, wie gefährlich diese Klausel ist, aber man muß halt, nicht wahr? Ich bewundere nur immer, mit welcher Leichtigkeit sich diese politischen Wendungen vollziehen und wie sie hier als etwas ganz Selbsterständliches, was man eben hinnehmen muß, vertreten werden. (*Zustimmung*.)

Der Herr Abg. Födermayr hat nun gesagt, man muß der Landwirtschaft helfen, denn wenn man der Landwirtschaft hilft, dann hilft man auch den Arbeitslosen. Ich habe schon im Zollausschuß darauf hingewiesen und möchte das auch hier neuerlich feststellen: Sie haben in Österreich soundso viele Menschen, die von der Industrie leben, das sind die Arbeiter, die Angestellten, das sind die Kaufleute, das ist vor allem die große Stadt Wien mit 1·8 Millionen Einwohnern. Diese ganze Bevölkerung belasten Sie durch ihre Zollpolitik mindestens mit 200 S pro Familie im Jahre. Wo werden die kleine Beamtenfrau und Arbeiterfrau, der kleine Geschäftsmann diese Belastung hereinsparen? Alle diese Leute haben dafür nur ein Mittel, sie können nur hereinsparen bei ihrer Kleidung, ihrer Wohnung, ihren Schuhen. Ich habe heute in einer bürgerlichen Zeitung einen Artikel gelesen, daß es der Möbelindustrie so schlecht geht, weil die Leute, die jetzt heiraten, sich nur noch zwei Betten und eine Bank kaufen, auf mehr reicht es nicht. Wenn sie diesen jungen Ehepaaren die Lebenshaltung verteuern, so werden sie halt auch keine Betten mehr kaufen,

sondern nur mehr Strohsäcke und Bettzeug. Man muß sich langsam wieder an das Nomadenleben gewöhnen, wenigstens werden die Umzugskosten jetzt wesentlich herabgesetzt. Sie sehen, die Menschen können nur dadurch sparen, daß sie keine Kleider, keine Schuhe, keine Möbel, keine Fahrräder und keine Grammophone kaufen. Aber dadurch wird natürlich die Industrie weniger Absatz finden.

Nun sagen Sie, aber statt dessen wird der Landwirt kaufen. Es gibt eine einzige Statistik — unsere Statistiken sind in der letzten Zeit sehr vernachlässigt worden — aber die Statistik über die n. ö. Landwirtschaftliche Krankenkasse zeigt, daß im Jahre 1926, wenn man Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowohl in bäuerlichen Mittelbetrieben und Kleinbetrieben, wie auch in den Großbetrieben zusammenrechnet, 127.150 Menschen Beschäftigung gefunden haben. Sie können diese Ziffer nicht mit 9 multiplizieren, weil das Burgenland, Vorarlberg und Tirol wesentlich kleiner sind als die anderen Länder. Sie können daher zu keiner anderen Ziffer kommen, als daß die Landwirtschaft in Niederösterreich zirka 600.000 bis 700.000 Köpfe zählt, wenn Sie jeden Versicherten als Familienvorstand mit vier Köpfen anrechnen. Wenn nun der Landwirt etwas mehr verdient, wenn er eine Kuh oder ein Kalb mehr verkauft und dafür mehr gewinnt, glauben Sie, daß er imstande ist, den Konsum wettzumachen, den die Produktion verliert, wenn die städtische Bevölkerung keine Schuhe, keine Kleider und keine Möbel mehr kaufen kann? Glauben Sie, daß die Landwirtschaft imstande ist, wirklich alles das kaufen zu können, was unsere landwirtschaftlichen Maschinenfabriken erzeugen können? Bei Shuttleworth waren einmal 3000 Arbeiter beschäftigt. Glauben Sie wirklich, daß Shuttleworth durch diese Zollerhöhungen, die Sie einführen, imstande sein wird, diese 3000 Arbeiter wieder einzustellen? Diese Firma kann ihre landwirtschaftlichen Maschinen gar nicht in Österreich verkaufen, sondern muß den größten Teil davon exportieren. Sie können nicht sagen, es macht nichts, wenn wir den Städtern die Lebenshaltung verteuern, dafür wird der Landwirt mehr verbrauchen. Der Landwirt kann gar nicht den Konsum decken, der dadurch verlorengeht, daß zum Beispiel in Wien ein starker Konsumrückgang zu verzeichnen ist. Sie müssen doch bedenken, daß in Wien 1·8 Millionen Einwohner leben und daß, wenn Sie Graz, Linz und die anderen großen Orte dazunehmen, schon die Hälfte unserer Bevölkerung in ihrer Konsumkraft geschwächt ist. Eine sinkende Konsumkraft macht sich aber nirgends so fühlbar, wie gerade auf dem industriellen Markte. Sie sehen, es ist eine falsche Rechnung, die Sie aufstellen.

Aber nun hat der Herr Födermayr heute etwas gesagt, was die Mehrheitsparteien bis jetzt nicht gesagt haben. Wir haben sogar einmal eine Sitzung

im Finanzausschusse gehabt, wo der Herr Bundeskanzler erklärt hat, daß man natürlich noch nicht sagen kann, ob man die Handelsverträge wegen der neuen Zollerhöhungen kündigen werde. Der Herr Födermayr hat heute ganz klar gesagt, wir wollen versuchen, friedlich mit Ungarn und Jugoslawien zu verhandeln, damit wir diese höheren Zollpositionen bekommen, aber wir werden, wenn es nicht friedlich geht, den Kampf ansagen — Sie sind jetzt kampf lustig —, wir werden die Handelsverträge kündigen, wir werden uns diese höheren landwirtschaftlichen Zollpositionen extorzen. Und da sprechen Sie vom Abbau der Arbeitslosigkeit, da sprechen Sie davon, daß die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird. Ja, wie werden denn die Jugoslawen, wie werden denn die Ungarn auf die Kündigung der Handelsverträge antworten? Sie werden unsere Industrieprodukte nicht ins Land lassen, sondern einfach sagen: wir suchen uns einen anderen Markt. Jugoslawien liegt ja am Meer; wer sagt Ihnen denn, daß die Jugoslawen ihr Mehl ausgerechnet hierher verkaufen müssen? Sie können es ja auch nach Übersee verkaufen. Heute liegt es ihnen nur bequemer, heute ist es nur einfacher für sie, das Getreide direkt über die Grenze zu führen. Aber dann, wenn der Zollkrieg einmal entbrannt ist, werden sie sich andere Absatzgebiete suchen. Dann werden wir natürlich unsere Industrieprodukte nicht ausführen können und dann werden 30.000 bis 40.000 Arbeitslose mehr in Österreich sein. Sie sehen, es ist eine sehr frivole Ankündigung, die der Herr Födermayr heute hier gemacht hat. Sie wollen wirklich einen Zollkrieg führen. Ja, hat Sie der Zollkrieg mit der Tschechoslowakei nicht belehrt, wie groß die Belastung in der Zeit gewesen ist, wo wir den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei gekündigt hatten und der autonome Zolltarif sich in seinen ganzen Wirkungen auf den Warenverkehr ausgetobt hat? Sie kündigen heute der städtischen Bevölkerung, der konsumierenden Bevölkerung, der industriellen Bevölkerung an, daß Sie nicht nur ihre Lebenshaltung verteuern, sondern daß Sie ihr auch die Absatzgebiete nehmen wollen; denn ein Zollkrieg mit Jugoslawien und Ungarn würde nichts anderes bedeuten als eine fürchterliche Verschärfung unserer Wirtschaftskrise.

Dazu kommt aber noch etwas anderes. Es wurde in der ersten Generaldebatte, die wir hier im Hause geführt haben, auch von den Vertretern der Industrie festgestellt, daß unser Export sich wesentlich verändert hat. Während wir früher vor allem nach dem Süden und nach dem Osten exportiert haben, exportiert unsere Industrie heute nach dem Westen. Warum kann nun unsere Industrie nach dem Westen exportieren? Aus dem einfachen Grunde, weil wir immer noch billigere Lebensmittel hatten als Deutschland oder die Schweiz oder die neutralen Staaten, wenn sie an Holland, Dänemark usw. denken. Wir

haben außerdem eine billigere Lebenshaltung durch den Mieterschutz, und daraus ist jener Vorteil entstanden, der der österreichischen Industrie die Möglichkeit gegeben hat, ihre Waren nach dem Westen zu exportieren. Nun verteuern Sie die Lebenshaltung und — Sie können machen, was Sie wollen — wir werden Lohnerhöhungen in vielen Unternehmungen erzwingen müssen, weil sonst die arbeitende Bevölkerung einfach zugrunde geht. Sie werden mit erhöhten Gesteungskosten der Industrie schon aus dem Titel der Zollerhöhung zu rechnen haben. Aber dann wollen sie ja auch, wie der Herr Abg. Rumschaf neuerlich angekündigt hat, den Mieterschutz abbauen. Er hat allerdings nach der „Reichspost“ und den anderen Berichten hinzugefügt: Wenn die Mehrheitsparteien den Mieterschutz nicht abbauen können, dann wird die Sozialdemokratie die Mehrheit werden. Das ist eine Aufforderung, daß wir uns kräftiglich wehren sollen, damit der Mieterschutz nicht abgebaut wird.

Sie wollen jetzt die Löhne durch die Erhöhung der Zölle erhöhen. Sie werden dann die Arbeitnehmer dieses Landes durch den Abbau des Mieterschutzes zwingen, eine neuerliche Erhöhung durchzusetzen. Und dann erwarten Sie, daß unsere Industrie noch exportieren kann, daß wir noch imstande sein sollen, mit der viel leistungsfähigeren und viel größeren deutschen Industrie zu konkurrieren, daß wir in Holland oder in Dänemark oder in Schweden mit der englischen Industrie werden konkurrieren können, daß wir die Konkurrenz der amerikanischen Massenproduktion aushalten werden, obwohl Sie die Gesteungskosten unserer Industrie in dieser Weise verteuern und mit einer — ich möchte fast sagen — fanatischen Rücksichtslosigkeit über alle Interessen der industriellen Bevölkerung einfach hinweggehen.

Sie haben uns heute angekündigt, es werden die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich nicht eine Besserung, sondern im Gegenteil eine Verschärfung erfahren, die ganz unerträglich sein wird. Sie künden der städtischen und der konsumierenden Bevölkerung in diesem Lande an, daß sie gar keine Rücksicht mehr auf ihre Lebensmöglichkeit und auf ihre Lebensfähigkeit nehmen.

Ich möchte aber nun doch noch einige Worte sagen zu der sehr merkwürdigen Methode, in der man hier im Hause Zölle macht. Wir haben gesehen wie dieses Rag- und Mausspiel geht. Da kommt plötzlich ein Vertreter irgendeiner Gruppe der Mehrheitsparteien und sagt, ich muß noch den Zoll durchsetzen. Großes Rauschen im Blätterwalde. Wir haben einmal erlebt, daß Herr Pistor mit einer ganzen Wunschkarte gekommen ist. Es ist dann die Sitzung unterbrochen worden. Der Herr Pistor ist in Behandlung genommen worden, der Herr Bundeskanzler hat ihm wahrscheinlich die Unmöglichkeit dieser Speisefarte und dieses Wunschzettels dargestellt

und der Herr Pistor ist dann zu uns gekommen und hat gesagt, er habe das nur so verteilt. Sie sehen, wenn der Herr Pistor nicht zufälligerweise das verteilt hätte, hätte man bei dieser Art, Zölle zu machen, von allen diesen Dingen weniger gewußt. Das Handelsministerium scheint ja überhaupt nicht mehr auf der Welt zu sein; es hat die Führung in diesen Dingen restlos den Interessentengruppen übergeben. Der Herr Handelsminister darf nur so mitten mang sein, aber ausgepackelt wird das zwischen dem Schwarzenbergplatz und der Handelskammer und dem Gremium der Gewerbetreibenden. Und der Handelsminister hat zwar ein Amt, aber keine Arbeit. Denn die Arbeit verrichten ja die anderen. Es werden immer so Zölle beantragt. Wir haben einmal das Schauspiel erlebt, daß die Mehrheitsparteien selbst nicht recht wußten, um was für Zölle es sich da handelt. Man hat da hin und her gezogen. Erst hat man den Photoplattezzoll gestrichen, dann wieder eingeführt, dann hat man eine Anmerkung dazu erfunden. So ist es immer hin und her gegangen, und es gehört schon einige Kunstfertigkeit dazu, sich diesen wechselnden Strömungen der Verhandlungen anzupassen. Da ist zum Beispiel etwas ganz Interessantes passiert. Wir haben einen Zoll auf photochemisches Papier, der 75 Goldkronen pro 100 Kilogramm beträgt. Wenn aber der Kaufmann in Wien photographische Ansichtskarten bezieht, dann zahlt er für 100 Kilogramm nur 45 Goldkronen. Wenn das Rohprodukt bezogen wird, ist der Zoll um 30 Goldkronen höher, als wenn das Fertigprodukt bezogen wird. Da muß man doch wirklich sagen, das ist weder Widersinn noch Methode, sondern das ist aufgelegter Unsinn. Aber das kommt natürlich daher, wenn jeder Abgeordnete so eine Zollinstanz für sich ist. Da hat man den Herrn Abg. Dr. Weidenhoffer, der in allen Taschen Zollwünsche hat, dann den Abg. Streeruwitz, der wieder die Textilwünsche bewirtschaftet, dann den Abg. Heisl, der wieder andere Wünsche bewirtschaftet. Da haben natürlich auch die Großdeutschen ihre verschiedenen Herren, die solche Wünsche vertreten müssen. Der Herr Straßner muß sich bemühen, das noch energischer zu tun wie die Christlichsozialen, damit er als Industrieförderer dasteht und den Einfluß von christlichsozialer Seite etwas mildert. Der Zollausschuß ist einer der interessantesten Verhandlungskörper dieses Hauses, er ist geradezu ein Welttheater. (Heiterkeit.) Aber ich muß schon sagen, das ist ein solcher Mangel an Ernst, das ist ein solcher Beweis der Verantwortungslosigkeit, wenn man die Dinge in dieser Weise führt, und es wäre schon zu wünschen, daß wir einmal nicht wieder eine neue Novelle auf den Tisch geworfen bekommen, die so vorbereitet ist. Und wenn die Novelle im Hause behandelt wird, dann kommt jeden Tag eine neue zollpolitische Situation. Ich muß schon sagen, man hatte manchmal

das Gefühl: Da werden einfach Wählerinteressen befriedigt. Ich will nicht weitergehen und nicht von Wahlfondsinteressen sprechen, aber Wählerinteressen bestimmen da die ganze Politik. Von solchen Gesichtspunkten aus kann man eine Volkswirtschaftspolitik nicht treiben. Das wäre noch schöner, wenn jeder Mensch in Österreich, der zwanzig Leute beschäftigt, wenn er der Freund oder der Gefährte eines bürgerlichen Abgeordneten ist, sich seinen Extrazoll erwirtschaften könnte. So herabwürdigen dürfen Sie das Ansehen dieses Hauses nicht. Sie müssen dafür sorgen, daß die Regierung, wenn sie führen will, auch die Führung in diesen wirtschaftlichen Dingen hat. Es ist ja einfach ein Skandal, wie Sie diese Dinge zurechtgeschneitten haben, und diesen Skandal muß sich das Parlament nicht immer gefallen lassen. Handeln Sie sich Ihre Zölle doch vorher aus und sperren Sie dann einmal die Türen zu! Das Parlament war ja geradezu ein Nachtquartier für Zollinteressenten. Jeden Tag war eine Schar von Interessenten da, die sich hier ihren Zoll erschnorrt haben. Das ist der ganzen Frage nicht würdig, und man muß mit dieser Methode einmal aufhören. Es geht doch nicht, daß Sie eine solche Komödie vor der Öffentlichkeit spielen, und ich wundere mich, daß Sie sich dieser Komödie nicht schämen. Ich wundere mich vor allem, wenn der Herr Handelsminister gar nicht den Ehrgeiz hat, in Zollfragen auch etwas zu sagen zu haben. Wenn Sie sich die Verhandlungen eines Parlamentes in einem anderen Staate vorstellen — ich will gar nicht von England reden, dort sind vielleicht parlamentarische Traditionen, die wir nie gewinnen können —, aber in Deutschland wäre es das Selbstverständliche, daß der Minister die Dinge führt. Bei uns gibt es nicht einen Handelsminister, sondern eine Fülle von Handelsministern, wir haben in diesem Staate geradezu ein Konjunktium von Handelsministern. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand, und ihm muß endlich einmal ein Ende bereitet werden. Man kündigt uns ja schon an, es werde nächstens eine weitere Novelle kommen, und man werde sogar den ganzen Tarif revidieren. Also bitte, nicht Stückweise! Sagen Sie gleich, was Sie von den unglücklichen Konsumenten in Österreich wollen! Kommen Sie nicht nach und nach, sondern machen Sie endlich die Revision des Tarifs, die gewiß notwendig ist und die vor allem notwendig werden wird, weil ja eine ganze Reihe von anderen Staaten an eine gründliche Revision ihres Tarifs gehen. Deutschland und Frankreich vor allem haben jetzt beschlossen, ihren ganzen Zolltarif zu revidieren, wir müssen auch einmal zu einer wirklichen Revision unseres Zolltarifs kommen. Aber hohes Haus, das eine werden Sie nicht weglegen können und wenn Sie hundertmal von unserer Demagogie reden: daß diese Zollvorlage eine absolute Belastung der industriellen und der konsumierenden

Bevölkerung ist und daß sie der Landwirtschaft nicht in dem Maße helfen wird, wie Sie es heute den Landwirten versprechen. Die Landwirte werden dadurch nicht entschuldigt, die Landwirte werden dadurch nicht eine höhere Produktion bekommen, sondern Sie werden nur erreicht haben, daß die Lebenshaltung für das österreichische Volk immer unerträglicher wird. Diese Tatsachen erweisen sich ja schon: es steigen ja schon die Preise in Österreich — Sie können gar nicht mehr die Augen davor verschließen; in Wien ist das Brot schon teurer geworden, es wird in den nächsten Wochen noch weiter steigen. Wir werden zu einer Verteuerung der Lebenshaltung kommen. Dann werden wir der Bevölkerung zeigen, wer in diesem Hause Demagogie getrieben hat. Die Arbeiterfrau, die Beamtin, die ihren Kindern keine Eier mehr geben kann, die kleine Geschäftsfrau, die nichts mehr verkaufen kann, weil die Kaufkraft der Bevölkerung weiter gesunken ist, die werden verstehen, daß unsere „Demagogie“, wie Sie unseren Kampf nennen, nichts anderes war als ein Kampf für die Sicherung der Lebenshaltung dieses Volkes. Wir erklären aber heute schon: So wie der Herr Finanzminister gestern angefangen hat, so wird es nicht gehen, man wird nicht sagen: Keinen Groschen Gehaltserhöhung, keinen Groschen Lohnerhöhung! Wir werden dem Hauptverband der Industrie schon beweisen, daß man Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen gewähren muß, und dann wird vielleicht auch der Herr Finanzminister noch anders reden lernen. Finanzzölle einstecken — ja, aber Gehaltserhöhungen bewilligen — nein, das ist eine Finanzpolitik, die unerträglich ist. Wir werden den Kampf nicht aufgeben an dem Tage, wo Sie diesen Zolltarif beschließen, sondern wir werden den Kampf gegen die Verteuerung der Lebenshaltung nun erst mit rechter Energie führen. Die Bevölkerung soll wissen, wem sie die Verteuerung ihrer Lebensmittel verdankt! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Jarboch: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat gestern in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß der Haushalt unseres Staates in Ordnung gebracht, daß uns der finanzielle Wiederaufbau gelungen ist. Dieser erfreulichen Feststellung steht die betrübliche Tatsache gegenüber, daß mit dem finanziellen Wiederaufbau die wirtschaftliche Sanierung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß wir auf ein Defizit unserer Handelsbilanz von 1100 Millionen Schilling hinweisen müssen, daß wir noch immer 130.000 Menschen in diesem Staate zählen, die keine Arbeit finden können. Es ist alles mögliche unternommen worden, um den Inlandabsatz zu heben — ich verweise auf jene Bestrebungen, die unter den Begriff Wirtschaftspatriotismus fallen, aber alle diese

Bestrebungen können nicht verhindern, daß wir noch immer als Schreckgespenst das ungeheure Defizit unserer Handelsbilanz vor uns haben. Die Hebung des Inlandabfages und jeder Produktion ist ohne den Schutz der Produktion vor der Konkurrenz des Auslandes eine Unmöglichkeit. Vor dieser Tatsache haben sich unsere Nachfolgestaaten gebeugt und sind darangegangen, sich handelspolitisch einseitig zu orientieren — ich sage einseitig, weil sie es wohl verstanden haben, unsere Produktion von ihrem Markt abzuschließen, auf der anderen Seite es aber dahin brachten, daß sie mit ihren Produkten unseren Markt überschwemmten. Von der Einsicht ausgehend, daß ein Staat, der eine solche Handelspolitik betreibt, zugrunde gehen muß, sind wir im Jahre 1924 darangegangen, einen Zolltarif zu schaffen. Es hat uns die Einsicht dazu getrieben, daß, wenn wir dieses Instrument für die Handelsverträge nicht schaffen, eine neuerliche wirtschaftliche Katastrophe, ein neuerlicher Zusammenbruch der Wirtschaft dieses Staates erfolgen müßte. Zögernd, ich möchte fast sagen mit österreichischer Gemütlichkeit, sind wir an den Aufbau eines Zollgesetzes gegangen. Wir haben neben die Zollmauern, die das Ausland errichtet hat, kleine Zollmauerlein gestellt und haben durch Novellen, die wir diesem Zollgesetz nachfolgen ließen, einigermaßen diese Zollmauerlein erhöht. Aber noch lange haben wir nicht jene Höhe des Schutzes für unsere Produktion erreicht, die alle übrigen Staaten bereits erreicht haben. Ich möchte nur darauf verweisen, daß die heutige österreichische Zollbelastung, verglichen mit jener, die vor dem Kriege, also im österreichisch-ungarischen Zolltarif zu suchen war, einen Rückgang von 26,4 auf 16,6, das heißt also um 40 Prozent, aufweist. Wenn ich die Zollbelastung der europäischen Staaten nach ihrer Höhe ordne, so ergibt sich, wenn ich diese Zollbelastung auf alle Warengruppen beziehe, folgende Reihe: Rumänien steht an der Spitze mit 98,4, dann folgen Frankreich mit 58,1, Polen 43,3, Tschechoslowakei 36,4, Jugoslawien 34,8, Ungarn 31,1, Italien 28,6, Deutschland 20,8, Schweden 19,5 und nun endlich Österreich mit 19,2, die Schweiz mit 17,5, Dänemark mit 13,2 und Belgien mit 11,4 Prozent. Wir sehen aus dieser Tabelle, daß Österreich weit hinter den Nachfolgestaaten rangiert, daß es, was diese Form der Zollbelastung anbelangt, an 10. Stelle zu reihen ist. Nehmen wir nur die landwirtschaftlichen Produkte und die Lebensmittel für diesen Vergleich der Zollbelastung, dann ergibt sich folgende Reihung: Jugoslawien mit 48,3 Prozent, die Tschechoslowakei mit 34,1 Prozent, Ungarn 32,1 Prozent, Rumänien mit 29,3 Prozent, Polen mit 27,5 Prozent, Italien mit 27,4 Prozent, Deutschland mit 26,9 Prozent, Schweden mit 24,4 Prozent, Dänemark mit 21,4 Prozent, die Schweiz mit 17 Prozent, Österreich mit 16,6 Prozent, Belgien mit 8,6 Pro-

zent. Das heißt, Österreich steht hier wieder an der 11. Stelle. Österreich ist also in bezug auf die Zollbelastung weit in der Reihe zurück, und es ist hervorzuheben, daß die anderen Nachfolgestaaten an der Spitze dieser beiden Tabellen stehen.

Ich habe diese beiden Tabellen deshalb zusammengestellt, um nachzuweisen, daß die Behauptung der Opposition, daß die Mehrheitsparteien Zollwucher betreiben, unrichtig ist. Ich habe nachgewiesen, daß wir nur langsam, ich möchte sagen gezwungen, an die Erhöhung unseres Zolltarifs geschritten sind, daß wir sehr gern eine Abkehr vom Zollprotektionismus sehen und uns den Bestrebungen zu liberaleren Formen des Wirtschaftslebens anpassen würden. Durch die Zollgesetzgebung der letzten Jahre haben wir immerhin einige Erfolge erzielt. Es mag darauf verwiesen werden, daß aus Belgrad die Nachricht gekommen ist, daß sich die Staaten der kleinen Entente nunmehr eine etwas andere Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen zu eigen machen und wünschen, daß die Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie in bessere wirtschaftliche Beziehung zueinander kommen. Österreich würde eine solche Abkehr und eine allgemeine Umkehr im Geiste der von der Genfer Wirtschaftskonferenz aufgestellten Grundsätze begrüßen und sehr gern mitmachen. Es muß bei dieser Gelegenheit betont werden, daß Zollvereinbarungen zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten, die über die Meistbegünstigung hinausgehen, in Zukunft ebensowenig diskutabel sein werden wie bisher. Das Streben nach Besserung der Handels- und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten kann nie zum Vergessen bringen, daß die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung über dieses Streben den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche stellt.

Obwohl nun die Opposition zugeben muß, daß es Selbstmord wäre, wenn wir als Insel des Freihandels zwischen diesen hochschutzzöllnerischen Staaten bleiben, hat sie nicht nur den Zolltarif vom Jahre 1924, sondern auch die nachfolgenden Novellen auf das schärfste bekämpft. Sie hat insbesondere die vorliegende Novelle mit sehr unschönen Mitteln bekämpft. Ich möchte darauf verweisen, daß der Bevölkerung die Tatsache vor Augen geführt wurde, daß diese Zollverhandlungen dadurch besonders interessant und wertvoll geworden seien, daß man in 37 Sitzungen 210 Stunden verbracht hat. Ich weiß nicht, ob es den Wert von Verhandlungen besonders erhöht, wenn man die Zahl der abgeseffenen Stunden in der Bevölkerung breittritt. Wenn Sie aber diesen Ziffern noch die Bemerkung hinzugefügt haben, daß die Opposition das Hirn zur Verfügung gestellt habe, während die Mehrheitsparteien nur jenen Körperteil benutzt haben, der von den Russen als österreichische Front bezeichnet wurde, dann möchte ich doch behaupten, daß das doch wirklich

über das Maß des Anstandes hinausgeht. Mit diesem Ausdruck haben Sie alle jene Soldaten beleidigt, die seinerzeit an der russischen Front gestanden sind. Ich habe bisher noch nicht gehört, daß man in diesem Sinne von einer österreichischen Front gesprochen hätte.

Wenn Sie nun diese Zahl von 210 Stunden angeführt haben, so möchte ich Sie doch an einen kleinen Vorfall erinnern. Erinnern Sie sich an den Tag, an dem wir über den Fischzoll verhandelt haben. Ein kleiner Zwischenfall hat Sie veranlaßt sofort alle Ihre Redner anzumelden. Ob die Herren nun etwas zu sagen hatten oder nicht, sie haben sich zum Worte gemeldet und der Herr Kollege Klimberger war so liebenswürdig und hat damals bekannt: Wenn Kollege Sever mich nicht zum Reden gezwungen hätte — ich muß jetzt halt reden, weil Herr Sever es anbefohlen hat! — Mit einem solchen Vorgehen setzt man den Wert des österreichischen Parlamentes herunter. Die Frau Abg. Freundlich hat früher von der Autorität des Parlamentes gesprochen. Ich meine, daß Sie einen großen Teil dazu beitragen könnten, daß die Achtung vor dem österreichischen Parlamente steige.

Den schärfsten Kampf haben selbstverständlich jene Erhöhungen hervorgerufen, die auf die Positionen Getreide und Mehl fallen. Der Herr Abg. Eldersch hat gestern hier gesagt, daß der gleitende Zoll seine Aufgabe erfüllt habe. Wie der gleitende Zoll seine Aufgabe erfüllt hat, das wurde Ihnen im Ausschusse und auch heute hier wieder bewiesen, daß nämlich infolge des gleitenden Zolles die Weizenmehlpreise gefallen und die Brot- und Futtermehlpreise gestiegen sind. Daß Sie mit dieser Wirkung des gleitenden Zolles nicht besonders einverstanden waren, geht ja schon daraus hervor, daß Sie die Verteidigung der gleitenden Zölle diesmal etwas in den Hintergrund drängten. Sie haben sich vielmehr wieder auf eine alte Idee, auf eine Lieblingsidee von Ihnen versteift, auf das Getreidemonopol. Ich weiß nicht, ob die Herren jene Denkschrift kennen, die dem deutschen Reichstage vorgelegt wurde und in welcher all die Erfahrungen festgehalten sind, die bei der Getreidebewirtschaftung von der Schweiz, von Schweden, Norwegen, Kanada und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gemacht wurden. Aus dieser Denkschrift hätten Sie ganz merkwürdige Ergebnisse gewinnen können, und ich glaube, wenn Sie die Tatsachen, die dort festgehalten sind, etwas berücksichtigt hätten, würden Sie das Monopol etwas weniger eifrig verteidigen. Aus dieser Denkschrift geht hervor, daß die Schweiz das Getreide bedeutend billiger verkaufen mußte, als sie es eingekauft hat, daß der Preis des Getreides und des Brotes in der Schweiz weit über dem Weltmarktpreis gestanden ist und daß drittens in den verschiedenen Orten der Schweiz so verschiedene Brotpreise waren, daß zwischen ein-

zelnen Orten der Schweiz Preisunterschiede von 30 Prozent festgestellt werden konnten.

Aus dieser Denkschrift hätten Sie aber auch noch etwas anderes entnehmen können; Sie berufen sich mit Vorliebe, wenn Sie über das Monopol sprechen, auf zwei Gewährsmänner, und zwar auf Dr. Lauer in der Schweiz und auf unsern sehr geehrten Herrn Bundespräsidenten. Aus der Denkschrift hätten Sie entnehmen können, daß vor nicht allzu langer Zeit eine Monopolkonferenz in der Schweiz stattgefunden hat, bei der selbstverständlich auch Dr. Lauer anwesend war. Er hat am Ende dieser Konferenz folgendes festgestellt: Die Ergebnisse dieser Monopolkonferenz sind für die Monopolfreunde absolut nicht zufriedenstellend. Wir müssen also feststellen, daß es auch andere Mittel gibt, um der Landwirtschaft zu helfen. Ich glaube, wenn Sie das in diesem Berichte nachlesen, werden Sie in Zukunft den Herrn Dr. Lauer nicht mehr als Ihren Gewährsmann für das Getreidemonopol anführen können. Die Schweiz, Norwegen und auch Schweden haben das Monopol zum alten Rüstzeug im Wirtschaftskampfe geworfen. Ebenso wie sie seinerzeit die in England schon erlebigten gleitenden Zölle ausgegraben haben, um sie für Österreich als ein Rettungsmittel hinzustellen, schlagen Sie jetzt Dinge vor, die in anderen Staaten längst erlebigt sind und die von dem Deutschen Reich abgelehnt werden.

Das Mühlenkartell wurde schon wiederholt in den Kreis der Besprechungen gezogen. Es ist mir aufgefallen, daß gestern Abg. Eldersch die Behauptung aufgestellt hat, daß durch den Einspruch der Sozialdemokratie das Mühlenkartell verschwunden ist. Ich weiß nicht, wogegen Sie Einspruch erheben konnten. Ich glaube kaum, daß Sie irgendwie Gelegenheit gehabt haben, gegenüber jenen Körperschaften, die über das Mühlenkartell verhandelt haben — das waren doch die Mühlenverbände — zu einer Einspruchsmöglichkeit zu kommen; wir hier im Parlament haben uns mit dem Mühlenkartell nicht zu beschäftigen gehabt, so daß es nichts anderes als eine Prozederei ist, wenn Sie davon sprechen, daß Sie das Mühlenkartell umgebracht haben.

Im Zusammenhange mit diesen Dingen wurde natürlich von „Demagogie“, von „Zollwucher“ und von einer „kolossalen Teuerung“, die wir zu erwarten haben, gesprochen. Ich möchte nun folgendes feststellen. Es ist ganz interessant, daß auch meine sehr geehrte Frau Vorrednerin sich daran erinnert hat, daß seinerzeit einmal in diesem Hause von einer Verteuerung um 16 oder 15 g gesprochen wurde. Sie haben damals natürlich die fürchterlichsten Schlässe an diese Ziffer geknüpft. Als nun der Herr Abg. Födermayr seinerzeit im Ausschusse der Meinung Ausdruck gab, daß vielleicht eine Verteuerung um 4 g möglich sei, da haben Sie sich mit einer Wut auf diese 4 g gestürzt und haben ebenso, wie es

die Frau Freundlich heute hier getan hat, sofort ausgerechnet, daß ein Wochenlohn kaum hinreichte, um diese Verteuerung wieder wettzumachen. Es hätte mich sehr interessiert, ob dieselbe Rechnung auch im Wiener Gemeinderat angestellt wurde, als die Straßenbahntarife erhöht wurden. (*Lebhafte Zustimmung.*) Gestern haben wir wieder eine neue Ziffer gehört, und interessant ist nun, daß die „Arbeiter-Zeitung“ in derselben Nummer, in der sie den von mir früher angeführten schönen Satz gebraucht hat, auch anführte, die Preise von Fleisch, Mehl und Getreide könnten keine Erhöhung erfahren, weil sie ja durch die Tarife mit Jugoslawien und Ungarn gebunden sind. Ich weiß nun nicht, welches Argument Sie in den Versammlungen draußen verwenden werden, um der Bevölkerung klar zu machen, daß eine Teuerung eintreten wird. Ich weiß nicht, ob Sie mit den 15 g oder den 4 g oder gar keiner Teuerung laborieren werden. (*Heiterkeit und Beifall.*)

Bei dieser Gelegenheit drängt sich mir eine Frage auf. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei geben sich hier — bisher haben ja nur Konsumentenvertreter gesprochen — als diejenigen aus, die absolut jede Teuerung verhindern wollen. Nun würde es mich interessieren, einmal von einem Redner der Opposition zu hören, was seine Parteigenossen bisher im Wiener Gemeinderat geleistet haben, um die Teuerung in Wien, dem größten Konsumzentrum, zu verhindern. Es würde mich interessieren, ob jene Fleischbänkegenossenschaft, an der die Gemeinde Wien mit 50 Prozent beteiligt sein soll, irgend etwas zur Verbilligung des Fleisches beigetragen hat. Ich weiß nicht, ob es unter den Gemeindeangestellten von Wien einen gibt, der es so machen könnte, wie ein Lohnschlächter oder Markthelfer von St. Marx es getan hat, der, als man ihn fragte, ob er die Strafe annehme, vor Gericht erklärte: „Das spielt für mich keine Rolle, ich habe wöchentlich 2 Millionen!“ Es würde mich interessieren, ob ein Wiener Gemeindeangestellter vor Gericht auch so sprechen könnte, ob man einem Wiener Gemeindeangestellten auch monatlich 8 Millionen zur Verfügung stellt, wie jenen, die draußen in St. Marx als Lohnschlächter und Markthelfer beschäftigt sind. Ich bin gewiß dafür, daß man jedem Angestellten und jedem Arbeiter einen möglichst hohen Lebensstandard ermöglicht. Ob aber diese Löhne der Lohnschlächter und Markthelfer dazu beitragen, eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, möchte ich bezweifeln. Ich möchte auch weiter fragen, ob die Steuern und hohen Gebühren, die draußen eingehoben werden, zur Verbilligung des Fleisches beitragen. (*Sehr richtig!*) Dann möchte ich noch an etwas anderes erinnern. Es hat eine Zeit gegeben, da waren die Sozialdemokraten noch nicht die Herren des Wiener Rathauses und da wurde im Wiener Gemeinderat ein sehr scharfer Kampf abgeführt, um die Gemeindeverwaltung zu zwingen,

überseeisches Fleisch einzuführen. Ich weiß nicht, ob die jetzige Wiener Gemeindevertretung irgend etwas gemacht hat, um auf diesem Wege eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen.

Die Frau Abg. Freundlich hat auch daran erinnert, daß der Herr Finanzminister gestern in seinen Ausführungen festgestellt hat, wie sich die österreichische Landwirtschaft entwickelt hat. Dies sei nun ohne Zölle möglich gewesen. Ich gebe zu, daß die Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht nur ihre Produktion ziemlich erhöht hat, sondern sich auch bemüht hat, alles zu tun, um den Absatz zu heben. Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß bei den Sparkassen immer mehr Schulden auflaufen (*Ruf: Grundbuchsulden!*), daß die Leute jammern, daß sie keinen Absatz haben. Ich höre den Zwischenruf „Grundbuchsulden“. Gewiß wachsen die Hypothekenschulden. Es ist ja möglich, daß jemand mehr produziert, aber es ist nur die Frage, ob er dieses Mehrprodukt anbringt, und die zweite Frage, zu welchem Preise er es anbringt. Darum dreht es sich hier. Es ist erfreulich, festzustellen, daß ein Einvernehmen zwischen den Kreisen der Landwirtschaft und der Industrie hergestellt wurde und daß man zur Überzeugung gekommen ist, daß diese beiden Zweige der Produktion aufeinander angewiesen sind.

Frau Abg. Freundlich hat die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten mit 600.000 bis 700.000 Personen angegeben. Das ist eine Ziffer, die wir deshalb festhalten müssen, weil sie einen Schluß auf die anderen Ziffern zu ziehen gestattet, die die Frau Abg. Freundlich hier angeführt hat. Wenn jemand so leichtfertig eine Ziffer hinwirft, dann kann man behaupten, daß auch andere Ziffern nicht ganz richtig sein könnten.

Es wurde auch behauptet, daß wir, die Mehrheitsparteien, den besser situierten Teil der Bevölkerung vertreten. Meine sehr geehrten Herren, ich würde Ihnen wünschen, einmal zu einer Bauernfamilie in der Wachau zu kommen und das Leben der Bauernfamilie mit dem der Familie manches Herrn zu vergleichen, der auf der Linken dieses Hauses seinen Sitz hat. Da würden Sie sehen, daß es unter den Landwirten sehr viele gibt, die wirklich nicht zu den Bessersituierten gehören.

Wir Großdeutschen werden für die agrarischen Zölle, die ja den Hauptinhalt dieser Novelle bilden, deshalb eintreten, weil wir sehen, daß, wenn wir unserer inländischen Produktion nicht einen entsprechenden Schutz bieten, die Gefahr der Vernichtung weiter Teile der österreichischen Landwirtschaft Platz greifen würde. (*Zustimmung.*) Wir sehen eine Zunahme der Schuldenlast in der Landwirtschaft und wir sehen, daß die Landflucht und die Hofe-flucht zugenommen hat. Wir sind auch überzeugt, daß eine Landwirtschaft, die kaufkräftiger geworden ist, für Erzeugnisse des Gewerbes und der

Industrie starke Aufnahmefähigkeit besitzt. Schließlich und endlich glauben wir, daß landwirtschaftliche Zölle auch der Industrie dadurch zugute kommen, daß eine eventuelle Herabsetzung des einen oder anderen landwirtschaftlichen Zolles von den Nachbarstaaten damit erkaufte werden muß, daß sie uns auf industriellem Gebiete entgegenkommen.

Der Herr Abg. Eldersch hat die Sache so hingestellt, als wenn wir der Meinung wären, man könne der Landwirtschaft nur durch Zölle helfen. Es ist gestern immer das Wort „nur“ vor das Wort „Zölle“ gesetzt worden. Da möchte ich Sie darauf verweisen, daß die heute schon angeführten Frachtermäßigungen eine ganz bedeutende Hebung der Ausfuhr von Vieh aus Tirol nach sich gezogen haben. Es ist festzustellen, daß wir Molkereien, Geflügelzuchtanstalten, Brennereien, Mästereien errichtet haben, daß also alles mögliche geschehen ist, um neben einem entsprechenden Zollschutz auch eine Förderung der Landwirtschaft Platz greifen zu lassen. Ich möchte darauf verweisen, daß ein Kulturförderungsgesetz in Vorbereitung ist und schon in der nächsten Zeit zur Verhandlung kommen wird. Durch dieses werden neue Wege zur Förderung der Landwirtschaft beschritten werden. Es ist also unrichtig, wenn behauptet wird, daß wir die Landwirtschaft nur durch Zölle fördern wollen, sondern wir stehen auf dem Standpunkte, daß man nicht nur durch Zölle, sondern auch durch Zölle die Landwirtschaft fördern könne.

Der Herr Abg. Eldersch hat gestern auch darauf verwiesen, daß die hohen Zölle des autonomen Zolltarifs seinerzeit, als die Vertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei auf Schwierigkeiten stießen, in Wirklichkeit trafen. Ich gebe sehr gerne zu, daß es ein böser Umstand ist, wenn ein solcher Zustand eintritt. Auf der anderen Seite aber — das wird kaum bestritten werden können — haben gerade diese Zölle bewirkt, daß der Verhandlungspartner verhandlungsfähiger geworden ist, daß wir infolgedessen etwas rascher zum Abschluß des beide Staaten interessierenden Vertrages gekommen sind. Wir sind überzeugt, daß diese scheinbar hohen autonomen Zölle im Laufe der Verhandlungen eine ganz gewaltige Herabsetzung erfahren werden.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß jede Ausfuhrmöglichkeit auch eine Mehrbeschäftigung für unsere Industrie mit sich bringt, also eine Mehrbeschäftigung von Tausenden von Menschen bedeutet, Tausenden von Menschen Brot geboten und die Industrie dadurch in die Lage versetzt wird, den Lebensstandard der von ihr beschäftigten Lohn- und Gehaltsbezieher zu verbessern. Erhöhte Absatzmöglichkeiten bedeuten aber auch eine erhöhte Steuerkraft des Staates. An dieser erhöhten Steuerkraft des Staates sind auch die Angestellten des Staates

interessiert. Die Staatsbeamten mußten seinerzeit in der Hauptsache die Sanierung der Staatsfinanzen tragen. Es kann ihnen nicht zugemutet werden, außer den Opfern, die sie für die finanzielle Sanierung dieses Staates gebracht haben, nun auch die Opfer der Sanierung der Wirtschaft auf sich zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß mit erhöhten Einnahmen des Staates auch die Pflicht des Staates wächst, die Sanierung des Haushaltes der Staatsbeamten vorzunehmen. Ich glaube deshalb nicht, daß die gestern in der Erklärung des Herrn Finanzministers enthaltene Äußerung, daß der Staat nicht in der Lage sei, in die Waagschale fallende Mittel für die Staatsbeamten aufzuwenden, das letzte Wort ist, das letzte Wort sein kann. Es ist unmöglich, den Beamten zuzumuten, ihre derzeitige Lage als einen Dauerstand zu betrachten und vielleicht noch die eventuellen Auswirkungen der Zollgesetzgebung und einer eventuellen Änderung des Mietenrechtes auf sich zu nehmen.

Wir betrachten auch diese Zolltarifnovelle nur als eine Etappe auf dem Weg der Zollgesetzgebung. Es ist festzustellen, daß eine Menge berechtigter Wünsche der Industrie, daß berechnete Verlangen des Handels deshalb unbefriedigt bleiben mußten, weil diese Vorlage dringlich zu erledigen war. Ob nun dieser Novelle eine vierte oder eine fünfte oder, wie wir es wünschen würden, eine Generalrevision des Zolltarifs folgen wird — wir sind der Meinung, daß auch diese Gesetzgebung ein Stückwerk bleiben wird, daß sie nichts anderes ist, als das Ergebnis einer Übergangs- und Verlegenheitspolitik. Wir sind der Überzeugung, daß erst eine Zollunion mit dem Deutschen Reiche uns jene politische Weltgeltung verschaffen kann, die auch einen vollen Schutz der heimischen Produktion ermöglicht, daß wir erst als ein Teil des großen Deutschen Reiches alle in unserem Volke schlummern den Kräfte entfalten und unsere wirtschaftliche Freiheit erlangen können. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Eldersch den Vorsitz übernommen.)*

Schneeberger: Hohes Haus! Wenn man die Reden der Regierungsparteien vernimmt und die Schreibweise der der Regierung nahestehenden Presse über die Dritte Zolltarifnovelle verfolgt, so könnte man glauben, alles Volk in Österreich, ob groß, ob klein, ob in der Stadt oder auf dem Lande, hätte allen Anlaß, aufzujubeln ob dieser großen gesetzgeberischen Tat. Zerreißt man aber den Schleier, den die Regierung und ihre Parteien und die Nutznießer dieser Zolltarifnovelle über die Schatten dieser Gesetzgebung gehüllt haben, dann steht sofort das Schlagwort: Schutz der heimischen Arbeit, Hilfe für unsere Landwirtschaft in einer ganz anderen Gestalt da.

Untersucht man, wie sich diese Zollerhöhungen auf die verschiedenen Schichten und Klassen der

Bevölkerung auswirken, erinnert man sich, unter welchen politischen Begleiterscheinungen diese Zolltarifnovelle zustande gekommen ist, dann ist es gleich aus mit dem Freudentaumel, in den die Mehrheitsparteien und die Nutznießer dieser Zolltarifnovelle die ganze öffentliche Meinung einhüllen wollen.

Die Dritte Zolltarifnovelle ist bekanntlich schon im alten Nationalrat verhandelt worden. Dann sind die Neuwahlen gekommen, bei denen die damaligen Regierungsparteien, in der ominösen Einheitsliste vereinigt, eine Niederlage erlitten haben. Die Niederlage der Regierungsparteien am 24. April war so groß, daß diese Einheitsliste eine tragfähige Mehrheit zur Bildung einer Regierung nicht mehr abgegeben hat. Es mußte nun die dritte bürgerliche Partei für die Regierung gewonnen werden, der Landbund. Wer ist der Landbund in Österreich? Er ist so eine Expositur des reichsdeutschen Landbundes, eine ausgesprochene Herrenbauern- und Hausherrenpartei. (*Widerspruch.*) Der Landbund hat im Wahlkampf den Christlichsozialen nur deshalb Stimmen abgenommen, weil er den Großgrundbesitzern und den Großbauern sowie den Unternehmern versprochen hat, weit wirksamer ihre Zollwünsche im Nationalrat zu vertreten, als es die Christlichsozialen oder die Großdeutschen getan haben.

Der Landbund ist naturgemäß an seine Versprechungen im Wahlkampf gebunden, und der Herr Dr. Seipel und seine Einheitsliste sind wieder an den Landbund gebunden, weil es ohne ihn keine Regierung gibt. Infolge dieser Kombinationen war selbstverständlich damit zu rechnen, daß die Wahldemagogie des Landbunds zu einem Stück Regierungsprogramm wird und daß wir eine Radikalisierung der Zoll- und Handelspolitik erleben werden. Wir, die wir durch viele Wochen im Zollausschuß gesessen sind, haben dort unsere Wunder erlebt. Die Zollverhandlungen sind dort beiläufig so geführt worden, als dürfte die alte österreichisch-ungarische Monarchie und der Ritter von Hohenblum noch leben. Eine solche Zollpolitik wagt man in der kleinen Republik unter den ganz anders gearteten wirtschaftlichen Verhältnissen zu vertreten.

Es ist hier schon aufgezeigt worden, mit welchen Methoden und mit welchem System hier Zollpolitik gemacht wird. Wenn ich mich noch an einige Szenen im Zollausschuß erinnere, dann ist wirklich das Wort „Skandal von Verhandlungen“, das heute die Frau Abg. Freundlich gebraucht hat, nicht unwahr.

Einnmal ist der Herr Abg. Dr. Weidenhoffer aufgestanden und hat eine Liste vorgelegt, dann war es wieder einmal der Herr Abg. Bistor, dann ist der Herr Abg. Heindl mit Wünschen gekommen. Jedesmal, wenn ein solcher Wunschzettel serviert worden ist, hat es eine kleine Verstimmung unter den Mehrheitsparteien gegeben, aber nachdem es sich

immer um Zollerhöhungen gehandelt hat, ist die Verstimmung bald beseitigt und es sind diese erhöhten Positionen zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht worden.

Obwohl wir Sozialdemokraten grundsätzlich auf dem Standpunkte der Freizügigkeit und des Freihandels stehen, haben wir mit Rücksicht auf die zoll- und handelspolitische Lage in Europa und in der ganzen Welt immer zugegeben, daß es auch bei uns in Österreich nicht möglich ist, das freihändlerische Ideal mit einem Schlage zu verwirklichen. Wir waren immer bereit, mit Ihnen darüber zu beraten, in welcher Art und Weise ein notleidender Produktionszweig geschützt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß wir als Vertreter der Arbeiterschaft in diesem Staate an dem Schicksal der Wirtschaft zum mindesten genau so interessiert sind wie die Unternehmer, weil wir doch wissen, daß das Schicksal der Arbeiter mit dem Schicksal der Wirtschaft untrennlich verbunden ist. Wir haben daher immer, wenn es möglich war, irgendeinem Produktionszweig zu helfen, mit Mitteln, die vom Gesichtspunkte der gesamten Volkswirtschaft erträglich sind, zugestimmt. Aber gerade deswegen, weil wir an dem Schicksal der österreichischen Wirtschaft so sehr interessiert sind, müssen wir jene sogenannten Hilfsmaßnahmen ablehnen, die die größten volkswirtschaftlichen Gefahren beinhalten, die zu einem Zollkrieg mit dem Auslande führen, zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit, zu Zuständen führen, die noch unerträglicher sind als die heutigen.

Und wenn man untersucht, wem diese Zolltarifnovelle und diese Zollerhöhungen eigentlich helfen, kommt man zu dem Ergebnis, daß es wirklich ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung ist, der einen effektiven Nutzen aus diesen Zollerhöhungen hat. Durch Ihre Zollpolitik sind wir jetzt wieder zu einer Zolltarifnovelle gekommen, die neben ganz bedenklichen Industriezöllen noch viel bedenklichere Agrarzölle beinhaltet. Unter diesen Agrarzöllen spielen bekanntlich der Getreidezoll und der Mehlzoll die Hauptrolle. Der Getreidezoll soll von dem jetzt gleitenden Zoll von 25 Goldhellern auf 4 Goldkronen erhöht werden, der Mehlezoll soll von dem autonomen Zollsatz von 5 Goldkronen auf 12 Goldkronen erhöht werden.

Diese exorbitanten Zollerhöhungen werden mit der Notlage der Landwirtschaft begründet. Wie steht es eigentlich mit der Notlage der Landwirtschaft? Es ist außer allem Zweifel, daß in einem Staate wie Österreich, nach einem vierjährigen Kriege sämtliche Produktionszweige, die ganze Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden, daß ein solcher Staat einer Wirtschaftskrise unterworfen wird, die sich bei uns am schärfsten in der bedauerlichen Tatsache ausdrückt, daß es Zehntausende von arbeitsfreudigen Menschen gibt, die mit bestem Willen

keine Beschäftigung mehr finden können, die zum Hungern und Notleiden verurteilt sind. Und da ist es nur selbstverständlich, daß, so wie alle Produktionszweige, auch die Landwirtschaft von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wird und keine Ausnahme bildet. So wie es fast jedem anderen Produktionszweige schlecht geht, geht es selbstverständlich auch der Landwirtschaft schlecht. Daneben gibt es natürlich noch eine Anzahl anderer Ursachen, die nachteilig auf die landwirtschaftliche Produktion einwirken. Man bedenke nur das Kreditssystem in unserer Landwirtschaft. Es ist gar keine Übertreibung, wenn man auf diesem Gebiete von einem Chaos spricht. Gerade die Landwirtschaft braucht aber nicht nur billige, sondern auch langfristige und sichere Kredite. Die Bankenskandale, die wir in der letzten Vergangenheit hatten, haben sicherlich nicht dazu beigetragen, das Kreditwesen zu fördern, sondern haben es in die größte Unsicherheit gebracht, unter der natürlich die Landwirtschaft in hervorragendem Maße zu leiden hat. Wenn es der Landwirtschaft nicht möglich ist, langfristige und billige Kredite aufzunehmen, dann ist meiner Meinung nach jede Zollgesetzgebung überflüssig, jeder andere Schutz der Landwirtschaft illusorisch, wenn dem Landwirte nicht die Möglichkeit gegeben wird, seinen Betrieb zu verbessern, Investitionen zu machen, Maschinen anzuschaffen usw. Daher ist das Chaos und der traurige Zustand im Kreditwesen, soweit das für die Landwirtschaft in Frage kommt, auch mit eine Ursache für die Notlage in weiten Kreisen der Landwirtschaft. Dabei gibt es natürlich noch eine Reihe anderer Mängel. Der Mangel einer geeigneten und ausreichenden Einkaufs- und Absatzorganisation wirkt auch nachteilig auf die landwirtschaftliche Produktion, und es wäre nur zu wünschen, wenn in dieser Hinsicht und nicht immer in der Richtung, daß die private Spekulation an dem Fleiße der landwirtschaftlichen Bevölkerung den ersten Anteil hätte, etwas mehr geschehen würde, als bisher geschehen ist.

Die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung ist ganz besonders durch die industrielle Krise und die Arbeitslosigkeit furchtbar gesunken. Es gibt Zehntausende von Familien, die nicht einmal die notwendigsten Bedarfsartikel kaufen können. Es ist nicht vielleicht eine Bosheit der Konsumenten, der Arbeiter und Angestellten, daß sie nicht mehr Milch, mehr Fleisch, mehr Brot, mehr Mehl, mehr Eier konsumieren. Sie würden das sehr gerne tun, wenn ihr Einkommen danach wäre. Es ist nicht eine Bosheit der Konsumenten, daß sie sich gegen Preiserhöhungen der Lebensmittel zur Wehr setzen. Sie tun es notgedrungen, weil sie eben infolge ihres schlechten Verdienstes, viele infolge Arbeitslosigkeit, keine höheren Preise für die lebenswichtigen Artikel bezahlen können. Das bekommt naturgemäß auch die Landwirtschaft zu spüren.

So gibt es eine Menge Ursachen, die alle zusammenwirken und uns berechtigten, von einer wirklichen Notlage in der Landwirtschaft zu sprechen. Aber anstatt die Ursachen dieser Notlage in ihrer Gesamtheit zu bekämpfen, stehen die Mehrheitsparteien und die Regierung auf dem Standpunkt: nur Zollerhöhungen können der Landwirtschaft helfen. Diese Anschauung, meine sehr geehrten Herren, teilen wir nicht. Wie steht es denn überhaupt mit der Notlage der Landwirtschaft? Es ist außer allem Zweifel, daß die Landwirtschaft am empfindlichsten die Tatsache zu spüren bekommt, daß unsere Gebirgsbauern, die von der Viehzucht leben und die ungefähr drei Viertel der ganzen Landwirtschaft ausmachen, ihr überschüssiges Vieh nicht anbringen können und das deshalb nicht, weil dieses überschüssige Vieh nicht Mastvieh, sondern zu 90 Prozent Vieh und daher nicht marktfähig ist. Diese drei Viertel aller Landwirte in Österreich, die von der Viehzucht leben, haben naturgemäß ein Interesse daran, daß die Viehmästung ermöglicht und dadurch ihr Viehabsatz gefördert werden kann. Aber statt alles zu tun, um die Futtermittel zu verbilligen und die Viehmästung zu fördern, kommen die Regierungsparteien, beschließen eine Erhöhung der Getreidezölle, mithin eine Verteuerung der Futtermittel, und so wird durch diese Preiserhöhung der Futtermittel, die zur Mästung des Viehs die unbedingte Voraussetzung sind, alle Ansätze, die für die Viehmästung vorhanden sind, noch erschlagen und die Viehmast für alle Zukunft durch die Verteuerung der Futtermittel unmöglich gemacht. (*So ist es!*)

So kommt es, daß ungefähr drei Viertel aller Landwirte, die Viehzüchter sind und von der Viehzucht leben, von der Erhöhung der Getreidezölle einen unmittelbaren Nachteil haben, und Sie, meine Herren, haben daher mit Recht befürchtet, daß dieser Teil der Landwirte sich gegen Ihre Politik kehren und sich für diese Art der Hilfeleistung bestens bedanken wird. Um zu verhindern, daß nicht unter den Gebirgsbauern eine Rebellion ausbricht, haben Sie zu einem Mittel der Augenaußwischerei gegriffen und den Gebirgsbauern gesagt: Dem Getreidebauer auf dem flachen Lande die Erhöhung der Getreidezölle, dem Bauer im Gebirge, dem Viehzüchter, die Erhöhung der Viehzölle. Nun, hohes Haus, wie schaut es denn mit diesen beiden Zöllen aus? Wenn man untersucht, wie sich diese beiden Zölle auswirken, so findet man, daß die Getreidezölle, wenn nicht sofort, so doch in allernächster Zeit sich auswirken werden, während die Viehzölle, das heißt diese Erhöhung von 12 auf 15 Goldkronen, sich viel, viel später oder überhaupt nicht auswirken wird, weil es ja bekanntlich der Regierung bisher nicht gelungen ist, bei Handelsvertragsverhandlungen von dem autonomen Zoll auf Schlachtvieh von 12 Goldkronen mehr als 5 Goldkronen handels-

politisch durchzusetzen. Und diese Zollerhöhung beim Schlachtvieh von 12 auf 15 Goldkronen, um die Sie mit uns durch acht Monate gekämpft haben, hat keinen anderen Zweck, als 70 Prozent der Landwirte einfach zum Narren zu halten und sie über eine große wirtschaftliche Schädigung hinwegzutäuschen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Daß wir so etwas nicht mitmachen können, das müssen Sie schon verstehen. Sie hätten ja diese Augenauwischerei auch ein bißchen einfacher machen können.

Sie reden dem Gebirgsbauer ein, ihm werde die Zollerhöhung von 12 auf 15 Goldkronen helfen, wenn man schon bisher von den 12 Goldkronen autonomen Zoll handelspolitisch nur 5 Goldkronen durchzusetzen in der Lage war. Warum haben Sie den Bauern nicht gesagt, wenn sie höhere Preise für ihr Vieh erzielen wollen, dann sollen sie es in einfacherer Weise machen? Wenn der Preis zu niedrig ist, dann sollen sie von den Händlern oder Fleischaauern eben höhere Preise verlangen. (*Heiterkeit.*) Mit diesem Ratsschlag haben Sie sich natürlich nicht getraut, zum Bauer hinauszugehen, weil er Sie mit solchen Ratsschlägen zum Teufel gejagt hätte. Sie machen es nun in komplizierterer, unverständlicherer Form im Wege der Zollgesetze. In Wirklichkeit ist aber Ihr Versprechen mit der Erhöhung der Viehzölle genau so viel wert wie der Ratsschlag, man solle, wenn man höhere Preise haben wolle, höhere Forderungen stellen. Genau so wenig, wie sich die Käufer von Vieh mit übermäßigen Preisforderungen beeinflussen lassen, werden Sie unsere Nachbarstaaten mit diesen unsinnigen Erhöhungen der Zollpositionen schrecken.

Zu diesem milden Urteil komme ich deshalb, weil ich gewohnt bin, milde zu urteilen, und weil ich mich noch erinnere, daß Herr Bundeskanzler Seipel im Zollausschuß auf unsere Bedenken, daß im Falle einer Komplikation bei den Verhandlungen diese hohen Zollsätze wirklich in Kraft treten könnten, uns immer versichert hat, die Regierung denke nicht daran, die Zollverhandlungen so zuspitzen zu lassen, daß es zu einer Kündigung der Handelsverträge und zu einem Zollkrieg mit den Nachbarstaaten kommt. Das ist der Grund, warum ich zu diesem milden Urteil komme. Nun hat uns aber heute Herr Födermayr trocken herausgesagt: Wenn die Nachbarstaaten es nicht einsehen, wenn sie nicht soviel Rücksicht auf uns nehmen und bei den Verhandlungen unseren Zollwünschen nicht Rechnung tragen, dann werden wir auch vor der Kündigung der Handelsverträge nicht zurückschrecken. Das allerdings bedeutet die Erhöhung des Schlachtviehzolles von 12 auf 15 Goldkronen. Aber das ist ein Verbrechen, das an unserer Volkswirtschaft begangen wird, wenn Sie, sobald die Nachbarstaaten diesen Zollwünschen nicht gefügig sind — womit ja nach allen Er-

fahrungen zu rechnen ist —, so weit gehen wollen, die Handelsverträge zu kündigen und die Wirtschaftskrise außerordentlich zu verschärfen.

Aber sicher ist, daß von der Erhöhung der Getreidezölle, die Sie als Rettung der Landwirtschaft Österreichs hinstellen, ungefähr drei Viertel unserer Gebirgsbauern nur einen Nachteil haben werden. Wie steht es denn mit den Vorteilen der Erhöhung des Getreidezolles für die sogenannten Flachlandwirtschaften? Die Statistik über die Betriebsgrößen in Niederösterreich zum Beispiel sagt uns, daß es zirka 70, ich glaube genau 71,2, Prozent sogenannter Klein- und Zwergbetriebe bis 5 Hektar Besitz gibt. Nun ist es außer allem Zweifel, daß ein Besitzer, der bis zu 5 Hektar Grund und Boden besitzt, von einer Erhöhung des Getreidezolles absolut keinen Vorteil hat, weil er in der Regel nicht einmal in der Lage ist, den eigenen Haushalt aus der Eigenproduktion zu decken, und noch etwas dazukaufen muß. Nun bleiben außer den 70 Prozent Klein- und Zwergbetrieben noch zirka 20 bis 25 Prozent sogenannter Mittelbetriebe übrig. Was bedeutet für die landwirtschaftlichen Mittelbetriebe im Flachland diese Zollerhöhung? Es ist sicher, daß diese Betriebe, nachdem sie ja doch schon Getreide verkaufen, durch die Erhöhung des Getreidezolles vielleicht unmittelbar Mehreinnahmen haben, es ist aber auch sicher, daß durch die Folgen, die diese Zollerhöhungen in ihrer Gesamtheit in der Richtung hervorrufen, daß die Lebenshaltung verteuert wird, diese Wirtschaften auf der anderen Seite durch die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung so in Mitleidenschaft gezogen werden, daß ihnen durch diese Verteuerung und durch die Mehrauslagen nicht nur all das, was sie durch die erhöhten Zölle einnehmen, sondern vielleicht noch etwas mehr weggenommen werden wird. Denn täuschen wir uns nicht, was heißt denn die Verteuerung der Lebenshaltung? Verteuerung der Lebenshaltung heißt vor allem Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern. Und wenn gestern der Herr Finanzminister gemeint hat, es sei über eine Gehaltsregulierung der öffentlichen Angestellten, die in die Wagschale fällt, nicht zu reden, so werden sich die öffentlichen Angestellten ja doch mit dieser Rede des Herrn Finanzministers nicht trösten und werden selbstverständlich Mittel und Wege finden, um entgegen den Erklärungen des Herrn Finanzministers ihre Lebenshaltung und ihr Einkommen zu verbessern suchen, insbesondere dann, wenn die Wirkungen dieser Zolltarifnovelle sich einmal in der Lebenshaltung geltend machen werden. Höhere Gehälter für die öffentlichen Angestellten bedeuten naturgemäß mehr Steuern und Abgaben, die die Landwirtschaft auch mit zu entrichten hat. Verteuerung der Lebenshaltung, das heißt natürlich höhere Preise für Maschinen, für Werkzeuge, für Baustoffe, für Haushaltsgeräte; Verteuerung der Lebenshaltung, das heißt größere Rechnungen beim Schmied, beim

Schuster, beim Schneider, beim Schlosser, beim Maurer, beim Zimmermann, und da die Landwirtschaft dies alles braucht, werden jene Landwirte, die nur einen geringen Vorteil von der Erhöhung der Getreidezölle haben — und das sind die sogenannten landwirtschaftlichen Mittelbetriebe —, auf der anderen Seite durch die Verteuerung der Lebenshaltung so in Mitleidenschaft gezogen werden, daß ihnen all das, was sie da an Mehreinnahmen erzielen, auf der anderen Seite weggenommen werden wird. Und daher behaupten wir, daß auch für die sogenannten Mittelbetriebe die Zollerhöhung nur eine Täuschung, aber absolut keine wirkliche Hilfe ist. Und nun bleiben noch ungefähr 10 Prozent übrig, das sind die sogenannten Großbauern und Großgrundbesitzer. Das sind diejenigen, die dutzende und hunderte Waggons Getreide jährlich auf den Markt werfen. Die sind es und die allein, die einen wirklichen, effektiven Vorteil aus der Erhöhung der Getreidezölle haben.

Und nun sehen Sie das Ergebnis Ihrer Politik, die Sie mit der Erhöhung der Getreidezölle machen, an. Die Erhöhung der Getreidezölle, sie bedeutet für drei Viertel der Gebirgsbauern, die kein Getreide zu verkaufen haben, sondern die im Gegenteil Mahlprodukte, Futtermittel und den ganzen Bedarf an Weizenmehl genau so wie andere Konsumenten decken müssen, eine Schädigung. Und Sie werden mir nicht einreden, daß in unseren Gebirgsgegenden draußen Weizen angebaut wird. Ich weiß aus meiner Heimatgemeinde und aus hundert anderen Gemeinden, daß selbst Bauern, die 200 bis 300 Joch Grund und Boden besitzen, jedes Defa Weizenmehl, das sie im Haushalt brauchen, genau wie der Arbeiter und der Angestellte oder ein anderer Konsument beim Kaufmann einkaufen müssen. Es ist daher außer allem Zweifel, daß aus diesen Gründen für die große Masse der Bauern, für unsere Gebirgsbauern, die in einer wirklichen Notlage leben, diese Erhöhung der Zölle zu einem sehr großen Teile keine Hilfe, sondern nur eine wirtschaftliche Schädigung, eine Verelendung ihrer Existenz, eine Hinderung ihrer Produktion sein wird. Für die sogenannten landwirtschaftlichen Mittelbetriebe wird diese Erhöhung der Getreidezölle absolut kein Vorteil sein. Nur ungefähr 10 Prozent Großbauern und Großgrundbesitzer, diese Oberschichte allein wird der Nutznießer aller dieser Belastungen sein, die Sie für alle Schichten und Klassen und Produktionszweige der Bevölkerung schaffen. Und um dieser kleinen Oberschichte von wohlhabenden und reichen Großgrundbesitzern Profite zuzuschauzen, getrauen Sie sich, Zollerhöhungen zu verlangen, die nicht nur eine Belastung für die große Masse der Konsumenten in den Städten sind, sondern von denen auch weite Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung schwer in Mitleidenschaft gezogen werden.

So ähnlich wie mit dem Getreidezoll ist es natürlich auch mit den anderen Zöllen, zum Beispiel

mit dem Mehlszoll. Hat doch die Regierung allen Ernstes versucht, diesen Mehlszoll durch ein österreichisch = ungarisch = serbisch = rumänisch = amerikanisches Mehlskartell durchzusetzen. Die Regierung hat bei den Verhandlungen über das Zustandekommen dieses Mehlskartells nicht nur die Vermittlerrolle gespielt, sondern sie war auch bereit, aus Staatsmitteln, aus der Staatskasse heraus den ausländischen Kapitalisten, den Getreide- und Mehlschändlern Entschädigungen zu bezahlen. Eine solche Politik, meine sehr geehrten Herren, so etwas nennen Sie dann Hilfe und Rettung für die Landwirtschaft! So etwas nennen Sie dann Schutz der heimischen Arbeit! Daß wir so etwas nicht mitmachen, daß wir eine solche Politik bekämpfen, das dürfen Sie uns nicht übel nehmen. Wir haben uns daher nicht darauf beschränkt, diese unsinnigen Zollwünsche und Zollforderungen der Regierung und der Mehrheitsparteien zu bekämpfen, sondern wir haben in jedem einzelnen Falle — Position für Position — Vorschläge gemacht, von denen wir nach unserer festen Überzeugung glauben, daß sie mehr geeignet sind, die heimische Arbeit und die heimische Produktion zu schützen. Wir haben Ihnen anstatt einer Diskussion über die Erhöhung der Getreidezölle eine Diskussion über das Getreidehandelsmonopol vorgeschlagen. Sie sind auf diese unsere Anregung gar nicht eingegangen, obwohl es eine Anzahl bürgerlicher Agrarpolitiker gibt, die das Getreidehandelsmonopol auch für Österreich befürworten und die sich immer bemühen, die günstigen Erfahrungen, die mit dieser Einrichtung gemacht wurden, auch in Österreich in der Bevölkerung und den interessierten Kreisen zu verbreiten. Daß Sie überhaupt jeder Diskussion über das Getreidehandelsmonopol ausweichen, das hat ja seinen guten Grund. Die Christlichsozialen und die Landbündler haben es in der Nachkriegszeit für sehr nützlich gehalten, die Agitation draußen auf dem Lande mit dem Schlagworte zu bestreiten: Los gegen die Zentralenwirtschaft! Freies Spiel der Kräfte! Sie sind nun die Gefangenen dieser Demagogie, die Sie da draußen getrieben haben. Obwohl Sie selbst davon überzeugt sind, daß die Bewirtschaftung des Getreides durch ein Getreidehandelsmonopol etwas ganz anderes ist als die Kriegszentralen, können Sie trotz Ihrer besseren Erkenntnis und Ihrer besseren Überzeugung über das Getreidehandelsmonopol nicht einmal diskutieren, und es bleibt Ihnen daher nichts anderes übrig, als den Landwirten zu sagen: Nichts ist es mit dem Getreidehandelsmonopol, das können wir nicht brauchen, das würde wieder so etwas werden, wie die Kriegszentralen es gewesen sind, das lehnen wir, ohne darüber zu diskutieren, rundweg ab, die einzige Hilfe für die Landwirtschaft besteht nur in Zollerhöhungen. Wir haben anstatt der Erhöhung der Viehzölle, die ja wirklich nur eine Augenauswischerei ist und von der unsere Gebirgsbauern in der

nächsten Zeit wahrscheinlich gar nichts haben werden, die Einführung von Zucht- und Mastprämien vorgeschlagen, weil wir der Überzeugung sind, daß wir damit wirklich den Gebirgsbauern und Viehzüchtern, denen es von allen landwirtschaftlichen Produzenten vielleicht am schlechtesten geht, wirklich helfen können, ohne dabei in die Gefahr zu kommen, mit unseren Nachbarstaaten, mit denen wir Handelsverträge haben, in handelspolitische Konflikte verwickelt zu werden, die in der Regel — das hat sich beim Ablauf des tschechoslowakischen Handelsvertrags gezeigt — verheerende Wirkungen für die ganze Volkswirtschaft haben. Um jenen Kreisen der Landwirtschaft, die eine Hilfe brauchen, wirklich zu helfen und um zu vermeiden, daß wir in solche Komplikationen verwickelt werden, die eine Störung und Schädigung unserer Volkswirtschaft mit sich bringen, haben wir konkrete Vorschläge gemacht. Sie haben alle unsere Vorschläge rundweg abgelehnt und haben Erhöhungen der Getreidezölle, der Viehzölle und einer ganzen Anzahl anderer Zollpositionen industrieller und landwirtschaftlicher Natur beschlossen.

Wenn man nun untersucht, wem alle diese Zollerhöhungen helfen, so findet man, daß die Gruppe der wirklichen Nutznießer dieser Zollerhöhungen nicht die schwer arbeitenden Menschen in Stadt und Land, sondern daß das in der Regel diejenigen sind, die die Arbeit persönlich noch nie ausprobiert haben, sondern die immer nur gewohnt waren, die Ertragnisse und Profite aus der Arbeit anderer einzustecken. Und diesen Kampf, den Sie in dieser Richtung führen, nennen Sie „Schutz der heimischen Arbeit“, „Schutz der landwirtschaftlichen Produktion“ und „Schutz des Landvolks“ überhaupt.

Daß wir eine solche Politik nicht mitmachen, das müssen Sie begreifen, und daß wir Ihrer Politik, die Sie mit diesen Schlagworten hier propagieren, unsere Politik entgegensetzen, wie wir den Schutz und die Hilfe für das Landvolk verstehen, das ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Und so wie Sie uns im Zollauschuß gezwungen haben, Ihnen einmal ins Gesicht zu sagen, worin unserer Meinung nach der Schutz und die Hilfe der heimischen Arbeit, der Schutz der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Bevölkerung besteht, so müssen wir das auch hier tun. Natürlich kommen wir dabei zu dem Ergebnis, daß jene Kreise, für die wir einen Schutz verlangen, die wir als schutzbedürftig ansehen, andere Bevölkerungskreise sind als diejenigen, die Sie für Ihren Schutz und Ihre Unterstützung ausersuchen haben.

Wir haben Sie schon im Zollauschuß darauf aufmerksam gemacht, daß Ihr Schlagwort von dem Schutz der Landwirtschaft und der heimischen Arbeit wirklich nur ein Schlagwort ist, weil Sie überall dort, wo ein wirklicher Schutz der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung notwendig

ist, die entschiedensten Gegner solcher Schutzmaßnahmen sind, selbst wenn sie den übrigen Bevölkerungsschichten nichts kosten. Wir mußten dabei auf die Frage des Pächterschutzes verweisen. Der Pächterschutz hat bekanntlich den Zweck, die kleinen und mittleren Pächter vor willkürlichen Kündigungen und Erhöhungen des Pachtzinses zu schützen. Der Pächterschutz ist auf einen Antrag unseres verstorbenen Parteigenossen Florian Gröger aus Kärnten zurückzuführen. Es ist uns jedes Jahr mit Mühe und Not gelungen, diese Pächterschutzverordnung zu verlängern, und wir haben im Laufe der Zeit gefunden, daß dieser Pächterschutz eine sehr wohlthätige Einrichtung ist, und zwar nicht nur für die betreffenden Pächter, sondern daß er auch eine volkswirtschaftlich notwendige und vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte sehr zu rechtfertigende Schutzmaßnahme ist. Am 31. Dezember sollte nun der Pächterschutz ablaufen. Vor einigen Tagen hat die Regierung die Galgenfrist für den Pächterschutz um ein Jahr verlängert. Wenn wir uns nun daran erinnern, wie bei jeder Verlängerung des Pächterschutzes die sogenannten Helfer und Retter der Landwirtschaft aufgetreten sind, um mit allen Mitteln und Kniffen, die sie gefunden haben, die Verlängerung des Pächterschutzes zu bekämpfen, während wir immer alle Kraft unserer Partei aufbieten mußten, um den Pächterschutz wieder zu verlängern, so glaubt man gar nicht daran, daß es Ihnen ernstlich darum zu tun ist, der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu helfen und sie dort zu schützen, wo sie den Schutz notwendig hat. Meine Herren, Sie kommen ins Haus hierher und sagen uns, die Landwirtschaft geht zugrunde, wenn nicht der Zentner Getreide, Weizen, Korn, Gerste, Hafer usw. um einige Schilling erhöht wird. Aber bei den 110.000 Pächtern handelt es sich nicht um einen ein paar Schilling höheren oder niedrigeren Getreidepreis, sondern handelt es sich um Sein oder Nichtsein, um den Untergang ihrer Existenz, wenn diese Pächterschutzverordnung abläuft und nicht mehr verlängert wird. Wir mußten deshalb vom landwirtschaftlichen Ausschuß verlangen, daß die Frage des Pächterschutzes geklärt und geregelt werde. Jetzt ist bekanntlich die Zeit des Anbaues in der Landwirtschaft, der Anbau hat längst schon begonnen, aber der landwirtschaftliche Ausschuß und die Mehrheit dieses Hauses hatten es noch immer nicht für notwendig befunden, Klärung in der Frage des Pächterschutzes zu schaffen. Auf ihren Wirtschaften draußen sind zehntausende Menschen gestanden, die nicht anbauen konnten, weil sie nicht wußten, ob die Verordnung nicht am 31. Dezember abläuft (Hört!), ob ihnen nicht der Grund weggenommen wird und sie abgestiftet werden. Da, wo es sich wirklich um die Existenz von Menschen handelt, wo wirklich die Schutzmaßnahmen, im

gegenständlichen Falle der Pächterschutz, eine brennende Frage ist, die im Interesse von hunderttausenden Menschen vom sozialen Gesichtspunkte, im Interesse aller Bewohner dieses Staates vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus gelegen ist, da haben Sie kein Interesse, keine Eile, da überlassen Sie es den Sozialdemokraten, die Verlängerung der Pächterschutzverordnung durchzusetzen. Wir werden bei der Beratung darüber die Haltung der Mehrheitsparteien zu dieser Frage noch charakterisieren. Aber es steht noch weit schlimmer, und weil Sie immer Ihre Wünsche mit dem Schlagworte „Schutz der heimischen Arbeit“ begleiten, „Schutz der landwirtschaftlichen Bevölkerung“, müssen wir Ihnen sagen, wie wir uns den Schutz des Landvolkes vorstellen. Beim Pächterschutz habe ich es Ihnen schon auseinandergesetzt. Da, wo es sich darum handelt, die Kleinen, die wirklich Schutzbedürftigen gegen die Willkür der Großen zu schützen, haben Sie keine Eile, da überlassen Sie es ruhig den Sozialdemokraten, durchzusetzen, daß diese wirklich Schutzbedürftigen Kreise geschützt werden. Aber, meine sehr geehrten Herren von den Regierungsparteien, wenn wir vom Schutz für die Landwirtschaft und das Landvolk reden, dann dürfen wir doch nicht vergessen, daß zum Landvolk auch etwas anderes gehört als die Großbauern und der Großgrundbesitz, daß zum Landvolk auch ungefähr eine halbe Million Landarbeiter gehören, und nachdem bekanntlich in der Landwirtschaft die Lohnarbeit und die menschliche Arbeitskraft eine hervorragende Rolle spielt, kommt naturgemäß der Arbeiterfrage in der Landwirtschaft eine sehr hohe Bedeutung zu. Wie halten Sie es denn da mit dem Schutz der heimischen Arbeit und der Landwirtschaft? Wir haben heute in Österreich, obwohl die „Neue Freie Presse“ über soziale Inflation schreibt, noch immer 140.000 Landarbeiter, die nicht einmal eine Krankenversicherung haben, nicht einmal den primitivsten sozialen Schutz genießen, den es fast in allen Ländern Europas gibt. Durch 40 Jahre haben Sie diese Arbeiter vollständig schutzlos gelassen in allen Lebenslagen, bei Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit und was nur immer kommen mag. Die Republik und der Einfluß unserer Partei haben nun die obligatorische Krankenversicherung für die Landarbeiter zuwege gebracht; was aber haben Sie mit diesem so notwendigen Schutz für die landwirtschaftliche Bevölkerung getan? Sie haben einen formalen Mangel in der Verfassung dazu ausgenutzt, um diese obligatorische Versicherung zu zerbrechen, und in den Ländern draußen, wo Sie leider um ein Wort mehr zu reden haben als hier im Nationalrat, haben Sie die Versicherung so zugerichtet, daß 140.000 Menschen heute überhaupt keiner Versicherungspflicht unterliegen. Was bedeutet das für diese Menschen? Täglich kommen uns Berichte über das Schicksal

jener bedauernswerten Geschöpfe zu, die ohne Versicherung, ohne Krankenhilfe dastehen, wenn sie krank werden oder ihnen ein Unfall zustoßt. Ich habe schon wiederholt meine Erfahrungen und meine Meinung in dieser Hinsicht mitgeteilt. Es gibt gewiß Bauern, die mit ihren Diensthoten Einsicht haben und sie auch dann, wenn sie nicht mehr arbeiten können, nicht am nächsten Tage hinauswerfen. Wie es aber sozial Einsichtige gibt, so erleben wir auch auf der anderen Seite das Gegenteil: in dem Moment, wo die Menschen nicht mehr sich rackern und schinden und plagen können, werden sie als lästige Subjekte in der Wirtschaft empfunden, und man findet dann schon irgendeinen Grund, um sie hinauszubringen. Diese Menschen, die so ihrem Schicksal überlassen werden, sind samt ihren Familien der bittersten Not, dem größten Elend und dem Zugrundegehen ausgeliefert. Hier wäre in allererster Linie ein Schutz notwendig. Was tun Sie aber, die Sie immer vom Schutz der Landwirtschaft und der heimischen Arbeit reden? Sie haben die Krankenversicherung der Landarbeiter zu einem Agitationsstoff zwischen den Landbündlern und den Christlich-sozialen gemacht. Sie haben draußen in den Ländern die neu errichteten landwirtschaftlichen Krankenkassen boykottiert, haben Versammlungen einberufen — insbesondere die Herren Landbündler in Oberösterreich und Steiermark — und haben in den Versammlungen beschließen lassen, die Bauern aufzufordern, keine Beiträge an diese Krankenversicherung zu leisten. (Hört! Hört!) In Steiermark ist es denn auch dazu gekommen, daß infolge dieser Hege, die Sie da getrieben haben, die Bauern der Krankenkasse noch 1.7 Milliarden Beiträge schuldig sind, die vor drei Jahren vorgeschrieben und bis heute noch nicht gezahlt wurden. Wenn der Exekutor hinauskommt, um die Beiträge einzutreiben, dann rotten sich die Bauern zusammen, und es ist in einigen Fällen geschehen, daß trotz Zuhilfenahme der Gendarmerie die Exekution unterbleiben mußte. Die Krankenkasse kann die Beiträge, die einzubringen sie nach dem Gesetz berechtigt ist, nicht bekommen und kann auch die Leistungen, die ihr das Gesetz vorschreibt, nicht erfüllen, weil sie diese notwendige soziale Einrichtung, diesen Schutz für die Landarbeiter, zu einem demagogischen Agitationsmaterial herabgewürdigt haben und weil Sie nichts Besseres zu tun gewußt haben, als die Bauern gegen die Krankenversicherung aufzuheizen.

So, meine Herren, halten Sie es in Wirklichkeit mit dem Schutz für das Landvolk und für die heimische Arbeit; und daher glauben wir Ihnen nie und nimmer, daß Sie, wenn Sie vom Schutz der heimischen Arbeit reden, das wirklich ehrlich meinen.

Es gibt noch eine Menge anderer Fälle. Die Landarbeiterordnungen bestimmen, daß Diensthoten und Landarbeiter, die sehr lange, 10, 20 und 30

Jahre bei einem und demselben Unternehmer beschäftigt sind, dann als Anerkennung für die schlechte Entlohnung, die sie haben, für die schwere Arbeit, die sie leisten müssen, eine sogenannte Dienstprämie bekommen. In Steiermark ist nach den Bestimmungen der Landarbeiterordnung diese Dienstprämie heuer im April zum ersten Male fällig geworden. Und was haben Sie, die immer mit dem Schlagwort „Schutz der heimischen Arbeit“ hantieren gehen, nun getan? Die landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände von Steiermark haben in ihrer Plenarversammlung beschlossen, alle landwirtschaftlichen Unternehmer aufzufordern, die Arbeiter, die Anspruch auf Dienstprämien haben, also jene Arbeiter, die 20, 30 und 40 Jahre in einem und demselben Betriebe geschuftet und gerackert haben, noch vor dem 25. April hinauszuerwerfen, damit sie die Prämie nicht bezahlen müssen. (Hört! Hört!) Es hat denn auch eine Anzahl Betriebe in Steiermark gegeben, die von diesem Zirkular der Unternehmerorganisationen Gebrauch gemacht haben und in erster Linie war es das gewiß christliche Stift Admont, das über 200 Arbeiter nur aus dem Grunde aus dem Betrieb hinausgeworfen hat, damit es die gesetzlichen Verpflichtungen nicht zu erfüllen braucht. Und Sie kommen nun daher, wenn die Zollverhandlungen um ein paar Wochen länger dauern, als es nach Ihrer Meinung notwendig wäre, und schreien von „Sabotage des Parlamentarismus“ usw.

Die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Sie zerstört haben, ist durch die Ergänzung der Bundesverfassung seit ungefähr zwei Jahren, seit dem 30. Juli 1925, wieder zur Bundes Sache geworden. Seit zwei Jahren weiß die Bundesregierung, daß sie und der Nationalrat allein zuständig ist für die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Was hat sie während dieser zwei Jahre gemacht? Gar nichts, als einige Regierungsvorlagen, deren letzte vor den Neuwahlen erschienen ist. Jetzt hört man durch die bürgerliche Presse, daß sich die sogenannte Präsidentenkonferenz, das ist die Spitzenorganisation aller landwirtschaftlicher Arbeitgeberverbände in Österreich, mit der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter schon beschäftigt und daß man hofft, daß diese Präsidentenkonferenz — jetzt nach zwei Jahren! — in ihrer nächsten Beratung zu einem endgültigen Ergebnis kommen wird. Das heißt, sie wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen den Entwurf für eine Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter fertigstellen, und wenn dann die Unternehmer mit dem Entwurf für die Versicherung der Arbeiter fertig sind, dann wird der Herr Minister Dr. Resch die fehlenden Beistriche einsetzen und darüber schreiben „Vorlage der Bundesregierung“, einen Motivenbericht erfinden und das wird dann dem Nationalrat als der neue Gesetzentwurf für die Versicherung

der Landarbeiter vorgelegt werden. (Zustimmung.)

Zwei Jahre warten die Landarbeiter auf die obligatorische Versicherung, zwei Jahre warten sie darauf, daß dieses Chaos beseitigt wird. Die Zollverhandlungen über die Vorlage, die die Regierung nach den Neuwahlen im Nationalrat eingebracht hat, haben jetzt vier Monate gedauert, und weil diese Verhandlungen über ein volkswirtschaftlich und sozial so bedeutames Gesetz vier Monate gedauert haben, hat es der Bundeskanzler für notwendig befunden, in den Versammlungen herumzuziehen und uns zu verdächtigen, daß wir den Parlamentarismus sabotieren und, wie der Herr Dr. Seipel sich wörtlich ausgedrückt hat, eine negative Politik machen. Weil Sie vier Monate bei den Verhandlungen über diese Zolltarifnovelle sitzen mußten, reden Sie von Sabotage des Parlamentarismus und von einer negativen Politik, die unsere Partei betreibt. Was für eine Politik ist es denn, die Sie bei der Krankenversicherung der Landarbeiter machen? Zwei Jahre ist der Nationalrat zuständig, und in diesen zwei Jahren haben Sie es noch nicht einmal zu einem endgültigen Gesetzentwurf gebracht. Daher ist ihre Aufregung über die lange Verhandlung des Zolltarifs nichts als eine Heuchelei, nichts als eine demagogische Agitation. Dort, wo wirklich ein Schutz des Volkswirtschaftes notwendig ist, dort lassen Sie sich viel länger Zeit als vier Monate, dort rühren Sie sich nicht, dort bleibt es den Unternehmern überlassen, ihr Spiel und ihre Agitationspolitik mit der Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter zu treiben. Die Mehrheitsparteien kommen in das Parlament und sagen: Wir müssen Zollerhöhungen haben, weil sich die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr recht rentiert, weil die Landwirte, die Gutsbesitzer ihre Produkte, ihre Waren, nicht mehr zu einem Preise verkaufen können, wie sie ihn wünschen und wie sie ihn im Interesse der Selbsterhaltung der Wirtschaft für notwendig halten. Und dabei denken Sie nicht im entferntesten daran, meine Herren, daß es draußen auf dem Lande tausende Menschen gibt, bei denen es sich nicht nur darum handelt, ob sie einen höheren oder einen niedrigeren Preis für ihre Ware bekommen. Wir haben in der Forstwirtschaft und in der Sägeindustrie Tausende von Arbeitslosen, bei denen es sich nicht mehr darum handelt, ob sie die Ware „Arbeitskraft“ um einen hohen oder einen niederen Preis verkaufen können, sondern diese Menschen können ihre Ware „Arbeitskraft“ überhaupt nicht, auch um einen schlechten Preis nicht mehr verkaufen.

Das war für uns der Anlaß, schon im vorigen Jahre zu verlangen, daß der Schutz der Arbeitslosenversicherung auch auf diese Kreise ausgedehnt werde. Was tun Sie? Sie haben das glatt abgelehnt, weil Sie glauben, die Mehrheit in diesem Hause rechtfertige es, über alle sozialen und wirtschaftlichen

Notwendigkeiten des arbeitenden Volkes einfach zur Tagesordnung überzugehen. Sie sagten, es sei nicht möglich, es sei gegen bestimmte Grundsätze, daß die Forstarbeiter auch die Arbeitslosenversicherung bekommen. Wir haben Verhandlungen darüber geführt und nur aus parteidoktrinären Gründen der Christlichsozialen, der Landbändler und der Deutschnationalen müssen diese Menschen ohne ihr Verschulden der bittersten Not, dem größten Elend ausgeliefert werden. Sie kommen hieher und vertreten die Wünsche der Unternehmer mit einer Zähigkeit und Ausdauer, die man bewundern muß. Wenn es sich aber um die berechtigten Forderungen der Arbeiter handelt, um Existenzen, die vor dem Zugrundegehen stehen, da haben Sie nichts übrig als ein Achselzucken und lehnen unsere Anträge ab. Wenn Herr Dr. Seipel, der unsere Verhandlungen über die Zölle, unseren Kampf in der Zolltariffrage eine negative Politik nennt, dann möchte ich gerne wissen, wie man eine solche Politik bezeichnet. Ich glaube, die kann man am besten unter dem Sammelnamen „christlichsoziales Christentum“ einreihen. Eine solche Politik gegenüber Menschen, die ohne ihr Verschulden in die größte Notlage gekommen sind, die vor dem Zugrundegehen sind, deren Kinder vergebens um Brot schreien, die wirklich eines Schutzes bedürftig sind, eine Politik der Ablehnung dieses Schutzes kann man wirklich nicht anders bezeichnen als das „christlichsoziale Christentum“, das wir ja in allen diesen Fragen kennengelernt haben. Es ist uns bei den Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung der Forst- und Sägearbeiter einmal gesagt worden: Ja, wohin wird das führen? Heute kommen die Forstarbeiter dran, morgen sind es die Landarbeiter und weil wir fürchten, daß auch die andern drankommen, deshalb fangen wir überhaupt nicht an. In Deutschland draußen ist vor ungefähr drei Wochen das neue Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz sind gegen Arbeitslosigkeit nicht nur die industriellen und gewerblichen Arbeiter versichert, sondern auch die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter, ausgenommen diejenigen, die eine mindestens sechsmonatige Kündigungsfrist haben und die Verträge abschließen, die über ein Jahr hinausgehen. Praktisch ist dort die Arbeitslosenversicherung für alle Lohnarbeiter im ganzen Deutschen Reich eingeführt worden. Was draußen in Deutschland möglich ist, sollte wohl auch bei uns in Österreich möglich sein. Es kann aber nicht gemacht werden, weil die Mehrheitsparteien, die Regierungsparteien, unbekümmert um die Notlage, in der die Opfer dieser Wirtschaftskrise, die Arbeitsmenschen da draußen in den verlassen Gebirgsgräben und Gebirgsdörfern leben, jede noch so berechnete Forderung auf Schutz, im gegenständlichen Fall auf Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung, ablehnen. Ich kann ihnen nur mitteilen und ver-

sprechen, daß wir in dieser Sache hier im Hause noch nicht das letzte Wort gesprochen haben.

Da geht dann der Herr Rumschaf in die Versammlungen und wenn er sonst nichts weiß, wie er die Sozialdemokraten herabsetzen kann, dann erzählt er den aufstrebenden Arbeitern, daß eine Politik, wo man den Spazzen behält und die Taube fliegen läßt, für die Arbeiter doch noch immer besser ist, als wenn er nach der Taube schaut und derweilen kommt einem auch der Spatz aus. So war es in der vorgestrigen „Reichspost“ zu lesen. In der Praxis treffen nicht einmal diese demagogischen Verdrehungen des Herrn Rumschaf zu. Denn Ihre Politik und Ihre Arbeiterfürsorge ist die, nicht nur nicht nach der Taube zu schauen, sondern auch den Spatz, von dem man glaubt, daß man ihn schon hat, noch in einem günstigen Moment ausfliegen zu lassen. Weil sie fürchten, daß die Einbeziehung der Forst- und Sägearbeiter in die Arbeitslosenversicherung dann weitere Kreise ziehen würde, deshalb fangen Sie gar nicht an, deshalb lassen Sie den Spatz auch sofort aus, damit nicht vielleicht einmal gar jemandem der Gusto nach den Tauben auf dem Dache kommt. Wir werden ja bei späteren Anlässen noch auf diese Frage zurückkommen, aber wenn hier über Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft, für die heimische Arbeit verhandelt wird, dann müssen wir diese brennende Frage auch heute zur Sprache bringen.

Und nun erlauben Sie mir, hohes Haus, noch einen Gegenstand zu berühren. In den Reihen der Regierungsparteien sitzen die Herren, die sich nicht genug tun können in der Begeisterung für die Erhöhung der Zölle, und gerade diejenigen, die so begeistert von den Zollerhöhungen auf das Rindfleisch und auf das Schweinefleisch sind, gerade sie sind es, die die begeistertsten Anhänger des freien Handels mit Menschenfleisch im Inlande und mit dem Auslande sind. (Sehr richtig!) Denn nichts anderes ist es als Sklavenhandel, den Sie da mit den slowakischen Saisonarbeitern treiben, der sich in den schmutzigsten und schäbigsten Begleiterscheinungen auswirkt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Es war gewiß eine unverantwortliche Sache... (Vizekanzler Hartleb: Schämen soll er sich! — Zwischenrufe.) Herr Vizekanzler, wer sich schämen muß, ob wir oder Sie, das zu beurteilen überlassen wir ruhig der Öffentlichkeit. (Beifall und Zwischenrufe.)

Die Vermittlung dieser slowakischen Saisonarbeiter hat bekanntlich immer das Ministerium für Landwirtschaft geführt. Es war schon dies eine außerordentlich bedenkliche Sache, weil das Landwirtschaftsministerium ein reines Unternehmerministerium ist; man weiß, wie dort Fragen, die die Arbeiter interessieren, behandelt werden. Nun ist man aber auch darüber weit hinausgegangen und hat unter dem Titel „Sanierung“ diese Vermittlung der

slowakischen Saisonarbeiter, die Vermittlung der ausländischen Arbeitskräfte der Unternehmerorganisation überantwortet. Diese Unternehmerorganisation der Großgrundbesitzer benutzt nun den schrankenlosen Einfluß, den sie auf die Vermittlung hat, nicht nur dazu, um für sich billige und willige Arbeitsflaven sonder Zahl aus dem Auslande hereinzubringen, sondern sie benutzt diesen Handel mit Sklaven auch zu einem glänzenden Geschäft. Unter dem Titel Kopfsquoten-Vermittlungsgebühr, Kautionszinsen usw. hat diese Unternehmerorganisation 27 Milliarden in einem Jahr an Gewinn eingestekt. *(Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.)* Nun beurteilen Sie, Herr Vizefanzler, wer hier Ursache hat, sich zu schämen *(lebhafter Beifall)*, wir, die wir diese Zustände kritisieren, oder Sie, die Sie diese Zustände befürworten. *(Zwischenrufe.)*

Wir haben, hohes Haus, gegen diese Mißbräuche mit den ausländischen Saisonarbeitern immer angekämpft. Ich persönlich und mein Freund Bötzler waren es, die hier im Hause mit Daten und Zahlen aufgezeigt haben, was mit diesem Sklavenhandel eigentlich getrieben wird. Es ist dann immer der Herr Eisenhut oder ein Herr von der Ministerbank aufgestanden und hat gemeint, so arg ist es nicht, man muß halt die Leute haben. Der Herr Minister hat uns eingeredet, wir müssen, wenn ein Streik ausbricht, Arbeiter von auswärts zur Verfügung haben. *(Hört!)* Dem Herrn Minister Thaler, der aus Tirol stammt und mit diesen Verhältnissen naturgemäß nicht vertraut ist, kann man es einigermaßen verzeihen, wenn er zu einer solchen Ansicht kommt. Es ist nicht seine Überzeugung sondern das hat man den Herrn Minister einfach als Notwendigkeit eingeredet, die man verteidigen muß, als einen Zustand, der im Interesse der Landwirtschaft gelegen ist. Verantwortlich dafür sind diejenigen, die diese Zustände und Verhältnisse immer gekannt und nichts dagegen getan haben sondern die im Gegenteil durch Auslieferung der Vermittlung an die Unternehmer dazu beigetragen haben, daß es zum größten Skandal der Arbeitsvermittlung der ganzen Welt geworden ist *(lebhafter Beifall)*, was man mit diesen slowakischen Saisonarbeitern treibt.

Unsere Vorwürfe und Vorhalte hat man immer abgetan, bis endlich eine Behörde, die Industrielle Bezirkskommission von Wien, mit Hilfe amtlicher Organe, der Gendarmerie, Erhebungen gepflogen hat. Es ist interessant, was diese amtlichen Erhebungen zutage gefördert haben. Es ist von der Industriellen Bezirkskommission berechnet worden, daß der skandalöse Zustand mit diesem Handel mit ausländischen Arbeitern dazu führt, daß unsere Volkswirtschaft unnötigerweise jährlich mit 237 Millionen Schilling belastet wird. *(Hört! Hört!)*

Es ist festgestellt worden, daß in 458 Gemeinden — soweit haben diese Erhebungen gereicht —

25.000 Landarbeiter beschäftigt waren und die Gendarmerie hat durch ihre Erhebungen festgestellt, daß unter diesen 25.000 Arbeitern über 16.000, genau 16.589 Ausländer und 8807 Inländer gewesen sind. *(Hört! Hört!)* Also mehr als zwei Drittel aller Landarbeiter in dem Gebiete, das von diesen Erhebungen betroffen worden ist, sind ausländische und nicht inländische Arbeitskräfte.

Die Einwanderung der slowakischen Saisonarbeiter wird immer damit gerechtfertigt, daß wir in Österreich nicht genug geeignete Rübenarbeiter haben. Wir geben zu, daß wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, jene Anzahl von Rübenarbeitern in Österreich stellig zu machen, die die Landwirtschaft braucht. Aber das ist ja auch nicht ein Verschulden der Arbeiter, sondern dieser Zustand ist dadurch herbeigeführt worden, daß man diese Arbeitskräfte immer von einem anderen Land, von einem anderen Gebiet besorgt hat. Deshalb hat niemand diese Arbeit gelernt. Es ist nun aber interessant, daß die slowakischen Saisonarbeiter, die mit der Begründung, man brauche sie für die Rübenarbeit, nach Österreich hereinkommen, nach den amtlichen Erhebungen nicht einmal zu 50 % in der Rübenarbeit beschäftigt werden, sondern zu anderen Arbeiten, wie wir das immer aufgezeigt haben, zu Arbeiten, die unsere ständigen heimischen Arbeitskräfte ohne weiteres verrichten können. Das ist ein drastisches Beispiel dafür, wie Sie es mit dem Schutze der heimischen Arbeit, mit dem Schutze der landwirtschaftlichen Bevölkerung halten.

Unter dem Druck dieser amtlichen Mitteilungen mußte sich nun auch das Ministerium dazu bequemen, den Versuch zu unternehmen, hier Wandel zu schaffen. Es wird eine sogenannte paritätische Kommission ein paritätischer Beirat eingesetzt werden, der diese Ansuchen prüft. Ich hoffe, daß die Herren nicht glauben, daß dieser paritätische Beirat vielleicht der Blitzableiter für alle Mißbräuche sein wird, die auf diesem Gebiete getrieben werden. Wir werden jedesmal, wenn Sie glauben, die Zustände trotz dieser paritätischen Kontrolle so aufrechterhalten zu können, wie bisher, hier im hohen Hause vor aller Öffentlichkeit davon Mitteilung machen und werden nicht ruhen und rasten, bis nicht das Schlagwort „Schutz der heimischen Arbeit“ auch in dieser Richtung von Ihnen anerkannt wird. Das teilen wir Ihnen heute schon mit.

So sehen Sie, meine Herren von den Regierungsparteien, wo unserer Meinung nach Schutz für die heimische Arbeit, Schutz für das Landvolk notwendig ist. Sie bezwecken mit Ihrer Politik gar nichts anderes als den Schutz der Großen, der Wohlhabenden, der Reichen, den Schutz der Kapitalisten. Wir sind mit dieser Arbeitsteilung einverstanden. Sie für die Großen und Reichen, wir für die Kleinen und Armen. Kommen Sie uns aber dann nicht und reden Sie nicht vom Klassenkampf! Den Klassenkampf haben Sie uns aufgezwungen. Wundern Sie sich also nicht,

daß wir eine solche Politik bekämpfen, daß wir die Maßnahmen, die Sie sich als Maßnahmen zum Schutze der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Bevölkerung vorstellen, bekämpfen, wundern Sie sich daher nicht, wenn wir Sozialdemokraten gegen jene Zollerhöhungen stimmen, die Sie da unter dem Schlagwort Schutz der heimischen Arbeit und Schutz der Landwirtschaft durchsetzen wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Bundesminister für Handel und Verkehr Dr. **Schlurff:** Hohes Haus! Die zur Beratung stehende Zolltarifnovelle, die dritte zu dem Zolltarifgesetz vom Jahre 1924, liegt dem hohen Hause seit Mai dieses Jahres vor. Man kann mit Rücksicht auf die vielen Sitzungen, in denen die Zolltarifnovelle behandelt wurde, mit Recht sagen, daß sie eine sehr lange und gründliche Durchberatung erfahren hat. Die Behauptung, daß hier mit unanständiger Eile, wie einmal ein Redner gemeint hat, vorgegangen wurde, ist daher völlig ungerechtfertigt.

Ich möchte mir gestatten, jenen Ausführungen, die bereits von Seiten der Regierung an das Zustandekommen dieses Gesetzeswerkes geknüpft worden sind, noch einige allgemeine Bemerkungen hinzuzufügen. Unser autonomer Zolltarif ist am 1. Jänner 1925 in Kraft getreten. Die Zölle dieses Tarifs sind im großen und ganzen ungefähr in der Höhe des Zolltarifs der Monarchie festgesetzt worden. Seine Ausarbeitung unterlag den Gedankengängen und Erfahrungen der unmittelbar vorhergehenden Zeit. Die Drosselung des Verkehrs in dieser Zeit durch die Einfuhrverbote, der schwere Druck dieses Systems ließen erwarten, daß allgemein ein freier Zug in die Wirtschaft der für unseren Austauschverkehr besonders maßgebenden Staaten eintreten würde. Wie in diesem hohen Hause oft erwähnt wurde, war unser Zollbareme von dieser Erwartung getragen und daher ein liberales. Es hat natürlich auch damals nicht an Stimmen gefehlt — sie waren allerdings nur vereinzelt — die den neuen Tarif als einen schutzzöllnerischen ansahen, weil unsere Zölle, die vor der Aktivierung des neuen Tarifs weit überwiegend auf der Basis des alten Tarifs für die Monarchie mit dem 10.000fachen Betrage eingehoben worden waren, dort, wo sie ungeändert in den neuen Tarif übernommen wurden, nunmehr mit dem vollen Goldwerte, also mit einem erhöhten Betrag erhoben wurden, aber diese Auffassung war nicht zutreffend, denn es kann natürlich nur auf die absolute Höhe der Zölle ankommen, nicht auf das Zufallsmoment, ob ein Zoll aus anderen Gründen in seinem vollen oder geminderten Betrag eingehoben wurde. Die damalige Situation war also die, daß Österreich in erster Linie als ein Exportland für Fertigprodukte angesehen wurde, woraus sich ergab, daß diese Finalprodukte durch die Zölle der Vorprodukte nicht zu sehr belastet

werden durften, die Finalprodukte wieder, weil sie exportiert wurden, im allgemeinen eines erhöhten Schutzes nicht bedurften.

Der Widerhall, den diese Äußerung unserer handelspolitischen Absichten hervorrief, war nicht gerade ermutigend. Die Zölle der fremden Tarife blieben hoch oder wurden erhöht. Das wäre noch nicht von solcher Bedeutung gewesen. Maßgebend war es, wie unsere Vertragspartner in den Verträgen reagierten und hier erreichten wir Ermäßigungen, die eine Belebung unseres Auslandsverkehrs doch nur in engen Grenzen herbeiführten. Die Situation, die sich damit ergab, war folgende: Ein gering geschützter Inlandmarkt und erhöhte Zollschranken für unseren Export im Ausland. Diese Situation war unhaltbar.

Wie ich schon wiederholt bemerkt habe, ist unser oberstes Ziel, unsere Produktion möglichst zu entwickeln, Arbeitsgelegenheiten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen. Wie wir unsere Produktion vermehren oder sie — bei unseren damaligen Verhältnissen besser gesagt — auf dem unserer erwerbstätigen Bevölkerung entsprechenden Stand erhalten; ob wir dies durch Ausdehnung unserer Erzeugung in bestehenden Produktionsstätten oder Branchen oder durch Aufnahme neuer Produktionen erreichen, ist eine Frage zweiten Ranges; ich persönlich glaube, daß das erstere, weil billiger, rationeller wäre; aber das Wesentliche ist, ob man in der Lage ist, die Vermehrung der Produktion im ersten Sinne auch durchzuführen. Wir haben aus der Erfahrung — wie vorerwähnt — gesehen, daß wir nicht in der Lage waren, unserer Produktion einen wesentlich gesteigerten Absatz im Auslande zu verschaffen.

Eine isolierte Zollpolitik zu betreiben ist schwierig, sehr schwierig für einen kleinen Staat, kaum möglich für einen Staat, der aus einem größeren Wirtschaftsgebiet herausgerissen ist. Das letztere Moment ist von Wichtigkeit deshalb, weil hier alte, lebhaft zusammenhänge hinüber und herüber bestehen. Wird das „hinüber“ abgeschnitten oder sehr erschwert — die staatliche Trennung schafft ohnedies schon starke Hemmnisse —, so kann das „herüber“ auch nicht noch erleichtert werden, sonst ist das Geschäft denn doch ein zu schlechtes. Ich weiß sehr wohl, daß sich die Bilanz nicht gerade in jeder Relation ausgleichen muß, daß wir nach einer Richtung passiv, nach einer anderen Richtung wieder aktiv sind; aber auch ein Passivum mit dem einen oder anderen Staat hat seine Grenzen und keinesfalls wäre es der Zweck einer Vereinbarung über den gegenseitigen Güteraustausch, daß sich ein Passivum zu unseren Ungunsten noch verschlechtert. In so einer Situation ist es für eine Regierung und für den Handelsminister schwer, auf die Klagen der Interessenten zu sagen: wir halten an unseren niedrigen Zöllen fest; wir müssen eben länger warten; die Idee des

Freihandels wird sich schon durchbringen; gut Ding braucht Weile. Wir wollen vor allem leben, und zwar jetzt leben, und müssen sehen, daß wir unsere Produktion zumindest in ihrem jetzigen Umfange im Gang erhalten. Können wir dies nicht erreichen, müssen wir uns nach anderen Produktionsgelegenheiten umschauen, die in einem besseren Schutz für bestehende Produktionen bestehen können oder in einem Schutz für eine neue Produktion. Diese Erwägungen liegen den beiden früheren Novellen zugrunde und auch der jetzigen. Der Grundgedanke unserer liberalen Handelspolitik ändert sich durchaus nicht; ich stehe auf dem Standpunkt, daß es im wohlverstandenen Interesse aller Staaten liegt, den gegenseitigen Warenaustausch zu fördern, wir können uns aber diesen wünschenswerten Zustand nur insoweit in dem Tempo nähern, als die anderen Staaten sich von denselben Gedanken leiten lassen und diese Gedanken in die Tat umsetzen.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte über die Agrarzölle sprechen, die direkt nicht mein Ressort betreffen, an deren Gestaltung das von mir geleitete Handelsministerium aber indirekt doch, und zwar sehr interessiert ist. Die Wirtschaft ist eine Einheit; es ist nicht denkbar, daß ein Teil auf die Dauer in einer schweren Krise gelassen wird, daß er in der Gefahr steht, zu verkümmern. An dem Gedeihen der Landwirtschaft, einer so großen Produktion im Staate, sind alle, insbesondere auch Industrien, Gewerbe und Handel interessiert. Unsere Landwirtschaft muß den von ihr benötigten Schutz zur Aufrechterhaltung und Entfaltung ihrer Betriebe erhalten.

Endlich noch eine Bemerkung über die im Laufe dieser Debatte erwähnte Generalrevision. Unser Tarif hat im vorliegenden Falle, wenn das Haus die Gesetzesvorlage annimmt, die dritte Novellierung erfahren. Es ist klar, daß Novellierungen und insbesondere, wenn sie einen gewissen Umfang überschreiten, zu offenen oder latenten Unstimmigkeiten im Tarif führen können. Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint eine allgemeine Revision des Tarifs geboten, die sich dabei auf eine Überprüfung der Zollsätze erstrecken wird müssen. Die Dringlichkeit dieser Reform ist eine Frage, die erst nach einer Überprüfung der Materie beantwortet werden kann.

Endlich noch einige ganz kurze Bemerkungen zu Äußerungen, die in der vorangegangenen Debatte gefallen sind. Hohes Haus! Soweit persönliche Angriffe in Betracht kommen, will ich auf sie nicht reagieren, einerseits deswegen, weil die sehr geehrte Frau Vorrednerin, die Frau Abg. Freundlich, diese persönlichen Angriffe gelegentlich ihrer wiederholten Reden über diesen Gegenstand gegen mich unternehmen hat und sie daher als der ständige Refrain eines alten politischen Liedes aufzufassen sind, und weil ich mich andererseits nicht der Gefahr aussetzen will, einer persönlichen Unan-

ständigkeit gegen eine Dame geziehen zu werden. Zu der zweiten Behauptung der Frau Abg. Freundlich jedoch, daß sich das Handelsministerium und seine Referenten um die Ausarbeitung dieser Gesetzesnovelle sehr wenig gekümmert haben, kann ich nur das eine sagen: Diese dritte Novelle zum Zolltarif ist nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen, die nicht nur innerhalb des Ministeriums stattfanden, sondern die auch mit Vertretern der Handelskammern, der Arbeiterkammern und den industriellen und kaufmännischen Spitzenorganisationen gepflogen wurden. Der Entwurf, den das Handelsministerium dem hohen Hause und damit auch dem Zollausschusse vorgelegt hat, war sicherlich ein solcher, daß er als brauchbares Beratungselaborat bezeichnet werden konnte, wie er ja schließlich auch zu dem Ergebnis des heute vorliegenden Berichtes an das hohe Haus geführt hat. Die Vorarbeiten wurden nach den Grundsätzen strengster Sachlichkeit geführt. Die Novelle wird daher sicherlich in Auswirkung der darin beantragten Zollerhöhungen zur Festigung der österreichischen Wirtschaft beitragen.

Ich bitte das hohe Haus, die ihm zur Erledigung vorliegende Zolltarisnovelle vom Standpunkte der Förderung der österreichischen industriellen und gewerblichen Produktion anzunehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Gritschacher: Hohes Haus! Wenn ich heute Gelegenheit nehme, hier zur Zollvorlage zu sprechen, so tue ich es deshalb, um unseren Standpunkt zu dieser Novelle darzulegen. Es haben ja schon verschiedene Redner die Lichtseiten dieser neuen Zolltarisnovelle aufgezeigt, andere haben sie vom gerade entgegengesetzten Standpunkte aus beleuchtet. Meine Aufgabe wird es sein, darzulegen, wie wir uns die Behandlung dieser Angelegenheit vorstellen. Die bisherigen Zollsätze haben gewiß in sehr vielen Fällen in keinem Maße den wirklichen Bedürfnissen entsprochen, ganz gewiß nicht bei den landwirtschaftlichen Artikeln, insbesondere bei Vieh und Getreide. Das muß absolut festgehalten werden. Ich werde im Verlaufe meiner Rede darauf noch zurückkommen und Vergleiche bringen, wie die Zollsätze in Österreich waren und wie sie in dem uns umgebenden Auslande erstellt sind. Durch diese ungeheuer niedrigen Zollsätze war die österreichische Landwirtschaft direkt ausgeliefert und in den letzten Jahren gezwungen, tatsächlich an der Substanz zu zehren und sich von dem zu erhalten, was im Besitze vorhanden war, aber nicht durch die Einnahmen, die ihre Produkte hätten ermöglichen sollen. Was erwarten wir uns nun von der neuen Zolltarisnovelle? Sind wir wirklich der Ansicht, wie es heute des öfteren ausgesprochen wurde, daß

wir uns eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sowohl der Verhältnisse in der Landwirtschaft als auch im Gewerbe, in der Industrie und bezüglich der Arbeiterschaft rein nur durch die Erhöhung der Zollsätze erwarten? Ganz gewiß nicht. Wenn uns das vorgehalten wird, so ist es eine Unwahrheit, denn es wurde soundso oft schon erklärt, daß die Erhöhung der Zölle, die in einem verhältnismäßig geringen Ausmaße stattfinden wird, nur dazu dienen sollte, der Landwirtschaft einigermaßen Schutz zu bieten, damit sie auf diesem Sprungbrette in der Wirtschaft weiterarbeiten können. Wir sind überzeugt davon, daß uns der Zoll allein nicht retten kann und nicht retten wird, daß dazu selbstverständlich unermüdliche und strebsame Arbeit treten muß. Wir erwarten also von der neuen Zolltarifnovelle in erster Linie den Schutz der heimischen Erzeugung, der heimischen Arbeit und auch des heimischen Arbeiters. *(Sehr richtig! — Schiegl: Das haben wir eben vom Herrn Abg. Schneeberger gehört!)* Ich werde noch darauf zurückkommen und die Sache erklären, wie wir sie uns vorstellen. Es gibt verschiedene Meinungen: Wir haben Gelegenheit gehabt, die Meinungen der linken Seite zu hören, welche die ganze Sachlage in einem ungemein schlechten Lichte darstellt, während wir in ganz sachlichen Auseinandersetzungen nachweisen werden, daß dies nicht der Fall ist. Es ist erwiesen, daß es gerade der Landwirtschaft in den letzten Jahren in vielen Fällen nicht einmal möglich war, ihre Gesteungskosten zu decken. Der Beweis dafür ist, daß gerade in den letzten Jahren eine ganz bedeutende Verschuldung des Bauernstandes wieder um sich gegriffen hat. Es ist wohl dem Bauernstande gelungen, sich während der Kriegsjahre zu entschulden, aber das Problem der Entschuldung des Bauernstandes — und wie es zu lösen wäre, darüber haben sich früher viele Wissenschaftler den Kopf zerbrochen — und da es nun gelöst schien, wäre es bald wieder erledigt, wenn der Landwirtschaft nicht Schutz und Hilfe geboten wird, und es würden in der allernächsten Zeit wieder die alten Verhältnisse eintreten.

Gewiß haben sich in bezug auf die Zolltarifnovelle verschiedene Gegensätze geltend gemacht, verschiedene Meinungen sind aufgetaucht. Hinsichtlich der verschiedenen Einwendungen, welche in sachlicher Form vorgebracht wurden, muß ich aber betonen, daß sie im Zollausschuß nicht etwa als Lappalie behandelt wurden, sondern daß auf die verschiedenen Einwürfe eingegangen und auch darüber beraten wurde. Nur müssen wir es natürlich absolut ablehnen, daß diese Auseinandersetzungen etwa vom Standpunkt einer Richtuempolitik betrachtet werden, indem nur ein Stand herausgegriffen wird, dem dabei genützt oder der dabei geschädigt werden soll. Auch in diesem Belange muß für uns der Grund-

satz maßgebend sein: Einer für alle und alle für einen.

Ein Blick in die Einfuhrziffern des Vorjahres zeigt uns, daß die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte allein die ungeheure Summe von mehr als 600 Milliarden erreicht hat. Wenn wir diese ungeheure Post betrachten, so ist es nach meiner Meinung wirklich Pflicht jedes einzelnen, darauf hinzuwirken, daß für die Zukunft diese Einfuhrpost nach Möglichkeit herabgedrückt wird. Es ist ja ein großer Schaden, den diese ungeheure Einfuhrpost unserer Handelsbilanz zufügt. Es wäre aber ganz falsch, wie ich bereits eingangs erwähnt habe, zu glauben, daß der einzige Schutz und die einzige Rettung der verschiedenen Stände in der Zollerhöhung zu finden ist. Wir müssen vielmehr darauf hinarbeiten und alle unsere Bestrebungen darauf richten, in erster Linie die Produktion in unserem Lande und insbesondere jene der Landwirtschaft zu steigern. Wenn dem Landwirt durch eine Zollerhöhung wenigstens ein Existenzminimum zu winken scheint, so wird jedenfalls auch der Ansporn für ihn gegeben sein, seinen Betrieb nach Möglichkeit zu intensivieren und auszugestalten. Wenn schon vor Jahrtausenden die Römer in den höchsten Gebirgsregionen der hohen Tauern nach Gold suchten, so behaupte ich: Wenn wir heute nach Gold suchen wollen, so müssen wir dies hinter Pflug und Acker tun, so müssen wir dies tun durch Belebung unserer wirtschaftlichen Institutionen, durch Belebung der Industrie und des Gewerbes. Gelingt uns dies, so werden wir das aus dem Boden schöpfen können, was noch darin schlummert und zur allgemeinen Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen kann. Unermüdliche, emsige, fleißige Arbeit schafft die Werte, die mit Gold nicht aufgewogen werden können. Diese Steigerung der Produktion auf allen Gebieten bringt neues Leben in unsere ganze Wirtschaft, schafft eine Fülle von Arbeit und bietet vielen hundertsten und tausenden Arbeitern, die heute arbeitslos sind, die Möglichkeit, sich Arbeit zu verschaffen.

Ich möchte da nur einige Ziffern herausheben und auf einzelne Zweige hinweisen, deren Existenz durch den ungenügenden Zollschutz der vergangenen Zeit direkt untergraben wurde. Wenn Industrie und Gewerbe in ihrem Bestande ernstlich gefährdet sind, wenn Industrien gezwungen sind, ihre Betriebe zu schließen, dann dürfen diese Fragen nicht einseitig behandelt werden, sondern müssen auch als für den Arbeiterstand eminent wichtig anerkannt werden. Ich will nur einige Ziffern herausgreifen, die mir zur Verfügung stehen. Die Mehleinfuhr hat im Jahre 1925 1.260.000 Meterzentner betragen, die vom Jahre 1926 1.660.000 Meterzentner, somit hat in diesem Jahre allein die Mehleinfuhr nach Österreich um 400.000 Meterzentner zugenommen. Ich glaube, das ist doch eine Post, über die gesprochen und die

untersucht werden muß. Und wenn wir dann bedenken, daß um diese 400.000 Meterzentner weniger Getreide in einem Jahr vermahlen wurde, dann wird jedenfalls jedermann einsehen, daß darunter insbesondere auch die in diesen Betrieben beschäftigte Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen wird und darunter zu leiden hat. Das Gegenteil finden wir wieder bei der Einfuhr von Getreide. Im Jahre 1925 hatten wir eine Einfuhr von 2.980.000 Meterzentner, im Jahre 1926 nur eine solche von 2.490.000 Meterzentner. Da finden wir nun wieder einen Abgang, der auf der anderen Seite bei der Mehleinfuhr aufscheint, von über 500.000 Meterzentner, woraus sich wohl ganz gewiß ergibt, daß auch unter diesen Verhältnissen die Arbeiterschaft sehr zu leiden hat. Und wenn es nun gelingt, bei den Verhandlungen, die ja mit dem Ausland noch werden stattfinden müssen, zu einem günstigen Ergebnis zu kommen — und ich glaube, daß sie günstig verlaufen werden, ich befinde mich da allerdings im Gegensatz zu der Meinung mancher meiner Vorredner —, dann, meine ich, ist das wirklich eine Tat von sozialer Bedeutung, die auch den Arbeitern hilft.

Es wurde von der Frau Abg. Freundlich darauf verwiesen, daß dieser Mehlsoll allein den Arbeiter mit ungefähr 3 g täglich belasten würde. Ich möchte dazu folgendes sagen: Wenn es uns gelingt, und ich bin überzeugt, es wird uns gelingen, daß wir den Arbeitslosenstand von ungefähr 140.000, sagen wir, auf die Hälfte des Standes durch Intensivierung der Betriebe und durch die verschiedenen Maßnahmen herabmindern können, dann wird dieser Zuschuß, den der Arbeiter beim Mehl zu leisten hätte, in vielfacher Form wettgemacht. Das würde dann ungefähr das eine Ergebnis haben, daß sich der Arbeiter an Zahlungen für die Arbeitslosenversicherung täglich an 30 g ersparen würde, und das ist eine Post, die jedenfalls für den Arbeiter auch in die Waagschale fällt. Selbstverständlich bleibt dabei die Arbeitslosenversicherung aufrechterhalten.

Es wurde auch so oft aufgezeigt, welchen unendlichen Schaden all das bringen wird, was für eine Belastung für die Arbeiterschaft diese Zollerhöhungen bedeuten würden. Ich möchte gerade ein Beispiel anführen, wo in ähnlichem Sinne wie heute gegen eine Erhöhung des Zuckerzollens gewettert wurde. Was ist in Wirklichkeit zu verzeichnen? Wir sind in der angenehmen Lage, erklären zu können, und wir wissen es ja alle selbst, daß nach Einführung dieses Zuckerzollens, der wirklich nur der einheimischen Landwirtschaft zum Schutze gereicht hat, der Zuckerpreis sich bedeutend ermäßigt hat.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf etwas anspielen. Es wurde von der Frau Abg. Freundlich gesagt, daß sich die Preise der Genußmittel in der

Höhe des 25.000fachen der Vorkriegspreise bewegen. Da muß ich schon das eine sagen. Diese Zusammenstellung ist mir unerklärlich, das habe ich nirgends gefunden. Ich kann darauf hinweisen, daß einige Konsumwaren kaum valorisiert, andere noch tief untervalorisiert sind. Ich ziehe da zum Beispiel Vergleiche: Fett kostete im Frieden das Kilogramm 2 K, heute 3 S; Mehl kostete im Frieden 40 h, heute kostet es 75 g; Fleisch kostete im Frieden 2 K, heute kostet es 3 S; Zucker kostete im Frieden 1 K, jetzt kostet er 1 S, also eine Untervalorisierung; Salz kostete im Frieden 24 h, heute kostet es 60 g. Warum führe ich Salz an? Deshalb, weil wir doch alle wissen, daß die Salzbergwerke passive Betriebe sind, mit denen der Staat kein Geschäft macht und die nur deshalb aufrechterhalten werden, um der dortigen Angestellten- und Arbeiterschaft auch weiterhin Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Im übrigen können wir nicht behaupten, daß bei den Lebensmitteln irgendwelche Übervalorisationen vorkommen, mit Ausnahme einiger Artikel, die weniger in die Waagschale fallen. Nun, hinweisen möchte ich auch auf eines: Ich wollte diese Ziffern nicht bringen, da schon soviel darüber gesprochen und geschrieben wurde und ich überzeugt bin, daß sie auch den Herren Abgeordneten von der Linken hinreichend bekannt sind, aber nachdem heute ein Vergleich gezogen und beispielsweise auf Dänemark hingewiesen wurde, wo auf den Kopf der Bevölkerung ein Zoll von 13,2 Prozent entfällt, in Österreich aber von 19,2 Prozent — so wenigstens habe ich es verstanden — (Frau Freundlich: Aber niemals pro Kopf!) Sondern? Frau Freundlich: Die durchschnittliche Zollhöhe!) Das ist ziemlich nebensächlich, das ist nur ein Vergleich! . . . so muß ich wohl sagen, daß es nicht angeht, diese Dinge nach einer Schablone zu behandeln, um einen Durchschnitt auszurechnen. Ich will dabei die Zölle anführen, die uns heute beschäftigen, nämlich die Zölle auf Mehl und Fleisch. Da sind die Ziffern für das Ausland wirklich ganz andere. In Deutschland beträgt der Zoll auf Weizen 8,85 Goldkronen, in der Tschechoslowakei 8,40, in Italien 7,12, in der Schweiz 0,57 und in Österreich 2, nämlich der autonome Zolltarif. Bei Mehl beträgt der Zoll in Deutschland 28,13 Goldkronen, in der Tschechoslowakei 13,80, in Italien 10,92, in der Schweiz 4,27, und in Österreich der autonome Zolltarif 7 und wir wissen ja, daß der vertragliche Zoll noch weit, weit darunter ist. Ich glaube, auf den Viehzoll gar nicht eingehen zu müssen, er bewegt sich in den gleichen Grenzen. Aus diesen Ziffern wird wohl ganz genau ersichtlich sein, daß Österreich in dieser Beziehung der Landwirtschaft gegenüber dem Ausland gar keinen Schutz gewährt hat, aber schon gar keinen, und wenn wir noch weitere Schlüsse ziehen, müssen wir das eine sagen: wenn dieser Zoll eine derartige Überlastung für die Konsumenten darstellt, wenn diese Behauptung richtig

wäre, dann müßten natürlich alle Länder mit viel höherem Zoll zugrunde gegangen sein.

Wenn ich von der Hebung der Produktion spreche, so meine ich damit die Notwendigkeit, alles daranzusetzen, um unsere Jungmannschaft, unsere Arbeiterschaft, sowohl in der Landwirtschaft als auch in Gewerbe und Industrie, in einem Maße theoretisch auszubilden, daß sie dann praktisch an diesen großen Problemen, die doch unser Wirtschaftsleben so innig berühren, mitarbeiten kann, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir bei all diesen Bestrebungen kräftigst mitarbeiten werden.

Ich will nun im Hinblick auf die Neuerungen im Zolltarif einmal auf die Verhältnisse von Oberkärnten, die mir ja am besten bekannt sind, zu sprechen kommen. Es wurde früher erwähnt, daß durch diesen neuen Zoll ungefähr drei Viertel der Landwirtschaft überhaupt verraten erscheinen — so ähnlich wurde es ausgedrückt. Ich möchte daher einige Ziffern und Berechnungen darüber bringen, wie sich diese Zollerhöhung auch für die kleinen und mittleren Besitzer insbesondere in den hohen und höchsten Gebirgsgegenden auswirken wird. Wir wissen, daß die Besitzer in den Gebirgsgegenden nur auf die Viehzucht angewiesen sind; wir wissen, daß ihre einzige Einnahmsquelle darin besteht, daß sie einmal im Jahr — nehmen wir die kleineren Besitzer — zwei Stück Vieh absetzen können. Wenn es uns nun darum zu tun ist, gerade diesen Kleinen eine Hilfe angedeihen zu lassen, was natürlicherweise von der Gegenseite früher bestritten wurde, so möchte ich sagen, ist es unsere Pflicht, jene gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, durch die diese Leute, die sich so hart unter den allerschwierigsten Verhältnissen durch Fleiß, Mühe und Anspruchslosigkeit — insbesondere durch die Anspruchslosigkeit, die sie in bezug auf ihre Person an den Tag legen — und aus Liebe zur Heimat fortbringen, einen entsprechenden Schutz durch die Zölle erhalten.

Wie groß ist denn nun die wirkliche Einnahme eines solchen mittleren Gebirgsbauern? Nehmen wir an, dieser mittlere Gebirgsbauer hat zwei Stück Vieh im Jahre abzusetzen und berechnen wir die mit ungefähr 1000 Kilogramm Lebendgewicht, so wird das für ihn eine Einnahme von ungefähr 15.000.000 K. bedeuten, ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von ungefähr 3.000.000 K. Das wird es für ihn bedeuten. Wir müssen aber auch feststellen, daß das eben das einzige ist, was ihm als Einnahme zur Verfügung steht. Denn wir können nicht darauf hinweisen, daß ihm neben dieser Einnahmsquelle noch verschiedene andere zur Verfügung stehen. Die Holzbestände, die es gegeben hat und die Eigentum der Bauern waren, sind ja zum Großteil bereits erledigt, und sehr viele Bauern haben ja überhaupt keine Holzbestände, sondern nur Servitutsbezüge für Nutzholz aus den herrschaftlichen und ärarischen

Waldungen. So bleiben eben diesen Bauern im Gebirge nur diese 15 Millionen als Einnahme, um ihren wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. (*Müller: Das ist aber Zuchtvieh!*) Es ist ganz gleichgültig, ob das Zuchtvieh oder Schlachtvieh ist, auf jeden Fall ist es nicht Weinvieh, wie es früher behauptet wurde. Selbstverständlich ist es Zuchtvieh, das sich dieser Bauer in den Gebirgsgegenden heranzüchtet, er ist aber gezwungen, dieses Zuchtvieh wieder demjenigen Bauern weiterzuverkaufen, welchem infolge seiner territorialen Lage die Möglichkeit geboten ist, sein Vieh weiterzumästen und auszumästen. Dieser Bauer wird dann das ausgemästete Vieh auf den Markt bringen und wird das Jungvieh von dem Gebirgsbauern kaufen. So ist die natürliche Entwicklung der Dinge schon seit Jahrzehnten bei uns in unserem Lande und überhaupt in den Alpenländern. Betrachten wir nun einmal, was dieser Gebirgsbauer mit diesen 15 Millionen alles machen muß. Er muß sich und seine Familie, die ja gewöhnlich viele Köpfe zählt, bekleden, muß, was er an Zucker, Kaffee, Salz braucht, dazukaufen, muß seine Dienstboten bezahlen, seine Steuern davon entrichten, er muß auch noch für die verschiedenen anderen landwirtschaftlichen Bedürfnisse aufkommen, seine Maschinen damit beschaffen, Reparaturen zahlen, die verschiedenen Handwerker begleichen, und ich glaube, die verehrten Vertreter der Städte werden mir zustimmen müssen, daß es ganz gewiß ein Kunststück ist, für eine Wirtschaft mit diesem geringen Betrage das Auslangen zu finden. Ich betone nochmals, es ist das nur auf die Anspruchslosigkeit dieser Leute in den hohen Gebirgsgegenden zurückzuführen. Und gerade für einen solchen Gebirgsbauern spielt es schon eine große Rolle, ob seine Einnahmen nun um 20 oder 30 Prozent gesteigert werden. (*Schiegl: Es ist doch eine Absatzkrise, der Zoll nützt doch nichts!*) Weil mir gerade der Einwurf der Absatzkrise gemacht wird, möchte ich doch sagen, wodurch eigentlich diese Absatzkrise entsteht. Wir brauchen uns ja nur die statistischen Tabellen von der Einfuhr auf dem Wiener Markt durchzusehen. Der weitaus größte Teil des Wiener Marktbedarfes wird rein vom Auslande gedeckt. Es ist klar, daß das selbstverständlich die schlechtesten Rückwirkungen gerade auf unsere Landwirtschaft haben mußte und eben dadurch vielfach eine Absatzstörung eintrat. So hängen die Fäden zusammen. Gerade deshalb arbeiten wir darauf hin, daß wenigstens in dieser Form eine kleine Drosselung möglich ist, um uns den Absatz zu sichern und damit auch unsere Existenz zu retten. So schaut die Sache in Wirklichkeit aus.

Wir erwarten nun, daß sich diese neue Zollnovelle günstig auf alle Produktionszweige auswirken wird. Wir erhoffen uns nicht nur eine Besserung für die Landwirtschaft, wir sind davon voll überzeugt, daß

sie neues Leben und neue Arbeitsmöglichkeiten in die verschiedenen Berufsstände und Berufsgruppen bringen und auf diese Weise zu Ruß und Frommen aller sich gestalten wird. Das walte Gott! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)

Müller: Hohes Haus! Es ist im Laufe der heutigen Debatte insbesondere vom Herrn Abg. Födermayr und zuletzt vom Herrn Abg. Jarboch der Meinung Ausdruck gegeben worden, als ob der Kampf, den wir da gegen diese Gesetzesvorlage seit acht Monaten im Ausschuß und Unterausschuß führten, unsererseits ein unernster Kampf gewesen wäre, als ob unsere Bemühungen, mit überzeugenden Argumenten, mit Verweisen darzutun, daß die Ziele, die sich die Mehrheitsparteien und die Regierung als Endergebnis dieser Gesetzesvorlage da vorsetzen, nicht erreicht werden, daß diese unsere Argumentationen quasi ein Politikum wären, daß wir aus anderen, aus politischen Ursachen die Gesetzgebung dieser Vorlage verzögert hätten. Der Herr Abg. Jarboch hat ja überhaupt gemeint, daß wir da allzuviel und zu viel unnützes geredet haben. Hohes Haus! Wenn man weiß, wie in der ganzen Welt der Kampf um die Frage: Zoll oder Freihandel geführt wird, wenn man insbesondere die tagelangen Kämpfe verfolgt hat, die gerade in dieser wichtigen wirtschaftlichen Frage auf der Weltwirtschaftskonferenz geführt worden sind, und wenn man vor wenigen Minuten hier den Handelsminister Dr. Schürff gehört hat, als er meinte, daß die Regierung, bevor sie dem Hause die Vorlage unterbreitet hat, in schwierigen und langwierigen Verhandlungen mit den Interessenten sich bemüht hat, eine brauchbare Beratungsgrundlage zu schaffen, dann muß man schon sagen, daß der Widerspruch zwischen den Behauptungen der Herren Födermayr und Jarboch und den wirklichen Tatsachen ein allzu großer ist. Der achtmonatige Kampf, den wir geführt haben, war unvermeidlich, und wenn Sie uns immer wieder ankündigen, daß diese Vorlage und der ganze Kampf um sie nur eine Etappe für weitere Zollerhöhungen ist, dann, meine Herren von den Mehrheitsparteien, müssen Sie sich schon darauf gefaßt machen, daß noch schwierige und vielleicht noch länger dauernde Kämpfe in diesen wichtigen Fragen entbrennen werden. Denn so ist es nicht, wie die Herren der Mehrheit der Welt immer wieder vorerzählen, als ob eine einheitliche, übereinstimmende Meinung in allen Kreisen der Produktion, des Handels und Gewerbes, der Arbeitnehmer usw. bestünde. Im Gegenteil, nicht nur die Arbeitnehmer, sondern ganze große Kreise der Produktion, denen immer wieder erzählt wird, daß sie an den Zöllen interessiert seien, sind der gegenteiligen Auffassung. Nicht nur bei uns im kleinen Österreich, sondern in anderen

großen Staaten Europas und der Welt überhaupt bestehen diese Meinungsverschiedenheiten. Es ist daher selbstverständlich, daß wir, die wir die Überzeugung haben, daß diese Gesetzesvorlage für die ganze Volkswirtschaft unseres Landes sowohl wie für einen großen Teil der Produktion selbst nicht Vorteile, sondern schwere Nachteile bringt, uns bemühen — und wenn es auch acht Monate gedauert hat —, in den zuständigen Ausschüssen mit den demokratischen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, mit Argumenten und überzeugenden Darlegungen die Herren der Mehrheit doch zu einem andern Standpunkt zu bringen. Wenn daher von einem Unernst der bisherigen Verhandlungen über diese Gesetzesvorlage gesprochen wird, dann muß ich ebenso wie es die Kollegen meiner Partei, die vor mir gesprochen haben, es hier nachgewiesen haben, erklären, daß wir, die wir in diesen acht Monaten im Zollausschuß und im Unterausschuß des Zollausschusses Gelegenheit hatten, bei allen diesen Verhandlungen die Vorgänge persönlich mitzuerleben, sehen konnten, daß diese wichtigen wirtschaftlichen Fragen von der Regierung und von den Mehrheitsparteien durchaus nicht so ernst behandelt worden sind, wie man es mit Recht fordern kann. Der Unernst der Behandlung ist vor allem darin gelegen, daß ganz im Gegensatz zur Behauptung des Handelsministers die Regierung nicht eine beratungs- und gebrauchsfähige Vorlage unterbreitet hat; es war im Gegenteil eines der unvollendetsten Werke, die bisher in irgendeiner Frage dem hohen Hause vorgelegt worden sind. Wer miterlebt hat, wie Tag für Tag die verschiedensten Produzentengruppen sich aus den Mehrheitsparteien bald den einen bald den anderen Herrn herausgesucht haben und diese Abgeordneten der Mehrheitsparteien sich alle Augenblick einfach zum Wurstel der verschiedenen Interessenten gemacht haben, wie alle Augenblick versucht wurde, die von den Mehrheitsparteien bereits weit über das Maß der Regierungsvorlage hinausgehenden geänderten Vorlagen wiederum zu modeln, der muß schon sagen, daß da die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten wirklich nicht gemacht worden sind, daß also da die Regierung und besonders der für diese Vorlage verantwortliche Minister vorher schon sehr, sehr viel zu bereinigen unterlassen hat, denn sonst wäre eine solche Jagd mit Wünschen und Forderungen, zu der es im Zollausschuß kam und bei der sich die Herren der Mehrheit verschiedentlich zu besonderen Exponenten dieser Wünsche gemacht haben, nicht möglich gewesen.

Ich will aus vielen Erlebnissen einen Fall herausgreifen, der besonders kraß die Tatsache beweist, wie unernst die Vorgänge da waren. Eine Industrie, die hart um ihre Existenz ringt, ist die Harzindustrie. Es handelt sich dabei um kleine Bauern, arme Menschen, die unter einer ganz besonders

schwierigen Arbeitsleistung im Jahre etwa 2000 S, 20 Millionen Kronen, ins Verdienen bringen können. Diese Menschen haben für den Schutz ihrer Arbeit, für den Schutz ihrer Produktion einen Zoll verlangt, der ihnen eine kleine Erhöhung ihres Verdienstes, und zwar, wenn man den Arbeitsverdienst auf Stunden umrechnet, von gegenwärtig 70 g pro Stunde auf etwa 90 g, also um etwa 20 g pro Stunde mehr, gebracht hätte. Die Regierung und die Mehrheitsparteien hatten ursprünglich in ihrer Vorlage einen den Wünschen dieser Produzenten entsprechenden Zoll eingelegt. Wir werden bei der Beratung dieser Position in der Spezialdebatte noch Gelegenheit haben, darauf ausführlicher zurückzukommen. Als wir zur Beratung dieser Position im Unterausschuß kamen, bestand bezüglich der Höhe des Zolles eine völlige Übereinstimmung zwischen allen Parteien. Der Unterausschuß kann zwar nicht beschließen, es war jedoch bereits in einem schriftlichen Elaborat: „Verhandlungsergebnisse des Unterausschusses“ festgestellt, daß eine Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedern bezüglich dieser Zollposition besteht. Die Forderungen, die dieser übereinstimmenden Stellungnahme aller Parteien zugrunde lagen, waren nicht auf die Weise zustande gekommen, die sonst im Verlaufe der Ausschußberatungen manchmal sichtbar war, daß nämlich irgendeiner, der einen kleinen Betrieb mit sechs oder zehn Leuten führt, da gekommen ist und seine Wünsche geäußert hat, worauf sich einer der Herren sofort um sie annahm — die Herren von der großdeutschen Partei haben sich besonders auffällig bemüht, alle Sonderwünsche unterzubringen —, nein, so war es nicht, sondern es war so, daß die Pecher, die Harzproduzenten, nachdem sie vorher in vielen Versammlungen ihre Forderungen aufgestellt hatten, schließlich — sie sind in einer Genossenschaft zusammengeschlossen — in einer ordnungsmäßigen Generalversammlung einen einstimmigen Beschluß über ihre Forderungen herbeigeführt haben. Das hat sicherlich dazu beigetragen, daß auch alle Parteien dieses hohen Hauses im Zollausschuß der Forderung der Pecher zugestimmt haben. Ein paar Tage nach der einverständlichen Festsetzung des Zolles zum Schutze der Pecher teilten uns auf einmal die Herren von der christlichsozialen Partei mit: Ach, das können wir nicht aufrechterhalten, der Zoll muß herabgesetzt werden, denn die Herren von der Papierindustrie sind erbittert und erregt über diese Zölle, die Papierindustrie sei gefährdet! Und schon war die Mehrheit bereit, den Zoll wieder herabzusetzen. Wir sind den Dingen nachgegangen und haben festgestellt, daß da nicht die Harzproduzenten, nicht die geschlossene Einheit dieser schwerarbeitenden Pecher einer Herabsetzung ihrer ursprünglichen Forderungen zugestimmt haben, sondern ein paar Herren, ein paar Macher, die in der Genossenschaft Funktionäre sind, sind von

den Mitgliedern der christlichsozialen Partei überredet worden, sich mit der Papierindustrie zusammenzusetzen, und die Herren von der Papierindustrie haben diesen armen Teufeln mit dem wirtschaftlichen Terror gedroht, eine glatte Erpressung an ihnen begangen und darauf sind diese gar nicht berechtigten Vertreter der Pecher zusammengeknickt und haben der Papierindustrie einen Vertrag unterschrieben, wonach sie auf eine Reduzierung ihrer Forderungen eingehen. Und dann haben die Herren der Mehrheitsparteien, weil es sich da nur um kleine Pecher, um arme Menschen handelt, die 2000 S im Jahre ins Verdienen bringen können, diesem verringerten Zollsatz ihre Zustimmung gegeben, damit die Herren von der großen Papierindustrie nicht verärgert sind. Das ist so ein Kapitel. Wir werden bei der Spezialdebatte noch hören, in welcher leichtfertiger Weise die Berichtserstattung über diese Herabsetzung des Zolles, ihre Ursachen usw. im Zollausschuß erfolgt ist. Das ist ein Beispiel für den Unernst, mit dem die Verhandlungen geführt wurden.

Oder ein anderes Beispiel! Bei der Beratung der Harzzölle sprach auch ein Abgeordneter der großdeutschen Partei, der Herr Abg. Straßner. Am Schlusse seiner Ausführungen brachte er einen völlig neuen Antrag ein, der in seiner Auswirkung dazu geführt hätte, daß die Pecher überhaupt keinen Zollsatz mehr hätten. Wir haben erklärt, das sei eine neue Situation und die Mehrheitsparteien mußten sich bequemen, die Verhandlungen abzubreaken und sich klar darüber zu werden, wieso einer der Ihren auf einmal einen neuen Antrag einbringen kann, der eine völlig veränderte Situation in der Frage herbeiführt. Es hat sich nun herausgestellt, daß weder der Herr Generalberichterstatter als Vertreter der Regierungsparteien, noch irgendein Mitglied der Regierung oder ein Beamter des Ministeriums davon etwas gewußt hat; sondern während der Verhandlungen über die Harzzölle ist in der Mittagspause irgend jemand von der Papierindustrie zum Herrn Abg. Straßner gekommen und dieser hat sich mit dem Herrn Abg. Weidenhoffer ins Einvernehmen gesetzt. So sind im Zollausschuß vielfach Anträge gestellt worden, so ist dort vielfach verhandelt worden. Da kann man wahrhaftig nicht sagen, daß das ein ernster Vorgang ist, sondern das ist ein Vorgang, der uns das Recht gibt zu sagen, daß wir den Eindruck haben, daß bei der Beratung dieser Vorlage im Ausschusse sehr unernst vorgegangen ist. Es wird Ihnen nicht gelingen, dieses unverantwortliche Verhalten der Mehrheitsparteien in so wichtigen Lebensfragen, wie es die Zollfragen sind, einfach damit aus der Welt zu schaffen, daß Sie uns, weil wir uns fast acht Monate gegen diese schädlichen, verteuernenden und auch die Landwirtschaft zum großen Teil schwer schädigenden

Maßnahmen wehren, beschuldigen, daß wir innerst verhandelt hätten.

Der Kampf, denn wir im Ausschusse geführt haben, hat vor allem anderen einer prinzipiellen Frage gegolten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien haben immer wieder, auch bei der 1. Lesung dieser Vorlage, behauptet, die Zölle seien insbesondere für die Landwirtschaft Augenblicklich das einzige Mittel, um sie vor dem Untergang zu retten. Daß heute hier von den Herren einer nach dem anderen heraufsteigt und sagt, so ist das nicht, sondern wir meinen, es ist nur ein Mittel von vielen, das ist das Ergebnis unserer Erziehungsmethode, freilich kein praktisch brauchbares, aber doch ein Ergebnis unseres achtmonatigen Kampfes, daß Sie nun endlich begreifen und zugeben müssen, daß Ihre bisherigen Methoden der Begründung dieser Vorlage falsch waren, und daß wir völlig im Rechte sind, wenn wir immer wieder erklärt haben, es sei irreführend und gar nicht im Interesse der Landwirtschaft und auch nicht der übrigen Produzenten, zu sagen, der Zoll ist ein Allheilmittel, das einzige Mittel, um die notwendige Hilfe zu schaffen. Unser Kampf in diesen acht Monaten zeigte vor allem auf, daß diese Zolltarifnovelle das Gegenteil von dem bewirken wird, was hier behauptet wurde.

Auch die verminderte Behauptung, daß der Zolltarif nur eines der Mittel sei, um der Landwirtschaft aufzuhelfen, ist nicht richtig. Wir wehren uns deshalb acht Monate so hartnäckig gegen diese Behauptung, weil wir im Interesse der gesamten Volkswirtschaft nicht wollen, daß die Bevölkerung mit so irreführenden Methoden von der klaren Erkenntnis ihrer furchtbaren wirtschaftlichen Lage abgelenkt werde. Wir müssen den Mehrheitsparteien und der Regierung auch heute noch vorwerfen, daß sie nicht den Mut haben, besonders der Landwirtschaft, für deren Elend und deren Krise besondere Ursachen maßgebend sind, die notwendigen Mittel zur Besserung aufzuzeigen und ihr zu sagen, daß die vorgeschlagenen Zölle nicht allen Landwirten, sondern nur einem kleinen Teil der Landwirtschaft helfen können. Während dieser ganzen acht Monate haben die Herren von der Regierung und den Mehrheitsparteien nicht einmal versucht, den Gegenbeweis gegen unsere Behauptung und Feststellung anzutreten, daß diese Zollgesetzgebung nicht geeignet ist, der Landwirtschaft wirkliche Hilfe zu bringen. Sie haben nicht versucht, unsere Argumente zu widerlegen, daß nur ein ganz kleiner Teil der Landwirte einen wirklichen Vorteil von den Zöllen hat, die anderen aber nur vermeintliche und scheinbare Vorteile haben und der großen Masse sowie den Konsumenten überhaupt keine Vorteile, sondern nur Nachteile daraus entstehen. Das ist das Auffällige an dem ganzen Verhalten der Mehrheits-

parteien und das ist die ganze Schwäche der Begründung der Zollvorlage. Die Herren können unsere Argumente nicht entkräften, weil sie die harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens besonders unter den landwirtschaftlichen Produzenten-Gruppen nicht aus der Welt schaffen können. Darüber kommt man nicht mit schönen Redensarten oder der allgemeinen Floskel hinweg, daß der Landwirtschaft durch den Zoll geholfen werden kann. Das ist auch dem letzten Redner von den Mehrheitsparteien, dem Herrn Abg. Gritschacher, nicht gelungen. Im Gegenteil, auch er mußte verschweigen, daß die Vorteile, die die Viehzüchtenden kleineren und mittleren Bauern seines Heimatlandes Kärnten haben, daß die paar Millionen im Jahre, die sie aus der Erhöhung des Zolles auf Nutz- und Zuchtvieh gewinnen, reichlich aufgewogen werden durch die ungeheuren Nachteile, daß sie das Futtermehl, das Brotmehl und vieles andere durch die verteuernenden Wirkungen dieses Gesetzes teurer bezahlen müssen.

Wenn wir in den acht Monaten, in denen wir diesen Kampf führen, sowohl hier im Hause wie in den Ausschüssen bei jeder einzelnen Position immer wieder vor den Folgen einer solchen Politik gewarnt haben, so haben wir, wenn es uns auch nicht gelungen ist, praktische Erfolge zu erzielen, weil die Herren der Mehrheitsparteien nun einmal nicht davon abgehen wollen, in Wirklichkeit nur für eine ganz kleine Gruppe von großen Grundbesitzern und Herrenbauern etwas zu tun und die Massen links liegen zu lassen, wenigstens das Bewußtsein, Sie rechtzeitig gewarnt zu haben. Und wenn wir acht Monate diesen Kampf geführt haben, so geschah dies nicht deshalb, weil dieser Zolltarif etwa eine ganz neue Sache wäre. Wir Österreicher haben ja die furchterlichen Wirkungen hochschutzzöllnerischer Politik schon in der Vorkriegszeit kennengelernt, und nicht zuletzt auch die Landwirtschaft. Auch im alten Österreich-Ungarn bestand die große Mehrzahl der Landwirte aus kleinen Bauern, Arbeitsbauern, die ebenso wie heute auf Grund ihrer Arbeits- und Lebensmöglichkeiten und auf Grund ihres Landbesitzes zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel hatten. Und was waren die Wirkungen der Zollpolitik der Vorkriegszeit für uns Österreicher? Daß genau das Gegenteil von dem für die Landwirtschaft und für die Konsumenten eingetreten ist, was man bei der Begründung der Zollvorlage im Jahre 1905 und bei der Gesetzgebung derselben sowohl den Bauern als den Konsumenten versprochen hatte. Den Bauern hatte man ebenso wie jetzt Hilfe versprochen, Milderung der Absatzkrise, Linderung des wirtschaftlichen Elends, Besserung der Preise, Hebung der gesamten Produktion. Den Konsumenten hatte man erklärt, es werde eine fühlbare Auswirkung der Zölle auf die Lebensmittelpreise ja nicht eintreten, und die geringe Erhöhung, die etwa

kommen könnte, werde schon zu ertragen sein. Ergebnis: ungeheure Verelendung der breiten Massen der selbständigen Landwirtschaft, ungeheure Verelendung der breiten Massen in den Städten, ungeheure Bereicherung eines ganz kleinen Teiles der Bevölkerung, der Großgrundbesitzer, der Herren auf dem Lande, der Herren in der Industrie, der Herren in den Banken. Ergebnis 1911: Krawalle und Fenerungsdemonstrationen. Antwort der Regierung, Antwort der Parteien, die damals als Mehrheitsparteien regierten oder für die Politik der kaiserlichen Regierung verantwortlich waren — Christlichsoziale, Großdeutsche —: daß man auf die hungernden Massen in den Städten einfach geschossen hat, wie es im Jahre 1911 in Wien der Fall war.

Es darf nicht außer Erwägung bleiben, daß auch im gegenwärtigen Zeitpunkte erklärt wird — die Herren der Mehrheitsparteien erklären es alltäglich, und auch heute haben wir es wiederholt gehört —, eine ernste Vertenerung werde ja gar nicht Platz greifen. Die Herren greifen zu den unmöglichsten Berechnungsmethoden, um hier darzulegen, daß es ja nur Viertel- und Zehntelgrochen sind, die letzten Endes beim Kilogramm oder Stück in der Vertenerung zur Auswirkung kommen. Dem Bauer aber sagen sie draußen: Schau, da kann dir geholfen werden, da wirst du aufblühen, dadurch wird deine Existenz gerettet werden. Es besteht heute ungefähr dieselbe Situation wie im Jahre 1906 vor der Einführung des Zolltarifs. Unsere Landwirtschaft hat eine ganz kurze Zeit der Erholung gehabt. Das war die Zeit knapp nach dem Kriege bis zum Beginn Ihrer Sanierungsmethoden. Es war die Zeit von 1919 bis 1922, wo zwischen der Landwirtschaft und den Konsumenten wirklich ein direkter Verkehr stattgefunden hat, wo es keine Krise im Absatz gegeben hat, wo die Konsumenten zum Produzenten gekommen sind und kommen mußten, um sich die Ware zu holen. Zu der Zeit ist es der Landwirtschaft gut gegangen, damals ist die Entschuldung der Landwirtschaft eingetreten, damals hat die Landwirtschaft ihren großen Anteil an den Endergebnissen dieses furchtbaren Weltkrieges erhalten. Aber seit dem Jahre 1922, seitdem die Mehrheitsparteien und ihre Regierungen hier in diesem hohen Hause auch der Mehrheit der Landwirte sowie der Mehrheit der Konsumenten und der arbeitenden Menschen in der Industrie die Lasten der Sanierungsmethoden auferlegt haben, seitdem geht es natürlich auch mit den Landwirten wieder bergab. Seitdem sind sie wieder in fürchterliche Verschuldung geraten, und die Situation ist bei den Landwirten, wie ich schon bemerkt habe, wieder so, wie sie in der Zeit der Hochschutzzollpolitik von 1906 bis 1914 gewesen ist.

Es sind nicht nur wir Sozialdemokraten, die immer wieder diese Tatsachen feststellen, auch andere

Wirtschaftspolitiker und wirtschaftlich tätige Menschen, die sicherlich nicht in Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein, sind schon in früheren Zeiten, wo man den Bauern dasselbe gesagt hat, zu der Erkenntnis gekommen, daß nichts von diesen Versprechungen eingelöst wurde, sondern daß die verkehrte Wirkung eingetreten ist, nämlich eine Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft. Niemand anderer als der ungarische Ministerpräsident Weferle, der selbst ein Agrarier war, hat bereits im Jahre 1911 folgendes gesagt (*liest*): „Es ist unbezweifelbar, daß auf die Passivität der Handelsbilanz auch die handelspolitischen Verfügungen Einfluß üben. Es ist wahr,“ sagt er weiter, „daß selbst den agrarischen Interessen kein guter Dienst erwiesen wurde, weil die Höhe des Zolles auf die einzelnen Futtermittel, ferner die Erleichterung des Exports der Futtermittel auch der Viehzucht nicht zum Vorteil gereichten. Die Landwirtschaft im ganzen als Wirtschaftszweig hat also keinen Vorteil von der Hochschutzzollpolitik gehabt, da die Agrarier selbst den erhofften Vorteil von dieser Zollpolitik nicht geerntet haben.“ Und nun hören Sie, was Weferle, selbst ein Großagrarier, weiter sagt: „Gewonnen haben die reinen Pachtzins erntenden Großgrundbesitzer durch künstliche Steigerung des Grundwertes und der Pachtrente. Die Zollsätze sind einfach kapitalisiert und der Kapitalwert dem Grundwert zugeschlagen worden. Das ist der ganze Vorteil.“

Ich bitte, das hat im Jahre 1911 der ungarische Ministerpräsident Weferle konstatiert als das Ergebnis einer fünf- bis sechsjährigen Wirtschaftsperiode und Hochschutzzollpolitik. Aber es haben damals auch andere Herren, die zu uns Österreichern zählen, über die Wirkungen dieser hochschutzzöllnerischen Zeit besonders auf die Landwirtschaft ihre Erhebungen angestellt, und schließlich mußte sich sogar das damalige k. k. Ackerbauministerium veranlaßt sehen, amtliche Erhebungen durchzuführen. Diese amtlichen Erhebungen haben bekanntlich der ehemalige Reichsritter von Panz und andere Herren, die mit ihm zusammengearbeitet haben, zu einer Broschüre verarbeitet und darin festgestellt, daß nicht nur keine von den Versprechungen, keine der wirtschaftsverbessernden Voraussetzungen, sondern das Gegenteil davon eingetreten war, daß nicht nur so, wie wir es jetzt an der Hand der Tatsachen beweisen, sondern weit darüber hinaus, sogar bei mittleren Betrieben, sogar bei Betrieben, die im eigentlichen Getreidelande liegen, bei Betrieben mit über 100 Hektar Größe aus der Zollgesetzgebung nicht Vorteile, sondern Nachteile entstanden sind.

Hohes Haus! Um wieviel mehr treffen gegenwärtig diese Tatsachen zu. Wir haben das heute wiederholt gehört, und auch die Herren der Mehrheitsparteien, die sonst so beredte Vertreter der Interessen der Landwirtschaft sind, konnten dieses

Argument bisher nicht widerlegen. Wir haben heute auch vom Kollegen Schneeberger sehr eindringlich wieder gehört: Drei Viertel aller Landwirte sind arme kleine Bauern, die ganz wenig Boden besitzen oder in Pacht haben und die weniger als 5 Hektar im Betrieb haben.

Die Herren, die in der Vorkriegszeit die Ergebnisse der Hochschutzzollpolitik für die Landwirtschaft überprüften, haben festgestellt, daß Wirtschaften von unter 10 Joch Größe im alten Österreich-Ungarn überhaupt kein Interesse an der Zollpolitik haben konnten, im Gegenteil dieselben Nachteile hatten wie die Konsumenten. Um wieviel mehr gilt das heute, wo wir in dem kleinen Österreich drei Viertel Kleinbetriebe haben. Ja, es fehlt jede Voraussetzung für die Berechtigung einer solchen Zollpolitik. Nur eine kleine Minderheit der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung besteht aus so großen Getreideproduzenten, daß sie zu dem Spekulationspreis, den das Getreide hat, einen Zollzuschlag machen können und aus dieser Methode einen wirklichen finanziellen Vorteil ziehen. Alle anderen haben den Nachteil. Gerade mein unmittelbarer Vorredner mußte ängstlich über die Tatsache hinweggehen, daß die Viehzüchter in dem kärntner Lande, das er zu vertreten hat, die natürlich die durch den Getreidezoll und dem Mehlezoll verteuerten Futtermittel kaufen müssen, selbst keine Produktion an Getreide haben, nichts zu verkaufen haben. Er hat nicht einmal gewagt, zu behaupten, daß eine der Einnahmen ihre Selbstversorgung sein könnte. Es fehlen alle Voraussetzungen, und es ist so, daß — wir haben das schon so oft festgestellt — drei Viertel, 70 Prozent, aller Landwirte genau so Konsumenten sind wie die übrigen, nicht in der Landwirtschaft tätigen Personen, wie die städtische, die industrielle Bevölkerung — reine Unterhaltswirtschaften.

Übrigens ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß die Herren, die die Mehrheitsparteien zur Weltwirtschaftskonferenz entsandt haben, unter anderen den Herrn Colloredo, im Zollauschuß, als sie uns über die Ergebnisse der Beratungen dieser Weltwirtschaftskonferenz berichteten, auch sagen mußten: Ja, auf der Weltwirtschaftskonferenz sind halt die Vertreter der verschiedensten Staaten der Welt nacheinander aufgestanden und haben erklärt, der größte Teil der Bauern in jedem Lande sind Unterhaltswirtschaften, sind Produzenten und Konsumenten zugleich, vor allem anderen aber die Mehrzahl Konsumenten wie die industrielle und wie die städtische Bevölkerung. Das mußten die Herren dort feststellen. Es ist weiter interessant, auch heute daran zu erinnern, daß die Beschlüsse, die die Weltwirtschaftskonferenz in den Fragen der europäischen und der außereuropäischen Zollpolitik annahm, sich alle gegen die Hochschutzzollpolitik aussprachen, daß

die Konferenz einhellig zu der Auffassung kam, allmählich und überall den freihändlerischen Standpunkt anzustreben und von der wahnsinnigen Zollpolitik abzubauen, die ja nur zur Verelendung der breiten Massen in den Städten, aber auch der Mehrheit der Landwirte führen muß. Wenn Sie noch ein Argument wollen und wenn wir sagen, daß Sie diese Verhandlungen unernst führen, weil Sie auf diese Tatsachen, auf unsere ernste Argumentation nicht eingehen wollen, dann haben Sie hier einen Beweis: Ihre Vertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz mußten dort so wie die anderen Vertreter der Landwirtschaft der Welt freihändlerisch eingestellt für den Abbau der Hochschutzzollpolitik sein. Die Regierung der Mehrheitsparteien, der Herr Bundeskanzler Seipel und manche andere Herren von der Regierung haben feierlich im Zollauschuß erklärt: Ja, auch wir sind natürlich für diese Beschlüsse und Österreich wird sie ebenfalls zur Durchführung bringen. Aber wie sind die Worte im Verhältnis zu Ihren Taten, wie krampfhaft bemühen Sie sich, eine ganz unmögliche Situation zu vertreten, für die Ihnen jede aufrichtige und ehrliche Argumentation fehlt, weil Ihre Argumentation den Tatsachen, den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, den Produktionsbedingungen widerspricht.

Wir haben also auch in unserem Lande, in unserem kleinen Lande heute dasselbe Verhältnis, wie wir es in der Vorkriegszeit hatten, die Tatsache, daß die große Mehrzahl unserer landwirtschaftlichen Betriebe, nach der Statistik 72 Prozent aller Betriebe, unter 10 Joch groß sind, reine Unterhaltswirtschaften, also solche Wirtschaften, die schon nicht mehr fähig sind, Produkte des Pflanzenbaues zum Verkauf zu bringen. Wenn man überhaupt von diesen Betrieben alle die ausschaltet, die ganz kleinen mit 2 bis 3 Joch Größe, die reinen Forstbetriebe, es sind ungefähr 4000, die reinen Weingartenbetriebe, etwa 10.000, und die reinen Gartenbetriebe, etwa 2000, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß überhaupt nur mehr 15 Prozent aller Betriebe übrig bleiben, die noch irgendein finanzielles Interesse an dem Getreidezoll haben, also eine ganz kleine Anzahl von Produzenten, denen man zubilligen kann, daß man ihre Forderung nach einem Getreidezoll versteht. Alle anderen haben daran entweder kein Interesse, weil sie finanziell keine Vorteile davon haben, oder aber sie sind ebenso wie die Konsumenten durch diese Zölle von schweren Nachteilen bedroht. Da, meine Herren von den Mehrheitsparteien, geht unser Kampf. Wir haben von Ihnen vor allem verlangt, daß Sie diese Tatsachen mit aller Offenheit draußen den Bauern sagen und diese darüber entscheiden lassen. Das aber wird nicht gemacht. Sie haben in der Zeit, als im früheren Parlament mit den Zoltarifverhandlungen begonnen wurde, mit den Massen der Bauern über

Ihre Absichten und über diese Vorlage nicht geredet und tun es auch heute nicht. Heute stehen Sie überhaupt auf dem Standpunkt: Reden wir von was anderem. Heute reden Sie draußen mit den Bauern nicht über den Zolltarif, nicht darüber, welche Vorteile oder Nachteile er ihnen bringt, sondern heute erzählen Sie den Bauern: Leutln, nehmts die Gewehre, tuts exerzieren, tuts Rekruten spielen, macht Heimwehren, denn die Sozialdemokraten kommen und zünden eure Häuser an, da müßt ihr euch rüsten. Damit die Bauern, die immer mehr der Verelendung entgegengehen, keine Zeit haben, darauf zu kommen, wie sie mit dieser Politik irregeführt werden, sagt man ihnen: Rüstet euch, denn die anderen wollen den Bürgerkrieg, rüstet euch gegen die Sozialdemokraten. Und das alles, weil wir uns erlauben, eine andere Meinung zu haben, aufgebaut auf den bitteren Erfahrungen einer Hochschulzollära der Vorkriegszeit, aufgebaut auf den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie heute im Wirtschaftsleben draußen bestehen, aufgebaut auf dem entsetzlichen Elend und der Not, die in Stadt und Land herrschen. Deshalb, weil wir Sozialdemokraten als die einzigen den selbstverständlichen Mut haben, das offen zu zeigen, darum fürchten Sie uns und erzählen draußen den Leuten diese Schauer geschichten und Märchen, daß wir den Bürgerkrieg wollen und daß sich die anderen bewaffnen müssen. Reden wir von was anderem, ist Ihre Methode, um die irregeführten Bauern auf die furchtbaren Dinge, die sich da gegen sie vorbereiten, nicht aufmerksam werden zu lassen.

Ich habe bereits erklärt, daß es uns nicht um bloße Behauptungen zu tun ist, wenn wir sagen, die Methoden reichen nicht aus, um den Landwirten zu helfen. Ich habe erklärt, daß wir uns vor allen bemüht haben, an der Hand der Ergebnisse aus der Vorkriegszeit zu entsprechenden Schlüssen zu kommen. Ich habe auch diesmal trotz dieses 8 Monate langen Kampfes versucht ein klares Bild zu gewinnen, ob vielleicht doch die Voraussetzungen gegeben sind, von denen Sie reden. Ich habe mir aus den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg — also ohne Burgenland, weil hier keine verlässlichen Ziffern vorliegen — noch einmal die Besitzgrößen, die Zahl der Betriebe verschafft und einen Vergleich der Kulturgattungen, die in diesen Betrieben vorherrschend sind, gemacht. Ich komme zu dem Ergebnis, daß in diesen Ländern nach der vorliegenden Statistik 574.459 landwirtschaftliche Betriebe sind; davon sind 335.124 Betriebe kleiner als 5 Hektar; also mehr als die Hälfte aller Betriebe in allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlandes sind kleiner als 5 Hektar; 229.355 Betriebe sind mit Größen von 5 bis 50 Hektar verzeichnet. All die Erhebungen aus der Vorkriegszeit haben nun erwiesen, daß Betriebe unter

10 Joch Größe — also ungefähr 20 Hektar, wenn man es auf Hektar umrechnet — als eine Wirtschaft, die Pflanzenprodukte zum Verkauf bringen kann, nicht mehr anzusehen sind; also alle Erhebungen haben festgestellt, daß Betriebe unter 20 Hektar Größe für den Getreidezoll in bezug auf seine Wirkung der Verbesserung der Preise nicht in Betracht kommen. Wir haben nach der heutigen Betriebsstatistik festzustellen, daß selbst von diesen 229.355 Betrieben mit Größen von 5 bis 50 Hektar all die wegzuzählen sind, die unter 20 Hektar sind. Was bleibt also von den 574.459 Betrieben, die wir in allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlandes haben, als Betriebe übrig, die für den Getreidezoll ein besonderes Interesse haben könnten? Ungefähr 30 Prozent, wobei aber die mitgerechnet sind, die nach der Statistik als Mittelbetriebe gezählt werden, also solche, die entweder nur so viel produzieren, als sie selbst brauchen, aber doch auch verkaufen, weil sie die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu zwingen, oder die etwas mehr produzieren, als sie für ihren Unterhalt brauchen, die also für den Getreidezoll noch in Betracht kommen würden. Wir haben unter diesen 30 Prozent, die also da übrigbleiben, die Betriebe mit 50 Hektar bis zu mehr als 1000 Hektar. Von diesen sind Großbetriebe in Salzburg 50 Prozent, in Steiermark ein Fünftel aller Betriebe, in Kärnten 40 Prozent, in Tirol 42 Prozent, in Oberösterreich 23 Prozent, in Niederösterreich 24 Prozent. Nun schauen wir uns einmal diese Großbesitze an, weil die Herren gesagt haben, wir müssen doch für die 30 Prozent etwas machen, denn wenn die 30 Prozent einen wirtschaftlichen Vorteil haben, werden auch die anderen irgendeinen Vorteil davon haben. Diese Großbesitze haben in Bewirtschaftung von den Kulturgattungen 55 Prozent Waldungen, 9 Prozent Alpen, 6,5 Prozent Hutweiden, 7,5 Prozent Rohrland; also 78 Prozent ihres ganzen Besitzes, 78 Prozent dieser 30 Prozent am Getreidezoll interessierten Betriebe sind extensive Wirtschaften, Wald, Alpe, Hutweide, Rohrland, nur 22 Prozent entfallen auf Acker und Wiesen.

Man könnte jetzt die Ergebnisse der Zählungen und Prüfungen fortsetzen, wir könnten jetzt besonders an der Hand der niederösterreichischen Besitzverhältnisse aufzeigen, wie wir das auch im Ausschuss getan haben, daß Ihre Behauptungen einfach in Nichts zerfließen, alle Ihre Argumentationen von selbst zusammenfallen. — Ich werde mir nun gestatten, aus den Ergebnissen der Erhebungen der Vorkriegszeit mit einigen Beispielen aufzuwarten. Da ist zunächst eine 30 Joch große Wirtschaft im Marchfeld, das sicherlich das typische Getreideland ist. Ich habe absichtlich eine Wirtschaft mit 30 Joch herausgegriffen, weil die Herren von der Mehrheit behaupten, der Besitzer von 30 Joch habe schon ein Interesse am Getreidezoll, da er mehr produziert,

als er für seinen Haushalt braucht, daß er also Körndl zu verkaufen hat. Hören wir, was der Mann berichtet: Seine Barauslagen, seine Haushaltungskosten haben im Jahre 1906 834 Friedenskronen betragen, im Jahre 1908 bereits 1600 K. Für Getreide und Heu hat er, weil inzwischen die Preise durch die Zölle eine ungefähr 30prozentige Steigerung erfahren hatten, um 400 K mehr eingenommen als im Jahre 1906. Die Wirkung, das Ergebnis: 1906 eine Ausgabe von jährlich rund 834 K, 1908 eine Steigerung der Ausgaben auf 1600 K, eine Steigerung der Einnahmen aber nur von 400 K, also ein Defizit von 766 K. So war es bei einer 30 Joch großen Wirtschaft im Marchfeld. Der Besitzer einer anderen, 45 Joch großen Wirtschaft im Hügellande St. Pölten—Amstetten besaß 30 Joch Felder, zirka 4 1/2 Klasten davon bebaute er mit Weizen, 4 3/4 Klasten mit Roggen, 2 Klasten mit Gerste, 6 1/2 Klasten mit Hafer. Aus der Getreidernte hat er um 1320 K Weizen und Roggen verkauft. Die Tierhaltung hat ihm in derselben Zeit aber — in dem typischen Getreideland, in der typischen Getreidewirtschaft! — 7400 K getragen. Der Mann sagt, er habe gar kein Interesse am Getreidezoll, er sei viel mehr an der Viehzüchtung interessiert, da sie ihm viel mehr trage. Also auch er — nach dem Stande seiner Wirtschaft ein Interessent am Getreidezoll — hat den Getreidezoll abgelehnt. Ein anderer Fall: Eine 10 Joch große Wirtschaft, ebenfalls in dem Hügellande St. Pölten—Amstetten. Der Besitzer dieser Wirtschaft berichtet: 1901 bis 1905 hat ihm seine Wirtschaft jährlich 700 Friedenskronen Ersparnisse gebracht. Seit 1906 sind seine Haushaltungsauslagen so gestiegen, daß er nicht nur keine Ersparnisse mehr, sondern im Jahre 1908 schon ein Defizit gehabt hat.

Der Besitzer einer anderen Wirtschaft von 7 bis 8 Joch auf dem Wiener Boden, also im reinen Flachlande, sagt, seine Lage habe sich seit 1907 sehr verschlechtert, weil seine Ausgaben für Lebensmittel, Futtermittel usw. gestiegen sind. Vor 1907 haben seine drei Kinder in der Wirtschaft mitgearbeitet, nichts verdient; die Wirtschaft war aktiv. 1907 haben alle drei Kinder als Fabriksehrlinge oder -arbeiter viel oder wenig verdient, haben also verdient, das Geld der Kinder hat er zum Teil in seine Wirtschaft hineingesteckt. Trotzdem, so erklärt er, hat er im ersten Jahre der eigentlichen Wirkung der Hochschutzzollpolitik, also 1908, schon sein Aktivum im Betriebe verloren und ein Defizit von 300 Friedenskronen gehabt. Nun ein Betrieb aus den Weinbaugebieten! Der Herr Abg. Zarboch hat heute hier versucht, uns in Erinnerung zu rufen, wie so ein Bauer draußen lebt. Ja, meine Herren, wissen Sie, was Sie mit den Weinbauern treiben, denen jetzt durch Jahre hindurch entweder der Frost oder die Hagelschläge oder die Reblaus den Ertrag ihrer

Weinproduktion entweder ganz gewaltig vermindert oder überhaupt auf Null herabgesetzt hat? Die Weinbauer haben ja gar nichts mehr als ein Erbdäpfelackerl, wenn der Weingarten gar nichts oder wenig trägt, sie sind also reine Konsumenten und werden durch Ihre Politik zum wirtschaftlichen Selbstmord getrieben. Daran habe ich mich erinnert, als der Herr Abg. Zarboch gemeint hat, er müsse uns daran erinnern, wie es den Bauern zum Beispiel in der Wachau geht. Dieses Elend, das sprichwörtlich geworden ist, ist ja bekannt, da braucht man wirklich nicht mehr daran zu erinnern. Aber daran muß man erinnern, daß durch diese Politik der arme Weinbauer, der infolge von Schicksalschlägen oft nicht ein Viertel, ja nicht einmal ein Achtel seiner früheren Ernte hat, einfach zum wirtschaftlichen Selbstmord getrieben wird. Der Mann muß ja Brot, Mehl, Fleisch und alles so kaufen wie der andere, der gar nichts besitzt. Woher soll er es nehmen, wie soll er es kaufen? Auf der einen Seite keine Einnahmen, auf der anderen Seite die für ihn sicherlich ganz gewaltige Steigerung der Preise der unentbehrlichen Artikel.

Ein Fall: Eine Wirtschaft mit 13 Joch im reinen Weinbaugebiet, eine sogenannte gemischte Wirtschaft. Der Mann hat 6 Joch Acker und Wiesen, 4 Joch Wald, 3 Joch Weingärten. Er hat angebaut 1 Joch Roggen, 1/2 Joch Gerste, 1/2 Joch Hafer, er hat sich zwei Einstellkühe gehalten — die Kälber hat er dem Fleischauger verkauft — und hat 6 Schweine besessen. Der Mann berichtet, er hat an Einnahmen gehabt: 5 Liter Milch pro Tag à 20 h, das waren 365 Friedenskronen, 2 Schweine à 100 Kilogramm, das Kilogramm zu 111 Friedenskrone, das sind 220 K, 2 Kälber 120 K, Wein im Durchschnitt 3000 Friedenskronen. Er muß Weizenmehl für das Weißbrot zukaufen, im Sommer muß er Fleisch zukaufen, er kann aber vom Getreide nichts verkaufen. Der Mann behauptet, daß für ihn die Hochschutzzollzeit nur schwere wirtschaftliche Schädigungen, aber keine Verbesserungen in seiner Wirtschaft gebracht hat, weil diese wenigen Mehreinnahmen, die er aus der Verteuerung des Getreides gehabt hat, ihm nicht in vollem Maße zugute gekommen sind, andererseits hat er ganz bedeutend erhöhte Ausgaben gehabt.

Ein anderer Fall: Eine kleine Weinbauernwirtschaft, wie wir sie in Niederösterreich und im Steirischen zu vielen Tausenden haben — in Niederösterreich allein sind ungefähr 7000 solcher Betriebe —: 1 1/2 Joch Weingarten, 1/2 Joch Acker, 1 1/2 Joch Futterweide; der Mann kann natürlich bei dem kleinen Besitz schon keine Kuh mehr halten, weil ihm die Futtermittelpreise jetzt zu hoch sind und damals schon zu hoch waren. Er kann sich nur mehr eine Ziege halten. Die Nachzucht, die Kälbe, wird an den Fleischauger verkauft, der Acker mit Klee und Kartoffeln bebaut. Der Mann muß Mehl und Fleisch

kaufen, er muß für die Ziege und das Schwein Stroh, Futtermittel, Kleie, den Mischling und den Mais einkaufen, die Wirtschaft muß sogar den Dünger zukaufen. Der Mann ist natürlich stark passiv geworden.

So könnte man jetzt vom Wienerwald, vom Waldviertel, aus einer Reihe anderer Gegenden, auch aus Oberösterreich, auf Grund solcher tatsächlicher Verhältnisse feststellen, daß in der Vorkriegszeit eine Mehreinnahme nicht einmal für die Betriebe zu verzeichnen war, von denen auch wir annehmen, daß sie zu jenen 30 Prozent der Betriebe gehören, die mehr abwerfen, als man zum Unterhalt einer Familie braucht, die daher verkaufen können. Auf Grund dieser tatsächlichen Erhebungen ist also nachzuweisen, daß die Landwirte von dem Zoll auf Getreide nichts haben werden.

Und so ähnlich ist es auch beim Zoll auf das Vieh. Ich weiß nicht, warum der Herr Abgeordnete, der vor mir gesprochen hat, hier dartun wollte, als wenn wir Sozialdemokraten Gegner des Zolles auf Nutz- und Zuchtvieh wären. Im Gegenteil, da hat es gar nie eine Differenz gegeben, denn das ist keine Frage, wo der Konsument gewurzt werden kann, das ist nicht eine Angelegenheit, wo man den kleinen Bauer ausbeuten kann. Da haben wir also nichts einzuwenden, und gerade an dem Verhalten unserer Partei ist es möglich, der Welt zu zeigen, wie ungerecht und falsch die Behauptungen sind, die draußen in der Bauernschaft über uns ausgestreut werden. Es ist nicht so, wie Sie draußen behaupten, daß wir einfach prinzipielle Gegner jeder Verbesserung für die Landwirtschaft sind. Das ist ganz falsch. Wir haben immer und immer wieder erklärt, wir sind mitten in Europa drinnen, und wenn die andern sich mit Zöllen abschließen und durch Zölle ihre Produkte verteuern, so gibt es sicher gewisse Produktionszweige auch in der Landwirtschaft, die man nicht anders als mit einem Zoll schützen kann, und daher haben wir dem Zoll auf Nutz- und Zuchtvieh keine Schwierigkeiten bereitet. Wir haben erklärt, in diesem Falle werden Sie ohne weiteres unser volles Verständnis dafür finden. Aber ganz anders steht die Sache beim Schlachtvieh. Es ist schon in der Vorkriegszeit und auch in der Kriegszeit festgestellt worden, daß der weitaus größere Teil der kleineren und mittleren Bauernschaft Besitzer von Schlachtvieh sind. Aber der Zoll, den die Konsumenten in Form des verteuerten Fleisches zahlen werden, wird nicht dem Besitzer des Schlachtviehes zugute kommen. Vor allem ist dieser Zoll ja ein Finanzzoll, den allergrößten Teil steckt also der Finanzminister ein, der sich weigert, den Beamten aus der Vertenerung der Lebensmittel eine Erhöhung der Bezüge zu geben, und den andern Teil bekommen nicht die Bauern — das brauchen wir Ihnen nicht erst zu

beweisen, weil Sie selber sehr genau wissen, wie sich der Handel und der Absatz des Schlachtviehes in der bäuerlichen Wirtschaft abwickeln. Der Bauer ist ja in den allermeisten Fällen gar nicht mehr in der Lage, sein Vieh auf den Markt zu bringen, nicht nur deshalb, weil es qualitativ angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entspricht, sondern auch aus anderen Gründen, vor allem deshalb, weil die Landwirtschaft bisher nicht den Mut gehabt hat, in der Absatzfrage bezüglich des Schlachtviehes eine Regelung durchzuführen. Gerade hier schrecken Sie vor einer genossenschaftlichen Regelung zurück. Gewiß, die Aufgaben, die dabei zu bewältigen sind, sind größer und schwieriger als beim Absatz von Milch und anderen Produkten, aber sie sind nicht so schwierig, daß sie nicht bewältigt werden können, wenn der ernste Wille dazu vorhanden ist. Aber dann kämen Sie mit dem andern Teil Ihrer Anhänger und Freunde in Konflikt, die den Unterschied dessen, was der Bauer bekommt und was der Konsument bezahlen muß, als großen Profit einstecken. Das ist das große Hemmnis, das Sie hindert, hier Ordnung zu machen. Denn wenn es Ihnen gelingen ist, bezüglich der Milch, der Butter und verschiedener anderer landwirtschaftlicher Produkte aner kennenswerte Verbesserungen im Absatz zu schaffen, die schließlich der Landwirtschaft und jedem einzelnen zugute kommen, dann wäre daselbe, wenn sie es wollten, auch beim Schlachtviehabsatz möglich. Das eine Hemmnis besteht aber darin, daß Sie keine genossenschaftliche Organisation haben, das zweite darin, daß man bei dem Umstande, daß drei Viertel aller Bauern zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel haben, ja nicht einmal genügend Grund und Boden haben, um den Unterhaltsbedarf für ihre Familien zu erarbeiten, natürlich nicht voraussetzen kann, daß diese Bauern Qualitätsvieh herstellen. Wie sollen die mästen? Und jetzt versprechen Sie diesen Bauern, der Schlachtviehzoll werde ihnen jene Mehreinnahme aus der Erhöhung der Fleischpreise bringen, die sie befähigen wird, zu mästen, Qualitätsvieh herzustellen. Bei diesen desolaten Absatzverhältnissen, bei dieser Anarchie und wilden Spekulation, die es da bei der Preiserstellung gibt, wo der Bauer bis auf das Letzte heruntergedrückt wird, wenn er seine Kuh oder seinen Ochsen zu verkaufen hat, kann man nicht erwarten, daß irgendein in Betracht kommender Teil — nicht einmal ein Drittel — der Preiserhöhung, die der Konsument zahlt, diesen Besitzern von Schlachtvieh zugute kommen wird. Außer dem Finanzminister werden die großen Hyänen des Handels dabei ihren Profit machen und das einstecken. Der Konsument wird das Fleisch teurer zahlen, wird natürlich, weil er nicht mehr zahlen kann, weniger Fleisch konsumieren, und die Absatzverhältnisse werden noch schwieriger

werden. Keine der Hoffnungen, die man da erweckt, werden also erfüllt werden.

Den Zoll für Nutz- und Zuchtvieh haben die Parteien des hohen Hauses einvernehmlich erstellt, da gibt es keinen Streit. Aber der Zoll auf Schlachtvieh, wie Sie ihn hier vorschlagen und draußen als Hilfsmittel für den Aufstieg der bäuerlichen Wirtschaften propagieren, ist eine irreführende Agitation und wieder nur ein Mittel mehr, den Bauer davon abzuhalten, daß er die wahren Ursachen seines Glücks erkennt. Mit Recht hat mein Kollege Schneeberger hier hervorgehoben, daß nebst den Vorschlägen, die wir hier dahingehend gemacht haben: an Stelle der Getreidezölle ein Getreidehandelsmonopol einzuführen, anstatt dieser so fragwürdigen Zölle auf Schlachtvieh Prämien gewährt werden sollten. Man hat hier eingewendet, daß diese Prämien zu wenig ausmachen würden. Aber haben Sie denn ernstlich den Versuch unternommen, meine Herren, sich mit unseren Vorschlägen zu beschäftigen? Wer hat Ihnen jemals zugemutet, die Summen, die wir genannt haben, als endgültig zu betrachten? Wir könnten die Prämien verdoppeln, und sie würden den Konsumenten noch immer nicht so belasten wie die Auswirkung der Zölle, die Sie da einführen wollen, insbesondere dann, wenn Sie, wie heute hier angekündigt wurde, selbst vor einer Kündigung der Handelsverträge nicht zurückschrecken, um Ihre Ziele zu erreichen. So eine verkehrte Politik machen Sie also hier. Da müssen Sie es schon verstehen, wenn wir sagen, daß sowohl beim Getreide als auch beim Vieh das, was Sie vorschlagen, eine Politik ist, welche nur ein paar großen Viehzüchtern und ein paar großen Getreideproduzenten zugute kommt, den Massen der kleinen und mittleren Bauern aber nicht. Auf der einen Seite ist eine ungeheure Verteuerung der zum Leben notwendigen Artikel zu erwarten, eine weitere Verminderung der Kaufkraft der industriellen und der städtischen Bevölkerung, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit, größere Verarmung auf allen Linien; auf der anderen Seite ergibt sich keine ernstliche Hilfe für die Bauern.

Wir haben Ihnen zahllose Vorschläge gemacht, wie man das anders machen könnte, unter anderem Schaffung einer wirklichen Kreditorganisation. Nach den bitteren Erfahrungen der letzten Zeit, wo man den Bauern das hart erarbeitete und schwer ersparte Geld in den Banken so leichtsinnig verliedert hat, wo das Endergebnis einer ganz richtigen Wirtschaft, die Bauerngelder zusammenzutragen und damit der bäuerlichen Wirtschaft wieder aufzuhelfen, darin bestand, daß auch dieses letzte Hilfsmittel, die bäuerliche Kreditorganisation, die Selbsthilfe der Bauern, zusammengebrochen ist, haben Sie jetzt neuerlich das Geld der Landwirte dem Diktat und dem Einfluß des jüdischen, des katholischen und des protestanti-

schen Großkapitals welcher Rasse und Nation immer ausgeliefert. Einen unter Ihnen haben Sie wieder zum Präsidenten dieser Großbank gemacht — zum Präsidenten, der da entscheiden wird, wieviel Zinsen das Großkapital an den Spareinlagen der Bauernschaft verdienen wird. In dem entscheidenden Moment, wo es vielleicht möglich gewesen wäre, aus den schweren Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um dem Bauer aufzuhelfen in der wichtigsten Frage: in der Frage der Kreditwirtschaft haben Sie ihn mit Haut und Haaren wieder dem Einfluß des Großkapitals verkauft. So hoffnungslos ist die Lage.

Und so ist es in allen anderen Fragen. Man kann, wenn man das Ergebnis dieser achtmonatigen Kämpfe zusammenfaßt, nur eines sagen: So wie Sie in der Frage der Zölle in diesen acht Monaten keine Einsicht gehabt haben und auch keine menschliche Rücksicht auf die traurigen Verhältnisse genommen haben, unter denen auch die meisten in der Landwirtschaft draußen leben müssen, genau so machen Sie es auch in allen anderen Fragen, sei es nun jetzt der Pächterschutz, sei es eine andere Frage der Landwirtschaft. Entscheidend ist für Sie, meine Herren von den Mehrheitsparteien, die Frage: Wie kann ich den Großen, den Gutstituierten in der Landwirtschaft zufriedenstellen, wie kann ich mir die Gunst dieser Großen erhalten? Für den Kleinen haben Sie nur Worte, aber keine Taten zur Verfügung, und das war es, was uns veranlaßt hat, acht Monate mit Ihnen zu kämpfen, das ist es, was uns veranlaßt, den Kampf weiterzuführen.

Der Herr Abg. Födermayr hat bei Behandlung der Prämienfrage gemeint: Das müssen Sie schon uns, den Bauern überlassen, wie wir uns das regeln wollen! Ich muß schon sagen, diese Überheblichkeit müssen Sie sich abgewöhnen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil dieser Zollvorlage, die wir solange bekämpfen, die Entscheidung der Wählerschaft vorangegangen ist, weil am 24. April 43 Prozent aller Wähler ein entschiedenes Nein für diese Vorlage gehabt haben, weil die Mehrheit, die da noch hinter Ihnen steht, für diese Vorlage sehr knapp ist. Vergessen Sie nicht: wenn Sie, so wie wir, hinausgehen müßten in jedes Dorf, um sich zu verteidigen und jede Position, jeden Antrag zu beantworten, den Sie in diesem hohen Hause machen, dann würde auch diese Mehrheit bald anders ausschauen. Denn es ist nicht wahr, daß die Bauern draußen, die Ihnen heute noch blindlings folgen, die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung, die schweren Schäden, die da folgen werden, kennen. Wenn ich dem Manne draußen sage: Schau, wenn das Körndl durch den Zoll teurer wird und du hast eins zu verkaufen, so gefällt ihm das natürlich. Wenn ich ihm aber gleichzeitig sage, daß auf der anderen Seite die verschiedenen Artikel, die er kaufen muß: das Brotmehl, das Futtermehl und andere Artikel dann auch teurer

werden, fängt er an nachzudenken und wird sagen: Na, da tu ich net mit! Vorläufig haben Sie in der kleinen Mehrheit, auf die Sie sich noch berufen können, daß sie Ihnen da noch folgen wird, eine sehr schwankende Grundlage, und es ist die Verantwortung, die Sie da für alle die Folgen übernehmen, die nun kommen werden, ganz ungeheuerlich groß.

Es ist hier in diesem hohen Hause bei dieser Lesung der Polittarifsnovelle schon festgestellt worden, daß die Arbeiter und Angestellten, wenn sie die Wirkungen der Verteuerung wahrnehmen werden, sich wehren und Lohn- und Gehalts erhöhungen fordern werden. Aber die Ärmsten der Armen draußen, denen Sie da so demagogisch Hilfe versprechen, die aber eine Hilfe nicht bekommen werden, die genau so wie die Arbeiter und Angestellten unter der Verteuerung zu leiden haben werden, werden Sie zur Verzweiflung bringen. Und darum sagen wir Ihnen: Die Verantwortung, die Sie sich da auflasten, ist eine ungeheuer große, aber von uns können Sie nicht erwarten, daß wir zu dem, was Sie da treiben, schweigen. Sie können uns nicht zumuten, daß wir Ihnen das so bequem machen, wie es sich so manche Herren unter Ihnen vorstellen: eine halbe Stunde dazu reden und dann abstimmen mit den paar Stimmen Mehrheit, die Sie sich durch die Herren vom Landbund gekauft haben. So geht es nicht. Sie müssen schon damit rechnen, daß in dem letzten Dorfe draußen eine immerhin beachtenswerte Anzahl von kleinen und mittleren Landwirten sind, die so wie die Landarbeiter und die Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel und Gewerbe von Ihrer Politik nichts mehr wissen wollen und uns beauftragt haben, hier mit Leidenschaft, mit der Kraft, die uns die demokratischen Möglichkeiten bieten, den Kampf zu führen. Damit haben Sie zu rechnen. Und wir werden den Kampf nicht nur hier führen, sondern mit allen unseren geistigen und körperlichen Kräften auch außerhalb dieses Hauses alles aufbieten, um Ihre Verantwortung festzustellen für die furchtbaren Folgen, die da eintreten werden, insbesondere für die Verelendung unserer Landwirtschaft. Damit können Sie schon heute sicher rechnen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Es wird nunmehr die zu Beginn der Sitzung verlesene dringliche Anfrage in Verhandlung gezogen.

Dr. Gislser: Hohes Haus! Die österreichischen Gerichte haben noch nicht Gelegenheit gehabt, über die ungeheuerliche Tatsache zu entscheiden, daß bei der Zusammensetzung von Senaten, die in Wien über Straffälle zu urteilen hatten, Schiebungen von Schöffen verübt wurden. Die Empörung darüber hat

noch gar nicht ihren Ausklang gefunden und schon hat diese Methode nicht nur Schule gemacht, sondern wir sind von einem Vorkommnis bei einem Gewerbegericht verständig worden, das so viel schlimmer ist als alles, was sich an Unregelmäßigkeiten bei der Zusammensetzung der Wiener Schöffengerichte zugetragen hat, daß wir glauben, es bestehe eine schwere Gefahr für die österreichische Rechtspflege, wenn diesen Dingen nicht rechtzeitig entgegengetreten wird.

Wir haben uns erlaubt, in der dringlichen Anfrage den Sachverhalt kurz darzustellen, und ich möchte zur Ergänzung nur ein paar Worte hinzufügen. Es geht aus dieser Darstellung hervor, daß am vergangenen Montag beim Gewerbegericht Graz Verhandlungen über fünf Klagen anberaumt waren, die Angestellte der Steirer Versicherungsaktiengesellschaft in Graz gegen die Unternehmung eingebracht hatten. Die Klagen haben eine Vorgeschichte, die vielleicht diese Vorkommnisse nicht entschuldigt, aber die Tendenz erklärt, der sie entspringen. Es handelt sich um Klagen von Versicherungsangestellten, in denen Ansprüche auf die Bestimmungen eines Kollektivvertrages gestützt werden, der durch Zeitablauf sein Ende gefunden hat. Es wird den Mitgliedern des hohen Hauses bekannt sein, nach welchen Bestimmungen Arbeitsverhältnisse, für die ein Kollektivvertrag gegolten hat, zu behandeln sind, wenn der Kollektivvertrag seine zeitliche Geltung eingebüßt hat. Der Oberste Gerichtshof hat in einem Erkenntnis, das allgemeine Beachtung gefunden hat, festgestellt, daß in solchen Fällen der Inhalt des Kollektivvertrages so lange als bestimmender Inhalt der einzelnen individuellen Rechtsverhältnisse aufzufassen ist, bis eine andere Regelung an die Stelle dieser kollektivvertraglich getroffenen Regelung getreten ist. Diese Rechtsauffassung lag auch den Klagen zugrunde. Es waren Klagen, die gegen eine Versicherungsanstalt eingebracht wurden, die ja wenigstens einem Teil der Mitglieder des hohen Hauses dem Namen nach bekannt ist; sie ist eine Gründung der in diesem hohen Hause oft genannten Steirerbank, ein Unternehmen, das mit seinen Angestellten fast seit seinem Bestande ununterbrochene Konflikte hatte. Und es ist sicher kein Zufall, daß gerade in diesem Unternehmen auch die Frage, die bei den anderen Unternehmungen eine friedliche Lösung gefunden hat, eine solche Lösung nicht finden konnte, daß dort eine ganze Anzahl von Angestellten die Hilfe des Gerichtes in Anspruch nehmen mußten, um die Anwendung dieser Rechtsauffassung, die der Oberste Gerichtshof einheitlich und ohne Unterbrechung vertritt, durchzusetzen. Das alles ist nichts, was das hohe Haus interessieren könnte.

Zu der Verhandlung nun, die unter dem Vorsitz des Leiters des Grazer Gewerbegerichtes, des Landesgerichtsrates Dr. Isleib, stattzufinden hatte, waren in der allgemein üblichen Art zwei Beisitzer

berufen. Es wird den Mitgliedern des hohen Hauses bekannt sein, daß das Gewerbegerichtsgesetz vorschreibt, daß die Beisitzer rechtzeitig zu berufen sind und daß bei der Auswahl der Beisitzer auf ihren Berufs-Rücksicht zu nehmen ist, daß, wenn möglich, Mitglieder zu berufen sind, sowohl aus dem Kreise der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, die dem Berufe angehören, dem die Streitparteien angehören, weil von ihnen eine entsprechende Sachkenntnis vorausgesetzt wird. Genau nach dieser Vorschrift waren zwei Beisitzer zu der Verhandlung berufen, der eine war ein Herr Hans Flicher, ein Angestellter der Versicherungsgesellschaft „Foncière“ in Graz, der als Arbeitnehmerbeisitzer an der Verhandlung teilnehmen sollte, der andere ein Direktor Alexius Ferster der Versicherungsgesellschaft „Phönix“, der als Vertreter der Arbeitgeber zu der Verhandlung geladen war.

Und nun hat sich folgendes ereignet. Am Donnerstag nachmittag ist beiden Beisitzern von der Kanzlei des Gewerbegerichtes telephonisch die Mitteilung zugekommen, die Verhandlung finde nicht statt. Die telephonische Mitteilung erfolgte im Auftrage des Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, eben des Oberlandesgerichtsrates Isleib, dessen Namen ich bereits genannt habe. Die Verhandlung hat aber stattgefunden, und sie hat nun in der Weise stattgefunden, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichtes, nachdem er die beiden berufenen Beisitzer angelogen hatte, ihnen mitgeteilt hatte, die Verhandlung werde nicht stattfinden, zwei andere Beisitzer berief, und zwar einen davon in einer Art, die man nicht mehr als eine gewöhnliche Gesetzesverletzung betrachten kann, sondern die diesem Vorgang überhaupt jeden Zusammenhang mit der Einrichtung nimmt, die man Gerichtsbarkeit nennt.

Zur Erklärung ist es notwendig, auch noch festzustellen, daß die Versicherungsgesellschaft, über die da verhandelt werden sollte, zu ihrem Vertreter einen Anwalt bestellt hat, dessen Kanzlei identisch ist mit der Kanzlei des Hauptverbandes der österreichischen Industrie. (Hört! Hört!) Es ist ein Herr, der früher Angestellter des Hauptverbandes der österreichischen Industrie war, der jetzt als Rechtsanwalt fungiert und als solcher in der Liste der Rechtsanwälte eingetragen ist, dessen Kanzleiräume sich aber in den Kanzleiräumen des Hauptverbandes befinden und dessen Telephonnummer 4265 mit der Telephonnummer des Hauptverbandes der österreichischen Industrie identisch ist (Hört!) und von dem jeder Mensch in Graz weiß, daß er ein Organ des Hauptverbandes der Industrie ist, etwas, was ja diesem Herrn niemand übelnimmt.

Dieser Herr ist nun zum Vorsitzenden des Gewerbegerichtes gegangen und hat ihm mitgeteilt, daß er der Meinung sei, die beiden Beisitzer, die zur Verhandlung eingeladen seien, seien nicht die richtigen, und er hat ihm empfohlen, den Sekretär des Haupt-

verbandes der österreichischen Industrie, einen Doktor Hellmut Höhn, als Beisitzer einzuberufen. (Hört! Hört!)

Das, was ich bisher sagte, ist das Ergebnis der Verhandlung. Es ist in abgeschwächter Form — ich werde noch erzählen, wie weit — vom Vorsitzenden selbst bei der Verhandlung zugegeben und auch von dem genannten Dr. Höhn bei dieser Verhandlung bestätigt worden. Der Herr Vorsitzende hat nun ganze Arbeit gemacht. Er hat offenbar nicht einen Beisitzer anlügen und den andern nicht anlügen können, er hat insofgedessen beiden die lügenhafte Mitteilung gemacht, die Verhandlung finde nicht statt, und hat nun den Unternehmenssekretär als Richter berufen und neben dem Unternehmenssekretär einen Bankangestellten. Er hat also nicht nur Richter, die schon berufen waren, einfach von ihrer Funktion entfernt, sondern er hat ein Gericht zusammengesetzt, das auf der einen Seite aus einem Unternehmenssekretär bestand und auf der andern Seite insofern gegen die Bestimmung des Gewerbegerichtsgesetzes zusammengesetzt war, als der Beisitzer nicht dem Fachkreis der Parteien entnommen war, obwohl Sachangehörige zur Verfügung standen, sondern einer andern Berufsgruppe.

Ich glaube nun, dieser Vorgang ist von solcher Art, daß die Einrichtung, in der er vorkommt, nicht mehr als Rechtspflege bezeichnet werden kann. Ein Gericht, in dem der eine Unternehmenssekretär das Gericht bestimmt, den anderen Unternehmenssekretär zum Richter zu ernennen, in dem der Richter die bestellten Richter durch Lügen von ihrer Funktion ausschaltet und an ihrer Stelle eigenmächtig einen Unternehmenssekretär neben sich setzt, damit dieser mit ihm Gerichtsbarkeit macht — ein solches Gericht kann man wohl nicht gut als Gericht bezeichnen.

Nun, hohes Haus, die Auffassung, die der Gerichtsvorsitzende von seiner Funktion hat, zu kritisieren, ist wohl überflüssig. Es wird dies wohl kein Mensch verlangen, wenn er sich diese Vorgänge vor Augen hält. Eines möchte ich doch feststellen: der Richter, der etwas Derartiges tut, überschätzt ja seine Funktion. Er ist ja nicht etwas anderes als die andern Richter, er ist, wenn Sie wollen, der primus inter pares, er ist der Vorsitzende, aber die beiden andern berufenen Mitglieder des Gewerbegerichtes sind genau so Richter wie er. In dem Moment, wo sie berufen sind, sind sie richterliche Funktionäre für diese Verhandlung geworden, und ihre eigenmächtige Fernhaltung von dem Amte, der Versuch, sie durch lügenhafte Auskunft um ihr Amt, ich kann es nicht anders nennen, zu betrügen — es ist eine listige Vorspiegelung, mit der sie an ihrem Recht, Richter zu sein, geschädigt werden —, das ist wirklicher Amtsmissbrauch, das erschöpft alle Kriterien des § 101 des österreichischen Strafgesetzes. Das ist nicht mehr Schlaperei, das ist nicht mehr eine Anzweiflung, die sich im Drange der Geschäfte ereignet, sondern das ist plamäfiger Missbrauch des Amtes.

Und daß es so ist, das ist bei der Verhandlung selbst leider sehr deutlich geworden. Denn die Kläger haben — es ist ja selbstverständlich — zu Beginn der Verhandlung diesen Vorsitzenden und diese Beisitzer abgelehnt. Sie haben sich darauf berufen, daß ein Vorsitzender, der ein Gericht in solcher Weise zusammensetzt, kein unbefangener Richter mehr sein, daß er für die Entscheidung einer solchen Rechtsache nicht mehr in Betracht kommen könne. Sie haben sich darauf berufen, daß der andere Teil, der auf solche Weise zum Richteramt gekommen ist, selbstverständlich befangen und zum Richteramt nicht geeignet sei, sie haben sich darauf berufen, daß es doch nicht angehe, daß die eine Partei die Richter ernennen lasse, die in ihrer Rechtsache zu entscheiden haben, daß das die Unbefangenheit ausschließe. Der Vorsitzende hat angeblich versucht, so wie es das Gesetz vorschreibt, einen Senat des Landesgerichtes — nach dem Gewerbegerichtsgesetz entscheidet über die Ablehnung von Vorsitzenden des Gewerbegerichtes ein Senat des Landesgerichtes — zur Entscheidung zu bestimmen. Es ist angeblich während dieser Verhandlung nicht möglich gewesen, einen solchen Senat zu berufen. Aber der Richter, der den Beschluß verkündet hat, daß die Verhandlung vertagt werden müsse, weil über seine Ablehnung nicht entschieden werden könne, da ein Senat derzeit nicht zur Verfügung stehe, derselbe abgelehnte Richter hat zugleich den Beschluß gefaßt, der Antrag auf Ablehnung des Unternehmerssekretärs werde abgewiesen. (Hört! Hört!) Hohes Haus, ich will nicht, daß in meinen Ausführungen etwas anderes gesehen wird, ich bitte, darin nichts anderes zu sehen, als den Ausdruck des Wunsches, es möge die Gerichtsbarkeit in Österreich von solchen Dingen verschont bleiben. Es mögen die Prozesse wie immer ausgehen, wir werden darüber kein Wort hier sagen, denn es ist nicht der Ort dazu. Aber daß derartige Dinge unsere Rechtspflege vergiften, ist klar, und daß solche Dinge nicht vorkommen, das muß eine Sorge sein, die das hohe Haus nicht leicht nehmen darf.

Und nun bitte ich, doch zu überlegen, was das bedeutet. Die Prozeßordnung schreibt vor — und es ist ja etwas Selbstverständliches, wenn sie das vorschreibt —, daß ein abgelehnter Richter, ein Richter, an dessen Unbefangenheit Zweifel sind, ein Richter, über dessen Unbefangenheit erst eine Entscheidung einzuholen ist, ein Richter, der also vorläufig noch im Stadium des Verdachtes steht, daß er befangen sei, daß ein solcher Richter von richterlichen Amtshandlungen ferngehalten sein müsse. Sie schreibt vor, daß er nur unaufschiebbare, das heißt solche Amtshandlungen, die eben wegen Gefahr im Verzuge einen Aufschub nicht gestatten, vornehmen dürfe. Man wird verstehen, was das bedeutet, man wird verstehen, daß etwa ein Richter, der in einer schwierigen Kriminalsache abgelehnt wird, in einer

Sache, in der dringende Verfügungen zu treffen sind, in der unter Umständen weiß Gott was auf dem Spiele steht, zunächst das Notwendige vornehmen muß, ehe er die Hände in den Schöß legt und wartet, was sein Schicksal in der Sache sein wird. Aber was hat dieser Richter getan? Dieser Richter hat seine Entscheidung — ich zitiere aus seinem Beschluß wörtlich — folgendermaßen begründet: „Da nur der Vorsitzende zur Entscheidung über die Ablehnung eines Beisitzers befugt ist und die Erledigung der Frage der Zuziehung des Beisitzers Dr. Höhn für die kommende Streitsache keinen Aufschub gestattet, wurde im Sinne des § 25, 1, Jurisdiktionsnorm“ — das heißt jener Bestimmung, daß nur bei Gefahr im Verzuge dem Richter eine Amtshandlung gestattet ist — „vorgegangen.“

Nun, hohes Haus, hier beginnt der Amtsmißbrauch, sich mit der Verhöhnung der Institution zu vereinigen, die man Rechtspflege nennt. Dieser Richter hat heute noch keine Ahnung, ob er selbst in der Sache werde entscheiden dürfen, er hat keine Ahnung, wann die Verhandlung in der Sache stattfinden werde. Er hat das Wunder zustande gebracht, binnen 24 Stunden einen Senat wegzulügen und einen anderen an seine Stelle zu eskamotieren, und nun erklärt er, die Bestellung dieses Beisitzers, von dem man nicht weiß, wann, wo, wie er in Funktion treten werde, gerade des Beisitzers, der abgelehnt wird, an den sich der Verdacht knüpft, daß er der Beauftragte einer Partei im Richteramt sei, sei so dringend, daß er, bevor er sich selbst davontrollt, noch diesen Beisitzer gegen die Ablehnung in Schutz nehmen, bestellen müsse. Das konnte ein Richter, der seit Jahren sein Amt ausübt, nicht aus Mißverstehen des Gesetzes tun. Der Herr Oberlandesgerichtsrat kann ja auch das Gesetz lesen, er weiß, daß er als abgelehnter Richter von jeder Amtshandlung ferngehalten ist, er weiß, was es bedeutet, wenn er sich als letzte Amtshandlung, wie ich hoffe, annahm, den Unternehmerssekretär, der auf solche Weise in das Richteramt eingeschmuggelt wurde, in seinem Richteramt zu bestätigen.

Hohes Haus! Der Fall ist — ich glaube es wohl sagen zu dürfen, und das ist das einzig Beruhigende an ihm — etwas ganz vereinzelt. Solche Dinge hat es bisher nicht gegeben. Wir haben uns oft über materielles Unrecht beklagt, wir haben uns oft darüber beklagt, daß Entscheidungen gefällt wurden, die wir nicht verstehen können. Aber bisher ist wenigstens das formale Recht nicht gebeugt worden, bisher ist doch wenigstens die Rechtsordnung respektiert worden. Ein Staat beginnt, wie gesagt, seine stärkste Grundlage zu verlieren, wenn die Ordnung, nach der sich sein Rechtsleben zu vollziehen hat, ins Wanken kommt. Der Fall ist vereinzelt, und gerade deshalb bedarf er einer energischen und

raschen Abhilfe. Er muß vereinzelt bleiben, diese Dinge dürfen nicht Schule machen. Es fällt mir gar nicht ein, irgend jemand anderen als den, der in diesem Falle schuld ist, verantwortlich zu machen, aber ein solcher Einzelfall kann genügen, um das Vertrauen Unzählicher zur Rechtspflege schwer zu erschüttern, und es wäre nichts schlimmer, als wenn sich im Volke die Auffassung verbreitete, daß Schiebereien bei der Zusammensetzung der Gerichte in Österreich möglich sind, daß es einer Partei möglich ist, sich die Richter auszuwählen, die in ihren Angelegenheiten zu entscheiden haben.

Das, was ich hier ausgeführt habe, ist zum größten Teil gar nicht bestritten worden. Der Vorsitzende hat zugegeben, daß der Vertreter der Unternehmung mit ihm über die Zusammensetzung des Gerichtes gesprochen habe; er hat allerdings den Inhalt dieses Gespräches nicht wiedergegeben. Der Vertreter der Unternehmung hat zugegeben, daß er über den Prozeßgegenstand mit seinem Kollegen vom Hauptverband der Industrie vorher gesprochen habe. Die Zusammenhänge zwischen den Personen sind gar nicht bestritten worden. Aber es ist ja gar nichts zu beweisen, weil ja die Dinge offen zutage liegen. Und wenn sie nicht so himmelschreiend wären wie in diesem Falle — es geht doch nicht, daß ein zusammengesetztes Gericht durch Lügen hinweggetäuscht wird, daß die Menschen, die als Richter berufen sind, angelogen werden, es finde eine Verhandlung nicht statt, und auf diese Weise weggeschwindelt werden. Das sind Methoden, die so ungeheuerlich sind, daß wir nicht glauben können, daß die Justizverwaltung säumen werde, zur raschen Beendigung des Falles alles, was in ihren Kräften liegt, beizutragen. Es ist unmöglich, daß ein solcher Richter an einer Stelle fungiert, die mit einer großen Verantwortung belastet ist und die großes Vertrauen voraussetzt, es ist unmöglich, daß ein Richter antiiert, der über das Ablehnungsrecht solche Auffassungen hat, wie sie im letzten Absatz dieses Beschlusses, der hier im Original vor mir liegt, zum Ausdruck kommen, es ist unmöglich, daß die österreichische Justizpflege den Vorwurf, daß solche Dinge in ihrer Tätigkeit vorkommen können, auf sich sitzen läßt.

Deshalb, hohes Haus, haben wir an den Herrn Bundesminister für Justiz diese Anfrage gerichtet, weil wir glauben, es werde ihm sehr erwünscht sein, Gelegenheit zu bekommen, zum Rechten zu sehen und dafür Sorge zu tragen, daß dieser Skandal bereinigt wird, daß der, der ihn angerichtet hat, zur Verantwortung gezogen wird und daß solche Gefährdungen des Vertrauens zur österreichischen Rechtspflege in aller Zukunft unterbleiben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Justizminister Dr. Dinghofer: Ich habe sofort nach Erhalt der dringlichen Anfrage im Fernsprech-

wege einen Bericht über den Sachverhalt abgefordert und die Mitteilung erhalten, daß der Bericht tunlichst rasch erstattet werden wird. Im Fernsprechwege konnte ich leider eine nähere Aufklärung noch nicht bekommen, weil der Vorsitzende des Gewerbegerichtes, Dr. Isleib, in Graz nicht erreichbar war; er hatte einen kurzen Urlaub angetreten, von dem er erst heute abend zurückkehrt.

Ich halte es aber für ausgeschlossen, daß ein Richter, wenn er genötigt ist, andere Beisitzer zu berufen, bezüglich der ersten Beisitzer zu dem Mittel der Lüge greifen muß. Das hat ein Richter nicht notwendig. Ein Richter muß und darf sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen halten. *(Zustimmung.)* Ich weiß heute nicht die Gründe, warum die ersten Beisitzer abberufen und warum zwei andere Beisitzer zu derselben Verhandlung einberufen worden sind. Ich werde aber selbstverständlich darüber dem hohen Hause, sobald ich diesen Tatbestand festgestellt habe, genaueste Auskunft geben. Ebenso halte ich es für ausgeschlossen, daß auf Intervention irgendeiner dritten Partei, die gar nicht Partei ist — der Ausdruck Partei ist in diesem Falle schlecht —, auf Intervention eines Außenstehenden irgendeine Beisitzer abgelehnt oder angenommen würden. Ein derartiges Vorbringen ist lediglich den beiden Parteien des Klägers oder der beklagten Partei anheimgestellt, und darüber hat dann der Vorsitzende zu entscheiden. *(Zustimmung.)*

Ich konnte bisher auf telephonischem Wege nur so viel feststellen, daß das Landesgericht Graz über einen Ablehnungsantrag des Vertreters des Klägers, Herrn Dr. Kurzweil, noch nicht entschieden hat, weil inzwischen auch der Rekurs des genannten Vertreters gegen die vom Vorsitzenden beschlossene und vom Herrn Dr. Eisler erwähnte Zurückweisung des Ablehnungsantrages hinsichtlich des Beisitzers eingelangt ist. Über beide Beschwerden wird das Landesgericht gleichzeitig entscheiden. Wir stehen also vor einer gerichtlichen Entscheidung, und das hohe Haus muß mir daher vergeben, wenn ich zur Sache selbst nicht Stellung nehmen kann. Ich kann daher, bevor der Sachverhalt nicht vollkommen klargestellt ist, kein Urteil über die Gesetzmäßigkeit des Vorgehens des Vorsitzenden abgeben.

Ich wiederhole daher, daß ich selbstverständlich, sobald ich den Bericht habe, dem Hause über den Sachverhalt entsprechende Mitteilung machen werde.

Dr. Weidenhoffer: Hohes Haus! In der in Verhandlung stehenden dringlichen Anfrage wird der Vorwurf einer Einmischung in gerichtliche Amtshandlungen auch gegen die Organisation erhoben, deren Vertreter ich bin. Ich bin der Anwalt der Sektion Steiermark des Hauptverbandes der Industrie, und daher werden Sie es begreiflich finden, daß ich, weil gegen diese Sektion ein Vorwurf erhoben wurde, sofort bemüht war, über diesen Vor-

wurf und über den Sachverhalt das möglichste in Erfahrung zu bringen. Ich setzte mich daher noch heute Vormittag mit der Sektion Steiermark in telephonische Verbindung und erhielt von meinem Stellvertreter, dem eben erwähnten Dr. Höhn, der angeblich irgendwelche Gesetzesverletzungen und Unzuförmlichkeiten in seiner Eigenschaft als Laienrichter beim Gewerbegerichte in Graz sich soll haben zuschulden kommen lassen, einen Bericht über den Sachverhalt, der der Anfrage zugrunde liegt. Ich möchte mir erlauben, diesen Bericht zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen, weil, soweit wir zur Klärung beitragen können, so manches von dem nicht unwidersprochen bleiben soll, was in der dringlichen Anfrage behauptet wird. Ich erhielt also einen Bericht folgenden Inhalts (*liest*):

„Montag, den 17. d. M., war vor dem Gewerbegericht in Graz eine Streitverhandlung anberaumt, in welcher mehrere Beamte der Steirer Versicherungs-A. G. ihre Kündigung ansuchten und Fortzahlung ihres Gehaltes verlangten. Als Beisitzer für diese Verhandlung waren zwei Beamte von Grazer Versicherungsanstalten, und zwar ein Herr-Sekretär Flicher und ein Herr Direktor Förster einberufen. Da Sekretär Flicher in dieser Angelegenheit bereits als Vertreter der klagenden Beamten aufgetreten war, worüber schriftliche Beweise vorliegen, und da der einberufene Arbeitgeberbeisitzer Direktor Förster in seiner Eigenschaft als Angestellter einer Versicherungsanstalt an der Lösung der prinzipiellen Prozeßfrage (Gültigkeit des Kollektivvertrages) selbst interessiert sein konnte, erschienen der beklagten Gesellschaft beide Beisitzer als ausgeschlossen. Diese beauftragte daher ihren Rechtsanwalt Dr. Schneider, dem Vorsitzenden des Gewerbegerichtes noch vor der Verhandlung mitzuteilen, daß sie diese beiden Beisitzer bei der Verhandlung als befangen ablehnen werde. Aus prozeßökonomischen Gründen (*Heiterkeit*) . . .“ Da ist nichts zu lachen! Eine Verhandlung, die anberaumt und abberufen wird, obwohl die Abberufung nicht hätte unbedingt stattfinden müssen, erhöht die Prozeßkosten, und das ist doch für beide Parteien von Belang. (*liest*.)

„Aus prozeßökonomischen Gründen stellte es die beklagte Gesellschaft dem Vorsitzenden des Gerichtes anheim, zur Vermeidung einer Vertagung andere, an der Sache vollständig uninteressierte Beisitzer zu bestellen, wozu der Vorsitzende nach § 15 Gewerbegerichtsgesetz kompetent war.

Auf Grund des vorgelegten Beweismaterials entschied sich der Vorsitzende zur Ladung anderer Beisitzer. Am gleichen Tage (Freitag, den 14. d.) erschien beim Vorsitzenden der Obmann der Ortsgruppe Graz des Vereines der Versicherungsangestellten Österreichs, das ist jener Gewerkschaft, der die Kläger angehören und die gegenüber der Beklagten die Ansprüche der Kläger verfochten hatte, und erkundigte sich, warum andere Beisitzer bestellt worden seien. Der Vorsitzende

gab ihm die gewünschten Aufklärungen, die der genannte Funktionär ohne Einwendung zur Kenntnis nahm. Erst bei der Verhandlung am Montag erhob überraschenderweise der Klageanwalt Dr. Kurzweil gegen die Abberufung der ursprünglich bestimmten Beisitzer Einspruch und leitete daraus Ablehnungsgründe gegen den Vorsitzenden und den bestellten Beisitzer Dr. Höhn ab.

Irgendein Einfluß auf die Bestellung anderer Beisitzer, insbesondere des Dr. Höhn, in diesem Prozesse, wurde von der Sektion nicht genommen. Weder die Sektion noch deren Sekretär Dr. Höhn hatten von diesem Prozesse irgendeine Kenntnis. Dr. Höhn wurde vielmehr, ohne daß er überhaupt wußte, um was es sich handle, vom Gewerbegerichte telephonisch ersucht, Montag, den 17., als Beisitzer zu einer Verhandlung zu erscheinen. Die Sektion und Dr. Höhn haben in dieser Prozeßangelegenheit überhaupt nichts unternommen. Die von der Beklagten vorgebrachte Ausschließung vom Richteramt, beziehungsweise Befangenheit der ursprünglich bestellten Beisitzer ging lediglich von der beklagten Versicherungsgesellschaft aus, und es hatten weder die Sektion noch Dr. Höhn davon Kenntnis. Die beklagte Versicherungsgesellschaft hat auch durch ihren Anwalt keinerlei Einfluß darauf genommen, welche Herren zu neuen Beisitzern bestellt werden sollen, und hat auch insbesondere nicht begehrt, daß etwa Dr. Höhn bestellt werde.

Daß die ursprünglich bestimmten Beisitzer vom Gerichte unter dem Vorwande abberufen worden wären, daß die Verhandlung nicht stattfinden, ist unrichtig. Die ursprünglichen Beisitzer wurden vom Gerichte lediglich dahin verständigt, daß sie am Montag nicht zu erscheinen brauchen, worauf dann die obgeschilberte Vorprache des Gewerkschaftsobmanns beim Vorsitzenden erfolgte.

Zusammenfassend sei nochmals ausdrücklich festgestellt, erstens, die Sektion und Dr. Höhn wußten von diesem Prozesse und von dem Verhandlungstermin desselben überhaupt nichts, zweitens, sie konnten daher auch weder auf die Bestellung noch auf die Einberufung oder Auswahl der Beisitzer irgendeinen Einfluß nehmen, haben auch diesbezüglich niemals interveniert und hätten dies auch niemals getan.“

Nun kommt noch hinzu, daß Herr Dr. Eisler hier erklärt hat, der Rechtsbeistand, der Anwalt der beklagten Firma sei ein Sekretär der Sektion Steiermark und insolgedessen sozusagen ein Kollege des Dr. Höhn und hätte ihn beeinflusst. Das ist unrichtig. Wichtig ist vielmehr, daß der mehrfach erwähnte Dr. Schneider vor Jahren einmal Sekretär der Sektion Steiermark des Hauptverbandes der Industrie war. Da er schon vorher, bevor er bei uns Sekretär wurde, einige Jahre Konzipientenpraxis hinter sich hatte, entschloß er sich, seinen Beruf als Sekretär

unserer Sektion aufzugeben und die advokatorische Laufbahn zu wählen. Er wurde infolgedessen, nachdem er aus unseren Diensten geschieden war, ordnungsgemäß Konzipient bei einem Advokaten in Graz, machte seine Konzipientenjahre, machte seine Advokatenprüfung und wurde auf diese Weise selbständiger Advokat, der als solcher auch in die Anwaltsliste eingetragen ist. Nun ist es männiglich bekannt, daß es sehr schwer ist, insbesondere für einen mittellosen Menschen, sich die nötigen Kanzleiräume bei der gegenwärtigen Wohnungsnot und bei den ungeheuren Ablösesgebern, die von den Inhabern der Wohnungen verlangt werden, zu beschaffen. Daher trat Dr. Schneider an uns mit dem Ersuchen heran, ihm während der Zeit, wo er sich um die Erlangung von Kanzleiräumen bemühen wird, zu gestatten, daß er seine Kanzlei in einem Hoffkabinett unserer Räumlichkeiten aufschlagen dürfe. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen Herrn handelte, der ursprünglich einige Jahre bei uns angestellt gewesen war und dem eine Lebenseristenz nur so beschafft werden konnte, haben wir dies zugegeben und ihm erlaubt, daß er dieses Kabinett — sagen wir ein einsenstriges Zimmer — für seine Kanzleiräume benützt. Er hat also dort in demselben Haus, aber in einem anderen Stockwerk, als Dr. Höhn sitzt — aber das ist ja Nebensache —, tatsächlich ein einsenstriges Zimmer inne, bezahlt dafür eine Abnutzungsgebühr, benützt allerdings eine Nummer unseres Telephons, weil auch Telephonnummern nicht zu haben sind, und ist gerade im Begriffe, in den Thonethof in der Herrengasse zu übersiedeln, und nur dem Umstande, daß dieses Haus der Assicurazioni Generali in Triest gehört, daß infolgedessen sich der Abschluß des Mietvertrages verzögerte, war es zuzuschreiben, daß er nicht seit ein oder zwei Monaten tatsächlich schon in den neuen Räumen untergebracht ist. Der Mann hat gar kein Verhältnis weiter zu uns, er steht zu uns in keinem Dienstverhältnis, es ist vollständig unrichtig, ihn als einen Sekretär des Hauptverbandes zu bezeichnen, weil er ein selbständiger Advokat ist, der mit uns gar keinen anderen Zusammenhang hat, als daß er in dem einsenstrigen Zimmer bei uns seine Kanzlei hat aufschlagen dürfen. Er hat den Dr. Höhn, wie Sie hier sagen, niemals genannt, niemals empfohlen, und er hat mit Dr. Höhn vorher über die Sache mit keinem Wort gesprochen.

Nun, ich bitte: Hier stehen Behauptungen, und diese Behauptungen finden Gegenbehauptungen. Die Untersuchung wird eingeleitet werden. Es wird alles klargestellt werden. Auch wir haben selbstverständlich und ich, wenn ich für meine Person sprechen soll, das allergrößte Interesse daran, daß unsere Rechtsprechung vollkommen unbeeinflusst ist, und ich habe die volle Hoffnung, daß die Untersuchung ergeben wird, daß auch in dieser Beziehung

von einer Beeinflussung unserer Rechtsprechung und von irgendwelchen Ungehörigkeiten bei der Auswahl der Laienrichter nicht im entferntesten gesprochen werden kann. *(Lebhafter Beifall.)*

Dr. **Gisler**: Hohes Haus! Nach den Darstellungen des Herrn Abg. Dr. Weidenhoffer ist wenigstens eine Seite des Falles, den ich mir mitzuteilen erlaubt habe, schlimmer, als ich sie geschildert habe, und das betrifft die Art, wie in diesem Falle, wenn das richtig ist, was Dr. Weidenhoffer gesagt hat, bei dem Gewerbegericht jetzt Richter abgelehnt werden. Für die Ablehnung von Richtern gibt es ein gesetzliches Verfahren. Daß der Richter dann, wenn die Ablehnung in der gesetzmäßigen Form erfolgt, sie ungesetzmäßig erledigte, das habe ich in den Fällen dargelegt, in denen der Richter dazu Gelegenheit hatte. Ich sehe aber, daß der Richter da Variationen kennt und auch sonst bei der Ablehnung das Gesetz sehr eigentümlich anwendet, denn ich höre, daß da Richter berufen werden, berufen sind und daß der Besuch eines angeblich dem Hauptverbande nicht weiter nahestehenden, sondern nur in Wohnungsgemeinschaft mit ihm lebenden Anwaltes genügt, um den Richter zu bestimmen, nicht etwa nur von dem Ablehnungsrecht Gebrauch zu machen, sondern viel radikaler zu sein, die Richter einfach von jeder Tätigkeit auszuschließen. Sie haben nicht Gelegenheit, aufzuklären, ob das wahr ist. Den Richter scheint auch der Beweis für solche Behauptungen nicht zu interessieren, denn sie könnten ja legalerweise in einer Verhandlung geprüft werden, sondern die Mitteilung des Herrn, der der Gast des Hauptverbandes ist, genügt, er kommt, und der Richter glaubt es. Und die köstlichste Nuance in dieser Erzählung ist der Hinweis auf die Befangenheit jenes Angestellten, der unter demselben Rechte lebt und infolgedessen befangen sein kann. Nun möchte ich allerdings fragen, was das Gewerbegerichtsgesetz sich da gedacht hat, daß Angehörige desselben Berufes dort, wo sie zur Verfügung sind, über Angelegenheiten von Berufsgenossen urteilen sollen, wenn die Gefahr, daß einer unter demselben Rechte lebt, schon genügt, um ihn auch dann, wenn er schon berufener Richter ist, vom Richteramt auszuschließen. Aber dabei wäre es natürlich, und das wird mir doch Herr Dr. Weidenhoffer zugeben müssen, die Pflicht des Richters gewesen, bei der Verhandlung diesen Ablehnungsgrund geltend machen zu lassen und ihn dann auf seine Stichhaltigkeit zu prüfen. Prozeßökonomie in Ehren, aber die Prozeßökonomie besteht niemals darin, daß man das Gesetz verletzen muß. Es ginge ja gewiß bei manchem Prozeß ökonomischer zu, wenn man ihn außerhalb des Gesetzes führen würde. *(Heiterkeit.)* Aber das ist doch nicht der Sinn, den wir mit Prozeßökonomie verknüpfen wollen. Das ist das eine.

Und nun noch ein Wort zu den Berichtigungen in tatsächlicher Beziehung. Da möchte ich feststellen, daß

so weit im Bestreiten des Tatbestandes, den ich dargestellt habe, der Herr Dr. Höhn, der ja eigentlich eine der Hauptpersonen in der Sache ist, vor dem Gewerbegerichte gar nicht gegangen ist, als er heute bezüglich der Benutzung dieses gemeinsamen Telephonraumes gegangen ist. Denn dort hat er zugegeben, daß er über den Prozeßgegenstand vorher mit dem Anwalt... (Dr. Weidenhoffer: Wer sagt das?)

... Ich habe das aus der stenographischen Niederschrift der Vorkommnisse bei dieser Streitverhandlung. Dort hat er das zugegeben. (Dr. Weidenhoffer: Wer hat das niedergeschrieben? Vielleicht Dr. Kurzweil?) Ja! (Dr. Weidenhoffer: Deswegen muß es doch nicht wahr sein! — Zwischenrufe.)

Berehrter Herr Dr. Weidenhoffer, mir scheint der Gegenstand, nicht der Sache wegen, sondern der Nebenumstände wegen, so bedeutungsvoll zu sein, daß es nicht gut ist, ihn durch derartige Bemerkungen in seiner Bedeutung zu beeinträchtigen. Sie werden ja selbst nicht ernstlich glauben, daß ein Anwalt, ob er nun den oder jenen Teil vertritt, sein Amt in solcher Weise besorgt, daß er in der stenographischen Niederschrift der Vorkommnisse einer Verhandlung etwas niederschreibt, was sich in dieser Verhandlung nicht zugetragen hat; das kann man von einem normalen Menschen nicht voraussetzen. Und nun hat nach dieser Niederschrift Herr Dr. Höhn zugegeben, daß er über den Prozeßgegenstand mit dem genannten Herrn Dr. Schneider gesprochen habe, und zwar hat er wörtlich gesagt, er habe vor der Verhandlung sich bei Herrn Dr. Schneider informiert, um was für eine Sache es sich handelt. (Hört! Hört!) Sie sehen, Herr Dr. Höhn hat weniger bestritten, als er heute bestreitet. Aber darauf will ich mich gar nicht einlassen, denn vielleicht haben Sie mich mißverstanden. Das Furchtbare in der Sache liegt ja in der Art der Zusammensetzung des Gerichtes, in der Art, wie sich der Richter souverän über die Verfahrensvorschriften vor der Verhandlung und nach der Verhandlung hinwegsetzt. Wenn Sie nun meinen, es sei belanglos, daß der Anwalt und der Unternehmersekretär dort in der Kanzleigemeinschaft leben — bitte, das ist Ansichtssache. Ich werde mich auf die Erörterung über die Wohnungsnot der Grazer Anwälte und über ihre Telephonnot nicht einlassen. Ich nehme gerne an, daß es kein Zufall ist, daß alle Anwälte in Graz, die jüngsten, Wohnungen und Telephone bekommen haben und nur der Herr, der der Gast des Hauptverbandes ist, nicht. Ich werde nie glauben, daß es ein Zufall ist, daß in Linz ein Anwalt in derselben Wohnungsgemeinschaft mit dem Hauptverband ist wie in Graz, weil offenbar in Linz für bestimmte Anwälte dieselbe Wohnungs- und Telephonnot herrscht wie in Graz. Das alles werde ich nicht bestreiten, weil es belanglos

ist; aber das müssen Sie nach Ihrer eigenen Darstellung schon zugeben, daß dieser Vorgang die Rechtspflege aufhebt. Es geht so nicht, und der Herr Bundesminister für Justiz hat ganz recht gehabt, wenn er gesagt hat: das geht nicht. Er hat nur sein Urteil an den Vorbehalt geknüpft, daß die Dinge so sind. Einen Teil davon: wie sich die Ablehnung der Richter auf der einen Seite vollzogen hat, haben wir jetzt bestätigt gehört; bezüglich des anderen Teiles kann ich dem Herrn Vorsitzenden mit dem Original des Beschlusses dienen. Und damit ja kein Mißverständnis entsteht: es fällt mir nicht ein, das zum Gegenstand zu machen im Meritum, was Gegenstand der Überprüfung im Rekursverfahren ist. Ich habe volles Verständnis dafür, daß wir nicht das Recht haben, in ein anhängiges Rechtsverfahren einzugreifen. Dagegen müssen wir mit um so mehr Entschiedenheit darauf dringen, daß die Gerichte in die Lage kommen, ihre Entscheidungen auf Grund korrekter Verfahren zu prüfen. Da kann kein Landesgericht mehr helfen, wenn solche Durchstechereien bei der Vorbereitung der Entscheidungen vorkommen. Das sind Dinge, die sich jeder Überprüfung, jeder rechtlichen Abhilfe entziehen, das ist das, was man im Leben eine Schiebung nennt, und Schiebungen mögen überall häßlich und verabscheuungswürdig sein — wenn der Richter sie begeht, sind sie etwas ganz anderes. Ich habe gesagt, was sie sind, und wenn der Herr Bundesminister für Justiz diese Charakteristik nicht überhört hat, so wird er nicht nur Berichte einzufordern, sondern auch Aufträge an die Stelle zu erlassen haben, die zu funktionieren hat, wenn irgendwo von einem Amt Mißbrauch gemacht wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Debatte über die dringliche Anfrage ist damit abgeschlossen.

An Stelle Pözlzer als Ersatzmann des Finanz- und Budgetausschusses wird Scheibin gewählt.

Nächste Sitzung: Freitag, den 21. Oktober, 11 Uhr vorm. T. D.:

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (B. 10), betr. die Dritte Zolltarifnovelle (B. 71).

2. Bericht des Justizausschusses über den Antrag der Abg. Sever, Richter u. Gen. (61/A) auf eine Amnestie für die Zulivorfälle (B. 61).

3. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage (B. 48), betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden (B. 68).

4. 1. Lesung der Regierungsvorlage, betr. den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1928 (B. 70).

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 45 Min. nachm.